



# EIN WERTVOLLES BUCH

FÜR  
EINEN NEUEN  
ABONNENTEN  
UNSERES  
WIRTSCHAFTS-  
DIENSTES

**Blick durch die Wirtschaft**

HERAUSGEGEBEN  
VON DER  
FRANKFURTER  
ALLGEMEINEN  
ZEITUNG

# WISSEN UND TAT

*Zeitschrift für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus*

18. Jahrgang / Heft 1/2

Januar-Februar 1963

Einzelpreis 50 Pf

## INHALT

Seite

Die nächsten Aufgaben der Partei im Kampf für die Verteidigung der Demokratie und die Sicherung des Friedens . . . . . 2

Zum Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands . . . . . 18

Worüber man sprechen sollte . . . . . 23

Der DGB-Kongreß und die Verantwortung der Gewerkschaften für soziale Sicherheit, Demokratie und Frieden . . . . . 29

Für Klarheit in der Bündnispolitik . . . . . 36

Besonders die Kreisleitungen müssen stark sein . . . . . 40

Profite, Löhne und Gehälter . . . . . 42

**Aus der internationalen Arbeiterbewegung:**

Der VIII. Parteitag der KPB . . . . . 43

Der VIII. Parteitag der USAP . . . . . 44

Über den Kongreß der Kommunistischen Partei Italiens . . . . . 45

Der XII. Parteitag der KPC . . . . . 47

## Die nächsten Aufgaben der Partei im Kampf für die Verteidigung der Demokratie und die Sicherung des Friedens

**Aus dem Referat des 1. Sekretärs des ZK der KPD, Genossen Max Reimann, auf der 22. Tagung des Zentralkomitees**

Genossinnen und Genossen!

Die vom Zentralkomitee gewählten Kommissionen legen der heutigen Tagung die Entwürfe von zwei Dokumenten vor:

**den Entwurf einer Programmatischen Erklärung und den Entwurf des überarbeiteten Parteistatutes.**

Die Aufgabe der Tagung besteht darin, beide Dokumente zu erörtern. Der Entwurf der Programmatischen Erklärung beinhaltet die politische Linie der Partei für unsere unmittelbare und künftige Tätigkeit. Das veränderte Statut zeigt die Grundrichtung der politischen, ideologischen und organisatorischen Stärkung und Festigung der Partei. So geben wir der Partei die ideologisch-politische Grundlage und die strategisch-taktische Orientierung für ihren weiteren Kampf.

Wir gehen in dem Entwurf der Programmatischen Erklärung von der Einschätzung unserer Epoche aus. Wir sagen offen, daß unser großes Ziel der Sieg des Sozialismus auch in der Bundesrepublik und damit die endgültige Lösung der nationalen und sozialen Frage in ganz Deutschland ist. Wir erklären jedoch, daß heute nicht der Kampf für die sozialistische Umgestaltung der Bundesrepublik auf der Tagesordnung steht. **Was in der Bundesrepublik ansteht — das ist der Kampf für die Sicherung des Friedens, für die Verteidigung und Erweiterung der demokratischen Rechte.** Es gilt zu verhindern, daß die Bundesrepublik zum Ausgangspunkt eines neuen Krieges wird und sich die militaristischen Entwicklungstendenzen noch mehr verstärken. Damit öffnen wir den Weg zur Durchsetzung einer Politik der friedlichen Koexistenz zwischen beiden deutschen Staaten, für den Abschluß eines deutschen Friedensvertrages und damit die friedliche Lösung der Westberlinfrage. Damit schaffen wir auch die Bedingungen für die schrittweise Wiedervereinigung auf dem Wege einer deutschen Konföderation. Diese Ziel- und Aufgabenstellung erfordert die Aktionseinheit der Arbeiterklasse und darüber hinaus die nationale Sammlung aller Kräfte des Volkes, die für eine Wende in der Politik der Bundesrepublik zu Frieden und friedlicher Koexistenz, zu Freiheit und Demokratie zu sozialer Sicherheit eintreten.

In Übereinstimmung mit den Ideen der Programmatischen Erklärung und unter Berücksichtigung der gegenwärtigen aktuellen politischen Lage sind jetzt die nächsten Aufgaben festzulegen.

## Die neue Lage in der Welt und in Deutschland, der Kampf für friedliche Koexistenz

Für die gegenwärtige internationale Lage ist es charakteristisch, daß die Kräfte des Friedens, vor allem aber die Macht des sozialistischen Weltsystems weiter erstarkten, daß ihr bestimmender Einfluß auf den Gang der Weltentwicklung immer augenscheinlicher wird. Zu gleicher Zeit aber stellen wir eine zunehmende Verschärfung aller Widersprüche in den imperialistischen Ländern, die weitere Schwächung ihrer Positionen fest. Das weltweite Ringen zwischen den Kräften, die für die Durchsetzung einer Politik der Entspannung und der Vernunft eintreten und den aggressiven Kräften, die auf die Entfesselung neuer Kriegsabenteuer drängen, hat schärfere Formen angenommen, wobei die Überlegenheit der Friedenskräfte deutlicher denn je zutage tritt.

Die Sowjetunion schreitet unbeirrbar und erfolgreich auf dem vom XX. und XXII. Parteitag festgelegten Kurs zur Durchsetzung einer Politik der friedlichen Koexistenz und des umfassenden Aufbaus des Kommunismus vorwärts. Nach dem XXII. Parteitag und bei der Verwirklichung des großartigen Programms zum Aufbau einer kommunistischen Gesellschaftsordnung ist die Entwicklung in der Sowjetunion von einem weiteren stürmischen Aufschwung gekennzeichnet. Davon zeugen der mehrtägige Weltraumgruppenflug von Nikolajew und Popowitsch, die Übererfüllung der Pläne, die Produktion von mehr landwirtschaftlichen Erzeugnissen als im Vorjahr, die Tatsache, daß die Sowjetunion im 3. Quartal dieses Jahres mehr Stahl erzeugte als die USA im gleichen Zeitraum.

Die Wirtschaft in der Sowjetunion wächst im schnellen Tempo. Der kommunistische Aufbau nimmt einen immer größeren Umfang an. Die Aufgaben der Leitung der gesamten Volkswirtschaft werden größer, vielseitiger, aber auch komplizierter. Unter diesen Bedingungen ist die Umorganisation der Wirtschaftsführung durch die Partei- und Staatsorgane zu einer Notwendigkeit geworden. Auf der Grundlage der Beschlüsse des XXII. Parteitags und dem Programm des kommunistischen Aufbaus hat die letzte Tagung des Zentralkomitees der KPdSU diese Fragen erörtert und entsprechende Schlußfolgerungen getroffen, die von weitreichender Bedeutung sind.

„Das Plenum des Zentralkomitees der Partei“ — so erklärte N. S. Chruschtschow auf der letzten Tagung des Obersten Sowjets — „hat außerordentlich wichtige Fragen der Entwicklung der sowjetischen Gesellschaft, des Partei- und Staatsaufbaus, der Verbesserung der Führung der Volkswirtschaft durch die Partei behandelt. Seine Beschlüsse sind darauf gerichtet, so rasch wie möglich die Aufgaben des kommunistischen Aufbaus, die das neue Programm der KPdSU gestellt hat, zu verwirklichen. Kurz ausgedrückt, hat das Plenum darüber beraten, wie man den Kommunismus noch erfolgreicher aufbauen, die Wirtschaft schneller entwickeln muß, um unserem Volk noch mehr materielle und geistige Güter zu geben“.

Wie in der Sowjetunion der kommunistische Aufbau, vollzieht sich in den anderen sozialistischen Ländern die Schaffung der sozialistischen Gesellschaftsordnung erfolgreich. Davon geben die Parteitage der Bulgarischen Kommunistischen Partei, der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei und der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei Zeugnis. Die sozialistischen Länder sind jetzt in die Periode des umfassenden und vollständigen Aufbaus der sozialistischen Gesellschaftsordnung eingetreten.

### Programm der SED für den allseitigen Aufbau des Sozialismus

Wir stehen jetzt vor einem Ereignis, das für die künftige Entwicklung Deutschlands und für unsere Partei von besonderer Bedeutung ist: Das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands hat den VI. Parteitag einberufen und den Entwurf des Parteiprogramms veröffentlicht.

Genossen! Es erfüllt uns mit Stolz und es gibt uns neue Kraft, wenn die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands nunmehr feststellen kann: Die sozialistischen Produktionsverhältnisse in der Deutschen Demokratischen Republik haben gesiegt. Die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ist unwiderruflich und endgültig beseitigt. Das ist die Bilanz des Kampfes einer unter Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands geeinten Arbeiterklasse im Bündnis mit allen werktätigen Volksschichten.

Die Arbeiter, Bauern und Geistesschaffenden stellen sich die Aufgabe, die sozialistische Gesellschaftsordnung allseitig aufzubauen und zu vollenden. Mit dem umfassenden Aufbau des Sozialismus beginnt in der Deutschen Demokratischen

Republik eine neue Stufe der Entwicklung der Wirtschaft und des gesamten gesellschaftlichen Lebens.

Das Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands beruht auf all dem, was in früheren Programmen der deutschen Arbeiterbewegung als Ziel- und Aufgabenstellung dargelegt worden war. Seine Ziele und ihre Verwirklichung zeigen, zu welchen Leistungen die Arbeiter, die Bauern und die Intelligenz fähig sind, wenn sie sich von der Macht der Monopole befreit und die Leitung der Geschicke in ihre eigenen Hände genommen haben. Das Programm zieht die Bilanz und gibt einen Ausblick darauf, wohin die Entwicklung in ganz Deutschland geht. Damit gibt es auch der Arbeiterklasse in der Bundesrepublik die Perspektive ihres Kampfes für den gesellschaftlichen Fortschritt. Es läßt die Deutsche Demokratische Republik noch deutlicher zum Vorbild für die künftige Gestaltung ganz Deutschlands werden.

Der umfassende Aufbau des Sozialismus dient der großen Sache der Sicherung des Friedens in Deutschland. Deshalb ist er verbunden mit der unabänderlichen Politik der friedlichen Koexistenz und von Beziehungen der Vernunft zwischen beiden deutschen Staaten. Das ist der Geist, den das Programm atmet. Es gibt uns eine starke Waffe, die Friedenspolitik und die Verständigungsvorschläge der Deutschen Demokratischen Republik noch umfassender in der westdeutschen Bevölkerung zu erläutern.

Selbstverständlich vollzieht sich der Aufbau einer neuen sozialistischen Gesellschaftsordnung nicht ohne Schwierigkeiten, Schwierigkeiten, die die Feinde des Volkes und des gesellschaftlichen Fortschritts in Schwächen umzufächeln und zur antikomunistischen Hetze, zur Verwirrung der Arbeiterklasse und des Volkes in der Bundesrepublik auszunutzen trachten.

Die Schwierigkeiten in der Deutschen Demokratischen Republik sind Folgen der Spaltung Deutschlands und des kapitalistischen Erbes. Sie sind Wachstumsschwierigkeiten, die im Vorwärtsschreiten überwunden werden.

Die Erfolge beim umfassenden und vollständigen Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik und ihre konsequente Friedenspolitik erleichtern den westdeutschen Werktätigen und allen friedliebenden, demokratischen Kräften den Kampf. Die Werktätigen der Bundesrepublik werden den ihren Bedingungen entsprechenden Weg zur Schaffung friedlicher, demokratischer Verhältnisse, zur Bändigung und zur Überwindung der Macht der Monopole und später den Übergang zum Sozialismus gehen.

### **Das neue Kräfteverhältnis in der Welt und der Sieg der Vernunft im Karibischen Raum**

Wir sehen, daß sich das reale Kräfteverhältnis in der Welt, der Lauf der Weltgeschichte weiter zugunsten des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus verändert. Die Friedenskräfte haben heute die reale Möglichkeit, die Kriegsabenteuer der aggressiven Kräfte zu vereiteln und, wenn sie wachsam und entschlossen auftreten, einen Atomkrieg zu verhindern. Ein Ausdruck dafür waren die Ereignisse im Karibischen Raum.

Die Sowjetunion hat dem kubanischen Volk jede Hilfe bei der Wahrung seiner nationalen Unabhängigkeit, seines Selbstbestimmungsrechtes und beim wirtschaftlichen Aufbau gegeben. Sie wird diese Hilfe, so erklärte Genosse Chruschtschow auf der Sitzung des Obersten Sowjets, auch weiterhin gewähren. Zur Verteidigung der Unabhängigkeit Kubas hat die Sowjetunion, entsprechend dem Wunsch der kubanischen Regierung, auch Waffen, einschließlich Raketen zur Verfügung gestellt. Durch die feste Haltung und die besonnene Politik der Regierung der Sowjetunion und ihres Ministerpräsidenten N. S. Chruschtschow wurde der USA-Präsident zu der Erklärung gezwungen, daß die USA keine Invasion gegen Kuba durchführen werden. Daraufhin hat die Sowjetunion die Raketen abgebaut und in die Sowjetunion zurückgeführt.

Was kann man über die bisherigen Ergebnisse der Ereignisse im Karibischen Raum sagen? Ich sagte schon, daß die USA-Imperialisten mit ihrer beabsichtigten Invasion die ganze Welt an den Rand eines atomaren Vernichtungskrieges führten. Der Friede aber wurde durch die besonnene Politik der Sowjetunion, die Einheit und Verteidigungsbereitschaft des kubanischen Volkes und die machtvollen Aktionen der Friedenskräfte der ganzen Welt gerettet. Die nationale Unabhängigkeit und das Selbstbestimmungsrecht des freien Kubas wurden gesichert.

Die Vernunft hat gesiegt. Das kubanische Volk bleibt Herr seiner Geschicke. Die Grundlage für die völlige Beilegung der Krise ist gegeben. Die Bemühungen der Sowjetunion in dieser Frage sind der anschaulichste Beweis für ihre konsequente Friedenspolitik, für ihr Bestreben, die Prinzipien der friedlichen Koexistenz durchzusetzen.

Im Karibischen Raum wurde ein Kompromiß geschlossen. Um den Frieden zu erhalten, waren Zugeständnisse von beiden Seiten notwendig. Der Kompromiß, zu dem die Sowjetunion die amerikanischen Imperialisten gezwungen hat, entsprach dem internationalen Kräfteverhältnis, der Notwendigkeit der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung, der Sicherung des freien Kubas und seines gesellschaftlichen Fortschritts.

Die Ereignisse im Karibischen Raum lehren die Völker, daß höchste Wachsamkeit geboten ist. Der Imperialismus — auch wenn seine Kraft schwächer geworden ist — ist und bleibt raubgierig. Es bestätigt sich die Tatsache, daß es heute durch die vereinten Anstrengungen des sozialistischen Weltlagers, der friedliebenden Kräfte in den neutralen und kapitalistischen Ländern und der internationalen Arbeiterbewegung möglich ist, einen Krieg zu verhindern. Aber ebenso wahr ist, daß dies den verstärkten Kampf aller friedliebenden Kräfte für den Frieden erfordert.

Vor allem müssen die friedliebenden Kräfte in der Bundesrepublik im Kampf für die Sicherung des Friedens wachsam sein. Die deutschen Imperialisten und Militaristen und ihre Adenauer-Regierung waren es, die als erste die Blockade gegen Kuba begrüßten und sich anschlossen. Sie waren es, die die Krise im Karibischen Raum zum Anlaß nahmen, die Kriegshysterie zu entfachen und auf abenteuerliche Maßnahmen bis zum „letzten Risiko“ zu drängen. Einmal mehr hat sich gezeigt, daß die Bonner Machthaber überall ihre schmutzigen Hände im Spiel haben, wo es um die Gefährdung des Friedens und der Freiheit der Völker geht. Jedes Mittel ist ihnen recht, um durch gefährliche Provokationen eine Entspannung der Lage zu verhindern und ihre sogenannte „atomare Vorwärtsstrategie“ durchzusetzen. Deshalb werden die Provokationen an der Staatsgrenze der Deutschen Demokratischen Republik fortgesetzt. Deshalb wurde der Vorbereitung des Terroraktes gegen die jugoslawische Botschaft in Bonn wohlwollend zugesehen. Deshalb wurde in Westberlin, also außerhalb des Territoriums der Bundesrepublik, der Verbotsprozeß gegen die VVN, gegen die antifaschistischen Widerstandskämpfer für ein friedliches Deutschland angesetzt. Und deshalb wollen die Bonner Atomkriegsstrategen auf der NATO-Ratstagung erneut die Verfügungsgewalt über atomare Vernichtungswaffen verlangen.

Aber nicht nur darin zeigt sich die kriegsgefährliche und gegen die Entspannung gerichtete Politik der Bonner Regierung. Sie zeigt sich in dem Versuch, den zwischen China und Indien entstandenen Grenzkonflikt zu einem kriegsgefährlichen Krisenherd auszuweiten. Wie die friedliche Weltöffentlichkeit, so sind auch wir und mit uns alle friedliebenden Menschen in der Bundesrepublik daran interessiert, daß der Grenzkonflikt zwischen China und Indien auf dem Wege vernünftiger Verhandlungen bei Wahrung der Interessen beider Staaten beigelegt wird. Die Regierung der chinesischen Volksrepublik hat die Feuereinstellung seitens ihrer Grenztruppen beschlossen, sie zieht ihre Truppen seit dem ersten Dezember zurück. Sie hat Vorschläge unterbreitet, die zu einer Befriedung zwischen China und Indien führen können. Jetzt wird in den Bergen des Himalayas nicht geschossen. Aber die Sache des Friedens kann nur siegen, wenn es endlich zu Verhandlungen zwischen China und Indien kommt.

Wir wenden uns mit Entschiedenheit gegen all die imperialistischen und neokolonialistischen Kräfte, die den entstandenen Konflikt zwischen China und Indien erhalten und fortsetzen wollen. Das sind die aggressiven Kräfte der USA und Großbritanniens und auch die Bonner Machthaber. Der Besuch von Lübke und Schröder zum gegenwärtigen Zeitpunkt in Indien, ihr Angebot, Indien mit allen Mitteln militärisch zu unterstützen, wenn es den Konflikt mit China aufrecht erhält, ist ein weiterer Beweis dafür. Schröder hat in einer seiner Reden den ungeheuerlichen Vorschlag unterbreitet, mit den Lieferungen von Transportmitteln und anderen Ausrüstungen sowie durch die Schaffung neuer Rüstungskapazitäten Indien auf den Weg der „Politik der Stärke“ zu drängen. Hinter diesem Vorschlag verbirgt sich die imperialistische Politik der Entfesselung von Angriffskriegen und der neokolonialistischen Unterdrückung anderer Völker.

Aus den jüngsten Ereignissen kann es nur eine Schlußfolgerung geben: Man muß heute das Kräfteverhältnis in der Welt real einschätzen, der „Politik der Stärke“ und des „letzten Risikos“ entsagen. Jede Politik, die dem widerspricht, ist zum Scheitern verurteilt.

### **Für die Durchsetzung einer Politik der Vernunft in der Bundesrepublik**

Die friedliebenden, demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik sollten jetzt zur Schlußfolgerung kommen, alle Kräfte zu vereinen im Kampf für die Durchsetzung einer Politik der Vernunft und der Entspannung, für die Herstellung von Beziehungen der friedlichen Koexistenz mit allen Ländern einschließlich der Deutschen Demokratischen Republik. Wir meinen, daß im Entwurf der Program-

**matischen Erklärung jene Forderungen im Kampf für die Sicherung des Friedens entwickelt werden, die die Einigung und die gemeinsame Aktion aller friedliebenden Kräfte ermöglichen. Das zu organisieren ist und bleibt die entscheidende Aufgabe der Partei.**

Der Vorsitzende des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Genosse Walter Ulbricht, hat vor einigen Tagen in Cottbus erklärt, daß es aus der Kuba-Krise für beide deutsche Staaten nur eine Schlußfolgerung geben dürfe: Man müsse bereit sein, strittige Fragen auf dem Wege von Verhandlungen zu klären und bestimmte Vereinbarungen zu treffen. Man solle sich dessen bewußt sein, daß die friedliche Koexistenz mit Kompromissen beider Seiten verbunden ist.

Die meisten Menschen, auch in Westdeutschland, wünschen nicht die Verschärfung der Spannungen, sondern eine Politik der Verständigung. Aber das heißt zunächst einmal die Realitäten in der Welt und auch in Deutschland anzuerkennen. Und diese Realität in Deutschland ist, daß auf deutschem Boden zwei Staaten mit unterschiedlichen Gesellschaftssystemen existieren: die kapitalistische Bundesrepublik und die sozialistische Deutsche Demokratische Republik. Sie können nur in Frieden miteinander leben, wenn sie ihre Beziehungen auf eine Politik der friedlichen Koexistenz gründen, d. h., daß bei der Regelung der Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik nicht die Frage der Gesellschafts- oder innerstaatlichen Ordnung zur Debatte steht. Es geht um die Normalisierung der Beziehungen und damit der Sicherung des Friedens in Deutschland.

Die Adenauer-Regierung hat bisher alle Verständigungsvorschläge der Deutschen Demokratischen Republik abgelehnt. Sie hat bar jedes Wirklichkeitssinns die Existenz der Deutschen Demokratischen Republik geleugnet. Das Scheitern dieser Politik ist spätestens mit den Sicherheitsmaßnahmen der Deutschen Demokratischen Republik am 13. August 1961 offensichtlich geworden. Aber man muß doch daraus Schlußfolgerungen ziehen. Man muß die These von der Nichtexistenz der Deutschen Demokratischen Republik über Bord werfen, von der realen Lage ausgehen, die Existenz der Deutschen Demokratischen Republik anerkennen und mit ihr normale Beziehungen herstellen. Man muß die bankrotte, atomare Vorwärtsstrategie und die These von der „Befreiung“, d. h. von der militärischen Eroberung der Deutschen Demokratischen Republik, aufgeben und stattdessen den Weg der Verständigung und von Vereinbarungen einschlagen.

Die notwendigen Vereinbarungen in Deutschland können darin bestehen, daß beide deutsche Staaten auf Gewaltanwendung verzichten und die Lösung aller Fragen auf dem Wege der Verhandlungen in Angriff nehmen. Es müßte eine Übereinkunft erreicht werden, nach der beide deutsche Staaten dem Grundsatz der territorialen Unverletzlichkeit und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anerkennen. Beide deutsche Regierungen sollten die Vorschläge auf Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen den Staaten der NATO und des Warschauer Vertrages unterstützen. Sie sollten durch Vereinbarungen über Rüstungsbeschränkungen, den Verzicht auf atomare Aufrüstung und die Zustimmung zu einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa, einen Beitrag zu den Bemühungen um eine weltweite, allgemeine und vollständige Abrüstung leisten. Man sollte den innerdeutschen Handel auf der Grundlage des beiderseitigen Vorteils ausbauen und zur Förderung des Sport- und Kulturaustausches zu Vereinbarungen gelangen.

Die Sicherung des Friedens in Deutschland und in Europa erfordert vor allem die Beseitigung der Überreste des zweiten Weltkrieges durch den Abschluß eines deutschen Friedensvertrages und auf dieser Grundlage die Lösung des Westberlin-Problems.

Vereinbarungen über alle diese Fragen setzen den Willen zur Verständigung und damit auch die Bereitschaft zu gegenseitigen Zugeständnissen voraus. Inwieweit sich in Westdeutschland der Verständigungswille entwickelt und eine Politik der Vernunft durchsetzt, hängt vom Kampf der Friedenskräfte ab.

Es gehört zu unseren Aufgaben, alle Aktivitäten in der Bundesrepublik für Frieden und Abrüstung, für die Durchsetzung einer Politik der friedlichen Koexistenz und der Vernunft allseitig zu unterstützen und zu entfalten. Wir sollten allen Kräften der westdeutschen Friedensbewegungen die Tatsache bewußt machen, daß die veränderte Lage in der Welt und in Westdeutschland neue Möglichkeiten zur Ausweitung des Kampfes für Frieden und friedliche Koexistenz, gegen Atomrüstung und Raketenbasen eröffnet. Im Zusammenhang mit der Kuba-Krise haben Millionen Menschen unmittelbar die Gefahr eines Atomkrieges gefühlt. Viele haben gesehen, daß es möglich ist einen Krieg zu verhindern und auf die Durchsetzung einer Politik des Friedens Einfluß zu nehmen. Diese Erkenntnis gilt es jetzt in Aktivitäten, in einen neuen Aufschwung des Friedenskampfes umzuwandeln.

## II.

### Die neue Lage in der Bundesrepublik und die Einigung aller Kräfte zur Rettung der Demokratie

Die außen- und innenpolitische Lage der Bundesrepublik zwingt zu der Feststellung, daß auch für unsere Arbeit und alle friedliebenden, demokratischen Kräfte ein neuer Kampfabschnitt beginnt. Diesen neuen Kampfabschnitt richtig einzuschätzen und daraus die notwendigen politischen, strategischen und taktischen Schlußfolgerungen zu ziehen — das ist der Sinn des vorliegenden Dokumenten-Entwurfes.

Was ist das Neue an der Lage in der Bundesrepublik? Das Neue besteht darin, daß in einem Maße, wie nie zuvor, in allen Volksschichten Menschen in Bewegung gekommen sind, die gegen den Rüstungs- und Notstandskurs der Adenauer-Regierung protestierten.

Deutlicher wird erkannt, daß die „Politik der Stärke“ bankrott ist. Darin lag die Regierungskrise begründet. Auch die Bildung der fünften Adenauer-Regierung und das Auswechseln einiger Minister beseitigt diese Ursachen nicht. Im Gegenteil. Der Versuch, die alte bankrotte Politik noch rigoros durchzuführen, führt auch zur Verschärfung all der Widersprüche, die die Regierungskrise hervorriefen.

Die Nacht- und Nebelaktion gegen den „Spiegel“ hat Millionen Menschen vor Augen geführt, wie weit der Abbau der Demokratie vorangeschritten ist und wie groß die Gefahren der Anwendung faschistischer Regierungsmethoden und Praktiken der Notstandsdictatur bereits angewachsen sind.

Genossen! Wie wirkten die Klassenkräfte auf die Entwicklung der Bundesrepublik ein? In der Zeit nach unserer letzten ZK-Tagung fanden die Verbandstage einer Reihe von Industrie-Gewerkschaften und des 6. DGB-Kongresses statt. Vor allem in den Beschlüssen dieses Kongresses wurde eine Konzeption entwickelt, die sich in ihrer Grundlinie von der Politik der Adenauer-Regierung und auch der SPD-Führung wesentlich unterscheidet. In ihren wichtigsten Punkten können die Beschlüsse des DGB-Kongresses der Ausgangspunkt für eine neue Politik sein. Mit ihnen wurde bewiesen, daß die organisierte Arbeiterschaft nicht bereit ist, den Weg der Unterordnung unter die Politik der Atomkriegsvorbereitung und der Notstandsdictatur mitzugehen. Der DGB-Kongreß fand in einer Zeit statt, da die Lohnbewegungen der IG Metall, der ÖTV, der Streik der Bergarbeiter an der Saar und der Papierarbeiter in Norddeutschland die Verschärfung des Gegensatzes zwischen Arbeit und Kapital, zwischen den Forderungen der Werktätigen und der Rüstungspolitik der Bundesregierung deutlicher machten.

Hinzu kam, daß in der gleichen Zeit die Bauernschaft in Demonstrationen und Kundgebungen den Protest gegen die bauernfeindliche EWG- und Wirtschaftspolitik zugunsten der herrschenden Monopole erhob. Hier zeigten sich Ansätze für die richtige Erkenntnis der Bauern, daß das Monopolkapital und seine Wirtschaftspolitik bauernfeindlich sind.

Und noch eine Kraft ist in letzter Zeit stark in Erscheinung getreten: die Geistesschaffenden und Teile des Bürgertums. Ihnen mißfällt seit langem der sture Kurs der Bonner Regierung auf die Atomrüstung, die Einschränkung der demokratischen Volksfreiheiten und die Verletzung der in der Verfassung verankerten Rechte. Sie zeigen sich empört über die Praktiken des Rufmordes an demokratische Persönlichkeiten und an der literarischen Opposition. Die „Spiegel“-Affäre veranlaßte Professoren aus Bonn, Tübingen, Heidelberg und Stuttgart, Studenten fast aller westdeutschen Universitäten in aller Öffentlichkeit gegen die Verletzung des Rechtes zu protestieren und für die Wahrung der verfassungsmäßigen Rechte aufzutreten.

Die Bewegung im Volk, das offene Scheitern der Adenauer-Politik, die wachsenden Differenzen mit jenen Kräften in den NATO-Ländern, die zu einer realistischen Politik neigen, blieben auf die westdeutsche Bourgeoisie nicht ohne Wirkung. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen jener aggressiven Gruppierung des Monopolkapitals, die stur an der alten, längst bankrotten „Politik der Stärke“ festhalten möchte und der Gruppierung, die vernünftiger die reale Lage einschätzt und zu einer beweglicheren Politik neigt, sind deutlicher zutage getreten.

### Kraft der Volksbewegung gegen die Scharfmacher entfallen

All das sind die bestimmenden Faktoren, die zur Regierungskrise und dazu führten, daß Kriegsminister Strauß, ein Repräsentant der „Politik der Stärke“, zurücktreten mußte. Dieser erste Erfolg zeigte, welche Kraft die Volksbewegung darstellte, wenn sie ihren Willen über den reaktionären und kriegsgefährlichen Kurs der Bonner Gewalt- und Machtpolitiker im öffentlichen Protest und in sichtbarer Aktion manifestiert. Hier zeigt sich die Kraft, die, wenn sie geeint auftritt, fähig ist, zu verhindern, daß die herrschenden Kreise machen können, was sie

wollen. Hier zeigt sich die Kraft, die durch die gemeinsame Aktion in der Lage ist, die Dinge auch in der Bundesrepublik zum Guten zu wenden. Das müssen wir jetzt den Arbeitern, den Bauern, den fortschrittlichen Kräften in der Bundesrepublik und auch den Genossen unserer Partei bewußt machen, um so die weit verbreitete Auffassung zu überwinden, „die Oben machen doch was sie wollen — die Unten können doch nichts ändern“.

Noch ist es nicht gelungen eine andere, eine neue Politik des Friedens, der Demokratie und des sozialen Wohlstandes durchzusetzen. Das ist deshalb so, weil die Bewegungen der Arbeiterklasse, der Bauern und des Bürgertums noch nicht einheitlich und organisiert genug sind. Die Arbeiterklasse hat noch nicht mit ihrer ganzen Kraft eingegriffen. Es fehlt in den Volksmassen an klaren Vorstellungen darüber, wie es in der Bundesrepublik weitergehen und wie eine neue Politik aussehen soll. Unsere Partei hat es noch nicht vermocht, die verschiedensten Volksbewegungen zu einem gemeinsamen Strom des Kampfes für Frieden und friedliche Koexistenz, für Demokratie und soziale Sicherheit zusammenzuführen. Das aber ist unsere vorrangige Aufgabe.

Die stärkere Entwicklung der Volkskräfte und ihre Einigung wird durch die Wirkung des Antikommunismus, der auch die westdeutsche Arbeiterklasse ergriffen hat, gehemmt. Wir meinen aber, daß uns im Kampf gegen den Antikommunismus jetzt günstigere Möglichkeiten gegeben sind. Die Tatsache, daß Strauß und andere korrupte Scharfmacher die Anklagen gegen sie als eine „kommunistische Hetze“ abtun wollten, wird vielen Menschen verständlicher machen, daß der Antikommunismus ein Instrument der reaktionären und volksfeindlichen Politik ist. Mit dem Antikommunismus sollen all diejenigen getroffen werden, die realistisch denken, die für Frieden und Demokratie, Koexistenz und Verständigung, für Sauberkeit und Anstand im Staate eintreten.

Genossen! Wir müssen uns jetzt der Gefahr bewußt sein, daß die fünfte Adenauer-Regierung den Weg der Verschärfung ihres aggressiven Kurses nach außen und innen weitergeht.

Das wird unterstrichen durch die Hineinnahme solcher Scharfmacher, wie von Hassel in die neue Adenauer-Regierung, der Schleswig-Holstein zu einem Eldorado von Kriegsverbrechern und Nazigrößen machte, der berüchtigt ist durch seine Revanchehetze. Das wird betont auch durch die Berufung des Scharfmachers Barzel zum Minister für Unterminierungs- und Sabotagetätigkeit gegen die Deutsche Demokratische Republik. Diese Kräfte forcieren die atomare Aufrüstung, unternehmen alles, um die internationalen Spannungen zu verschärfen. Einer der ersten Schritte soll im weiteren Ausbau der westdeutschen Bundeswehr auf eine Stärke von über 700 000 Mann bestehen. Damit würde sie ihrem Umfange nach größer sein als die Hitler-Wehrmacht zu Beginn des zweiten Weltkrieges.

### Die Rolle der Brandt-Wehner-Gruppe

Wenn die herrschenden Kreise in der Bundesrepublik bisher ihre aggressive Politik durchführen konnten, wenn es den herrschenden Kreisen gelang, eine fünfte Adenauer-Regierung zu schaffen, die die alte Politik fortsetzt, dann nur mit Hilfe der Brandt-Wehner-Gruppe in der Führung der SPD. In dem Maße, wie die Adenauer-Politik in eine Sackgasse geriet, hat sich diese Gruppe unter der Parole der „Gemeinsamkeit“, zum aktiven Gehilfen für die Fortsetzung der Adenauer-Politik gemacht.

Da diese Gruppe aufs engste mit dem staatsmonopolistischen System verbunden ist, da sie sich mit dem Godesberger Programm auf die Positionen der westdeutschen Imperialisten begab, hat sie sich zunächst die Außen- und Wehrpolitik und jetzt auch die Innenpolitik der westdeutschen Imperialisten zu eigen gemacht. Das ist das Wesen der „Gemeinsamkeit“ mit der aggressivsten Gruppe des Monopolkapitals. Das ist die Grundlage ihrer Bemühungen, die Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften dem Kriegskurs der deutschen Imperialisten unterzuordnen.

Jetzt, da der offensichtliche Bankrott der Adenauer-Politik in eine Regierungskrise einmündete, war diese Gruppe in der SPD-Führung bereit, einer großen Koalition unter Adenauer beizutreten. Sie ermöglichte damit Adenauer den alten Koalitionspartner — die FDP — zu erpressen. Wie weit der Verrat von Wehner und Brandt geht, wird deutlich in den fünf Punkten, die Wehner in den ersten Geheimverhandlungen mit den Beauftragten Adenauers vereinbarte:

- eine unbefristete Kanzlerschaft Adenauers;
- eine Änderung des Wahlrechts zugunsten der beiden großen Parteien;
- die Durchführung der bisherigen Außen-, Wehr-, Wirtschafts- und Sozialpolitik;
- der Aufbau einer Atomstreitmacht;
- der Burgfrieden in der Kulturpolitik.



Aus diesen Punkten geht hervor, daß Wehner und Brandt über die bisherige Unterstützung der Außen- und Wehrpolitik der Adenauer-Regierung hinaus, auch der reaktionären Wirtschafts- und Sozialpolitik, dem Abbau der demokratischen und sozialen Rechte zustimmen. Das geschah, obwohl sie noch den Wahlkampf 1961 mit großen sozialen Versprechungen, mit solchen Forderungen, wie der Verdoppelung des Lebensstandards, geführt haben.

Wie sehr die aggressiven Monopole Wehner als ihren brauchbarsten Mann in der SPD-Führung betrachten, beweist, daß diese Verhandlungen zuerst mit Wehner geführt wurden, daß dieses Programm des Verrats mit Wehner vereinbart wurde. Erst dann, als man eine Mehrheit in der SPD-Führung für die Große Koalition brauchte, wurde der Parteivorsitzende Ollenhauer eingeschaltet. Das zeigt auch, wie der Parteivorsitzende Ollenhauer für die Wehner-Brandt-Gruppe nur das Schild gegenüber den Mitgliedern und Funktionären ist.

### **Die ganze Kraft für die Verteidigung der demokratischen Rechte einsetzen!**

Um aus den inneren Schwierigkeiten herauszukommen, versuchen jetzt die aggressiven, reaktionären Kräfte des Monopolkapitals den innenpolitischen Kurs durch die Errichtung der Notstandsdictatur und durch den Abbau der letzten demokratischen Rechte zu verschärfen. Dafür spricht die Tatsache, daß das Bonner Kabinett trotz umfassenden Protestes den Entwurf des Notstandsgesetzes beschlossen hat, um es schon bald im Bundestag durchzupeitschen.

Aus alledem folgt:

Jetzt ist die ganze Kraft auf die Organisation des Kampfes für die Verteidigung der noch verbliebenen demokratischen Rechte, für die Erhaltung der Grundrechte des Volkes, wie sie in der Verfassung verankert sind, für die Sicherung der gewerkschaftlichen Rechte zu organisieren. Die Möglichkeiten, eine große breite demokratische Bewegung zur Verteidigung der Demokratie zu entwickeln, sind gegeben und werden immer günstiger. Wir sehen sie in der Tatsache, daß die „Spiegel“-Affäre größere Teile der westdeutschen Bevölkerung sehr erregt und in Bewegung gebracht hat. Wir sehen sie in den gewerkschaftlichen Beschlüssen, die Notstandsdictatur zu verhindern und mehr Mitbestimmung zu erzwingen.

Genossen! Durch die Entwicklung in der Bundesrepublik ist es notwendig, daß wir Kommunisten das Banner der Verteidigung der demokratischen Rechte und Volksfreiheiten noch fester ergreifen. Wir Kommunisten sind stets als die Verteidiger der demokratischen Rechte aufgetreten, die die Arbeiter und Volkskräfte in einem harten Kampf errungen haben. Es drängt sich ein Vergleich aus der Geschichte unserer Partei auf.

Wir Kommunisten traten zunächst gegen die Weimarer Republik auf, nicht weil sie eine Republik war, sondern ein Staat, der die revolutionäre Bewegung des werktätigen Volkes besonders in den Jahren 1918 bis 1920 und 1923 unterdrückte. Als aber die faschistische Bewegung ihr Haupt erhob, als sie die errungenen bürgerlich-demokratischen Rechte bedrohte, mußten wir die in der Weimarer Republik gegebenen demokratischen Freiheiten verteidigen. Der Hauptfehler unserer Partei bestand damals darin, daß wir die Veränderungen nicht rechtzeitig erkannt haben. Wir haben nicht frühzeitig genug die Arbeiterklasse und die übrigen Volkskräfte zur Verteidigung der bürgerlich-demokratischen Rechte der Weimarer Republik aufgerufen und mobilisiert.

Wir Kommunisten versagten 1949 dem Grundgesetz die Zustimmung, weil es die Spaltung Deutschlands bedeutete und die Restauration der alten Kräfte des Monopolkapitals und des Militarismus ermöglichte. Wir erklärten aber gleichzeitig, daß die Zeit kommen werde, da dieselben Schöpfer des Grundgesetzes, die in ihm enthaltenen demokratischen Rechte beseitigen, und daß die Kommunisten zu den besten Verteidigern der Grundrechte werden. Wir haben also heute insofern eine ähnliche Lage wie 1930/1932, da jetzt die herrschenden Kreise des aggressiven Monopolkapitals und des Militarismus versuchen, die letzten demokratischen Rechte und Volksfreiheiten zu beseitigen. Für uns gilt es, die entsprechenden Schlußfolgerungen zu ziehen: Auf der Tagesordnung steht die Verteidigung der im Grundgesetz verankerten demokratischen Rechte und die Durchsetzung einer Politik des Friedens und der Verständigung.

In den Mittelpunkt des demokratischen Volkskampfes stellen wir die Forderungen: Verhinderung der Notstandsgesetze; Verhinderung des Bruches des Grundgesetzes; Einstellung der Verfolgungen gegen die friedliebenden und demokratischen Kräfte; Sauberkeit und Anstand im Staate. Die Kluft zwischen der Verfassung und der Verfassungswirklichkeit muß beseitigt werden.

Der Kampf um die Verteidigung der demokratischen Rechte steht im engsten Zusammenhang mit dem Kampf um Frieden und Abrüstung, um die Durchsetzung

der friedlichen Koexistenz. Aggression nach außen ist immer mit einer aggressiven Unterdrückung im Innern verbunden. Unter diesen Bedingungen wird jetzt der Kampf um die Rettung der Demokratie zum unmittelbaren Kettenglied auch für die weitere Entfaltung des Friedenskampfes in Westdeutschland.

### **Für gemeinsame Forderungen gemeinsam auftreten!**

In diesem Kampf wenden wir uns an alle demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik. Laßt uns gemeinsam für die Forderungen auftreten, die uns verbinden. Das, was in den letzten Wochen begonnen wurde, sollte verstärkt fortgesetzt werden. In Leserschriften an alle Zeitungen, in Petitionen an die Abgeordneten des Bundestages, der Land- und Gemeindeparlamente, in Unterschriftensammlungen und öffentlichen Versammlungen, in Plakatumzügen und Demonstrationen müssen wir weiterhin unseren demokratischen Willen manifestieren, um die Notstandsgesetze zu verhindern und die politischen Freiheiten zu sichern. Wie in Frankfurt und Mannheim sollten sich die Arbeiter und Bürger zur gemeinsamen Aktion, zur gemeinsamen Demonstration vereinigen. Es entspricht den gewerkschaftlichen Beschlüssen, wenn die örtlichen Gewerkschaftsorganisationen, die Vertrauensmännerkörper und die Betriebsräte hierzu die Initiative ergreifen.

In diesen unseren Forderungen zur Verteidigung der Demokratie wissen wir uns einig mit den gewerkschaftlichen Beschlüssen, die sich mit aller Entschiedenheit gegen die Notstandsgesetze wenden. Wir fühlen uns in Übereinstimmung mit jenen Kreisen der Intelligenz, die sich gegen die Änderung des gegebenen Verfassungsrechtes zugunsten einer Notstandsregelung auflehnen und die im Zusammenhang mit der „Spiegel“-Affäre den Anspruch des Volkes auf politische und Gewissensfreiheit kundgetan haben. Wir sehen uns vor allem einig mit dem Willen der Jugend, die für die Verteidigung der Freiheiten zum Kampf gegen jede Art von Bevormundung und Willkür bereit ist.

Die Entwicklung einer breiten Protestbewegung gegen den VVN-Prozeß im Ausland, vor allem in der Deutschen Demokratischen Republik und auch in der Bundesrepublik beweist, daß die demokratischen Interessen und Forderungen der westdeutschen Bevölkerung in voller Übereinstimmung stehen mit den Wünschen und Forderungen der demokratischen Weltöffentlichkeit. Die Tatsache, daß das Gericht diesen Prozeß ausgesetzt hat beweist auch, daß die Bewegung für demokratische Rechte und Freiheiten gegen die Anwendung faschistischer Methoden in der Bundesrepublik von Erfolg ist, wenn sie mit genügender Kraft geführt wird. Der Kampf für die freie Betätigung der VVN muß weiter verstärkt werden, um die Bundesregierung zur Zurücknahme ihres Antrages zu zwingen. Das wäre ohne Zweifel ein großer Erfolg im Ringen der demokratischen Kräfte der Bundesrepublik für Demokratie und Freiheit.

Mit der Hauptorientierung auf die Verteidigung der im Grundgesetz verankerten bürgerlich-demokratischen Rechte und Freiheiten stellen wir uns in eine breite Front mit den Arbeitern und Gewerkschaftern, mit sozialdemokratischen Mitgliedern und Funktionären, mit den demokratischen Kreisen des Bürgertums. Das bedeutet auch eine große Erleichterung für das legale Wirken der Kommunisten, weil sie sich in diesem Kampf im Einklang mit vielen Millionen Menschen befinden, weil sie als Kämpfer für die demokratischen Forderungen der Massen in ungleich größerem Maße mit deren Unterstützung und Solidarität rechnen können. Diese Orientierung ist also zugleich ein breiter Vorstoß der Partei in die Legalität. Je aktiver die Kommunisten im Kampf um jedes demokratische Recht, gegen die Anschläge der Scharfmacher, gleich viel wen sie treffen, auftreten, umso mehr wird auch die Bereitschaft der Menschen wachsen, für die freie Betätigung der Kommunisten und dann für die Freiheit der KPD einzutreten. Je mehr sich die Menschen davon überzeugen, daß die Kommunisten vorbehaltlos alle verteidigen, deren Freiheit angegriffen wird, um so mehr werden die Kommunisten als aufrechte Demokraten anerkannt und der Ruf nach Freiheit für die Legalität der KPD stärker werden.

Genossen! Wenn der Faschist Oberländer aus der Regierung entfernt werden mußte, wenn die Bundesregierung gezwungen war, Fränkel von der Funktion eines Generalbundesanwaltes zu entbinden, wenn der Gerichtspräsident im VVN-Prozeß Werner so gründlich als Faschist entlarvt wurde, so verdanken wir das in erster Linie den Enthüllungen und der Protestbewegung aus der Deutschen Demokratischen Republik. Das beweist, daß die demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik im Kampf für Recht und Freiheit in der Deutschen Demokratischen Republik ihre stärkste Stütze haben. Die demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik werden umso erfolgreicher für die Verteidigung der demokratischen Rechte und Freiheiten kämpfen, je stärker sie sich den Verleumdungen gegen die Deutsche Demokratische Republik widersetzen, je mehr sie dazu übergehen, mit der Friedenspolitik, mit den Errungenschaften der Deutschen Demokratischen Republik die Offensive zu ergreifen.

## **Für volle Mitbestimmung der Betriebsräte und Gewerkschaften**

Bei der Verteidigung der verfassungsmäßigen demokratischen Rechte und Freiheiten und gegen die Notstandsgesetze schaffen wir auch die Voraussetzungen für die in unserer Programmatischen Erklärung dargelegte demokratische Perspektive. Auch im Ringen um die weitere Demokratisierung der Bundesrepublik knüpfen wir an solchen Gewerkschaftsbeschlüssen, wie die der IG Metall mit der Forderung nach mehr Mitbestimmungsrecht, an.

**Wir forderten stets — und so auch heute — ein Mitbestimmungsrecht für die Betriebsräte und Gewerkschaften über die Einstellung und Entlassung von Arbeitern, über alle Fragen der sozialen Einrichtungen, des Arbeitsrechts und des Arbeitsschutzes, wir fordern die volle Mitbestimmung in allen Fragen der Produktion, der Investitionen und der Gewinnausschüttung. Wir sind dafür, wenn die Gewerkschaften die Ausdehnung des Mitbestimmungsrechts auf die gesamte Wirtschaft und den Staat verlangen.**

Es ist mit der Demokratie unvereinbar, daß die Vertreter einer kleinen Gruppe von Monopolherren jede bedeutsame wirtschaftliche und politische Frage bestimmen, während die Arbeiter, Angestellten und ihre Gewerkschaften dazu überhaupt nicht gehört werden. Die Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften müssen einen solchen Einfluß auf die Wirtschaft und Gesellschaft erzwingen, die ihrer Zahl und ihrer gewerkschaftlichen Stellung entspricht. Wir sind der Meinung, daß die gewerkschaftliche Forderung nach mehr Mitbestimmungsrecht bereits in den Mittelpunkt der bevorstehenden Betriebsrätewahlen gestellt werden sollte. Wir sollten auch in den Gewerkschaftsversammlungen dafür auftreten, daß die Möglichkeit der Kündigung von Manteltarifen genutzt wird, um in diesen die Erweiterung des Mitbestimmungsrechtes zu verankern.

Der Kampf um die Verwirklichung dieser Forderung auf mehr Mitbestimmungsrecht für die Arbeiter und ihre Gewerkschaften im Betrieb, in der Wirtschaft und in der Gesellschaft ist der Hebel für die Erweiterung der Demokratie in der Bundesrepublik und für die Zurückdrängung der Macht der Monopole. Er ist auch der Hebel für die Verwirklichung unserer weitergehenden Forderungen auf die Nationalisierung wichtiger Industriezweige, auf die schließliche Überwindung des deutschen Imperialismus und Militarismus.

Genossen! Die Linie des demokratischen Kampfes ist eine der grundlegenden Ideen des vorliegenden Entwurfs einer Programmatischen Erklärung. Das der Partei jetzt bewußt zu machen, sie an konkrete Schlußfolgerungen und die Organisation des Kampfes heranzuführen, ist die große Aufgabe, die vor uns steht. Von ihrer erfolgreichen Verwirklichung hängt alles weitere ab.

### **III.**

## **Der Kampf für die Erhaltung und Verbesserung des Lebensstandards**

Heute geht es um die Sicherung des Friedens und die Rettung der Demokratie. In enger Verbindung damit steht der Kampf für die Erhaltung des von den Arbeitern und Gewerkschaften erkämpften Lebensstandards und dessen weitere Verbesserung. Dieser Kampf hat neue, schärfere Formen angenommen, weil die Monopolgewaltigen mit der Durchsetzung ihrer aggressiven Außen- und reaktionären Innenpolitik zum verstärkten Angriff auf die sozialen Lebensrechte des werktätigen Volkes übergegangen sind und noch weiter übergehen.

Was sind die Ursachen für diesen Angriff? In dem vorliegenden Entwurf einer Programmatischen Erklärung wird nachgewiesen, daß sie vor allem in dem Macht- und Profitstreben sowie in der Rüstungspolitik der großen Monopole liegen.

Die 13 Jahre seit Errichtung des westdeutschen Separatstaates sind von einer unglaublich raschen Konzentration und Zentralisation des Kapitals gekennzeichnet. Diese haben einen Stand erreicht, der den in der Zeit des Hitler-Faschismus bei weitem übertrifft. Die ökonomische und politische Machtballung in den Händen des Finanzkapitals sind verbunden mit einer stärkeren, umfassenderen Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Bezeichnend für ihn ist, daß sich die ökonomische und politische Macht der Monopole mit dem Staatsapparat verflochten hat. Die Vertreter des Finanzkapitals besetzen unmittelbar die Schlüsselstellungen in Regierung und Verwaltung. Dementsprechend bestimmen sie die ganze Wirtschaftspolitik und Gesetzgebung, die Finanz- und Steuerpolitik zu ihren Gunsten. Die Vertreter des Monopolkapitals, Berg und Stein vom Bundesverband der deutschen Industrie und Sohl, Generaldirektor des Thyssen-Konzerns, Leiter des Verbandes der Stahlindustrie, haben mit Adenauer beraten bevor die Koalitionsverhandlungen zur Regierungsbildung begannen. Wer in die westdeutsche Regierung kommt, das entscheiden die Monopole und deren Interessen — solange jedenfalls bis die Arbeiterklasse und die Volkskräfte ihr Veto einlegen.

Entgegen allen Prophezeiungen bürgerlicher und rechtssozialdemokratischer Wirtschaftler, der moderne Kapitalismus habe sich gewandelt, er sei krisenfrei und zu einem „Volkskapitalismus“ geworden, beweist die Entwicklung vor allem der jüngsten Zeit etwas anderes. Das Wesen des Kapitalismus hat sich in seinem modernen Stadium nicht gewandelt. Im Gegenteil, alle seine Widersprüche haben sich verschärft und verschärfen sich weiter. **Der Klassenkampf hat nicht aufgehört, er hat sich zugespitzt und spitzt sich in der kommenden Zeit noch weiter zu. Das ist eine Erkenntnis, die viele Arbeiter in den jüngsten sozialen Auseinandersetzungen gewonnen haben und die auch auf den Gewerkschaftskongressen ihren Niederschlag gefunden hat.**

Die Widersprüche des modernen Kapitalismus verschärfen sich durch die Rüstungspolitik, durch die Unterordnung des Wirtschaftslebens unter die Militarisierung und jetzt auch unter die beabsichtigte Nostandsdiktatur. Das ist ein Prozeß, der gegenwärtig im beschleunigten Tempo vor sich geht, der eine der Erklärungen dafür ist, warum gerade jetzt die Monopole zum Angriff auf die sozialen Lebensrechte der Arbeiter und die wirtschaftlichen Interessen der übrigen Werktätigen übergehen.

Die Leistungsfähigkeit des wachsenden Produktionsapparates stößt auf die Aufnahmegrenzen des inneren und äußeren Marktes. Der Konkurrenzkampf nimmt schärfere Formen an. Die Auftragslage der Industrie wird ungünstiger, das Wachstumstempo vermindert sich. In einigen Industriezweigen macht sich eine deutliche Stagnation bemerkbar. Alle sich daraus ergebenden Folgen sollen der Arbeiterklasse und der übrigen werktätigen Bevölkerung aufgebürdet werden. Das ist der Sinn des sogenannten Stabilisierungsprogramms, das Adenauer Anfang Oktober verkündete. Demnach sollen die Lohnerhöhungen gestoppt, eine Art von Taft-Hartly-Gesetz geschaffen, das Tarifrecht beeinträchtigt und die Krankenversicherung verschlechtert werden. Das ist auch der Sinn des sogenannten Sozialpaketes, das die Adenauer-Regierung jetzt verabschiedete.

Schon auf dem Parteitag 1957 haben wir den „Gemeinsamen Markt“ als die Wirtschaftsbasis der NATO charakterisiert, wobei die deutschen Monopolherren kraft ihres ökonomischen Gewichts bestrebt sind, die Vorherrschaft zu erlangen. Diese Charakteristik hat sich in der Folgezeit vollumfänglich bestätigt. Von einer Überwindung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten und von einer gesicherten Wirtschaftsperspektive im Rahmen der EWG kann keine Rede sein. Das Marktproblem kann damit nicht gelöst werden. Die Krisengefahren wurden nicht beseitigt.

Mit der Bildung der EWG ist die Schaffung eines sogenannten gemeinsamen Arbeitsmarktes verbunden. Das führt zu dem Versuch der Monopole, die Löhne, die Arbeitsbedingungen und die Sozialleistungen der verschiedenen Länder auf einen möglichst niedrigen Stand anzugleichen. Auch unter diesem Gesichtspunkt muß man den Angriff auf den von den Gewerkschaften in der Bundesrepublik errungenen Lebensstandard, auf die Sozialleistungen, muß man das Bestreben nach Lohnstopp und Zwangsschlichtung sehen. Von dieser Seite her droht den Arbeitern der Bundesrepublik eine zusätzliche Gefahr, die sie im Auge haben müssen im Kampf für die Verteidigung und Verbesserung ihres Lebensstandards.

Alle Arbeiter und Gewerkschafter sollten sich klar sein: jede Art von Lohnstopp-, Stillhalte- und Friedensabkommen mit dem Monopolkapital würde diesem gestatten, die Folgen der Militarisierung, der EWG und der wachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten einzig und allein auf die Schultern der Arbeiter und Angestellten abzuwälzen und seine antigewerkschaftliche Politik bis zur völligen Entrechtung der Gewerkschaften weiterzutreiben. Was not tut und gerade jetzt Aussicht auf Erfolg hat — das ist eine aktive Lohnpolitik.

#### IV.

### Die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse und die Schaffung des Bündnisses mit allen werktätigen Schichten

Die neue Lage, die Erfordernisse des Kampfes zur Rettung der Demokratie und für die Erhaltung des von den Arbeitern errungenen Lebensstandards, verlangen stärkere Anstrengungen der Partei zur Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse und für die Zusammenarbeit von Kommunisten und Sozialdemokraten. Wenn wir feststellen, daß wir in einen neuen Kampfabschnitt eingetreten sind, so trifft das auch zu auf unser Bemühen um die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse.

Was ist das Neue? Der 6. DGB-Kongreß ist zu einem Erfolg des Klassenbewußtseins Teiles der Arbeiterklasse geworden. Auf dem Kongreß traten ganz deutlich zwei Linien hervor: die eine Linie, die von den rechten Führern der SPD, Brandt, Wehner und Erler, den rechten DGB-Führern Richter, Leber, Rosenberg vertreten wurde. Das ist die Linie, wie sie sich auf den SPD-Parteitagen von Godesberg bis Köln

durchsetzte: Unterordnung unter die Politik der aggressiven deutschen Imperialisten und Militaristen. Die rechten Führer wollten diese auch dem 6. DGB-Kongreß aufzwingen. Durchgesetzt aber hat sich, zum Teil in heftigen Diskussionen, in denen die Gegensätze deutlich hervortraten, die zweite Linie: Sie manifestiert sich im Auftreten und in den Beschlüssen zur Belebung der Antiatombewegung, in der Forderung, alle internationalen Streitfragen auf dem Wege von Verhandlungen zu lösen, in der Ablehnung jeder Art von Notstandsgesetzgebung, in der Forderung nach einem Friedensvertrag, der Verteidigung der sozialen und wirtschaftlichen Interessen, der Entwicklung einer aktiven Lohnpolitik.

Das ist das Neue in der Entwicklung der westdeutschen Arbeiterbewegung. Dieser Kongreß hat die tiefe Kluft, die mitten durch die SPD geht und die infolge der Politik von Wehner und Brandt noch größer wird, offenbart. Man kann davon ausgehen, daß mindestens zwei Drittel der Delegierten Mitglieder und Funktionäre der SPD waren. Sie haben sich in ihrer Mehrheit gegen die Linie von Wehner und Brandt, Leber und Gutermuth entschieden. Sie haben sich ausgesprochen für die Erhaltung der Gewerkschaften als selbständige Klassenorganisation und für eine an den Interessen des Friedens, der Demokratie und des sozialen Fortschritts orientierten Politik.

Das Neue in der SPD zeigt sich darin, daß die Pläne von Wehner und Brandt für eine große Koalition am Widerstand der Mehrheit der Mitglieder und Funktionäre, ganzer Parteiorganisationen und Leitungen scheiterte. Dieser Widerstand kam selbst in den Führungsgremien der SPD, im Parteivorstand, im Parteirat und in der Bundestagsfraktion zur Wirkung.

Damit reift auch in der SPD eine Lage heran, die den Prozeß der Differenzierung zwischen den Kräften, die unter Wehner, Brandt und Erler die Sozialdemokratische Partei an die Politik der Militaristen ketten und den Kräften, die in den Beschlüssen der Gewerkschaften Ansätze für eine wirkliche sozialdemokratische Arbeiterpolitik sehen, beschleunigt. Viele Mitglieder und Funktionäre der SPD glaubten, gegen die Wehner und Brandt könne man nichts machen, da sie den Parteiapparat beherrschten. Die jüngste Entwicklung, der massenhafte Protest gegen den Kuhhandel über die Bildung einer großen Koalition unter Adenauer, hat aber bewiesen, daß sehr wohl die Möglichkeit besteht, die Absichten der Brandt und Wehner zum Scheitern zu bringen. Was hier möglich war, kann auch in anderen grundlegenden Fragen möglich werden, zum Beispiel in der Notstandsgesetzgebung, wenn sich ein entsprechender Druck aus den Parteiorganisationen und Leitungen der SPD und aus den Gewerkschaften entwickelt. Im Prozeß dieses Kampfes kann eine Änderung der Politik der SPD in der Richtung des Kampfes für die Erhaltung des Friedens, für Verständigung und Demokratie erreicht werden. In dieser Auseinandersetzung kann der Einfluß der Karrieristen und Abenteurer in der SPD-Führung, der Brandt, Wehner und Erler, zurückgedrängt werden, können sie schließlich von der Masse der Mitglieder isoliert werden.

Viele sozialdemokratische Genossen sehen heute schon besser: Die Politik der Brandt und Wehner zur Unterordnung der SPD unter die Interessen des Monopolkapitals führt dazu, daß jede krisenhafte Erscheinung im Lager der herrschenden Großbourgeoisie auch die Sozialdemokratische Partei erschüttert; denn diese Politik steht im offenen Widerspruch zu den Interessen der Millionen sozialdemokratischer Mitglieder und Anhänger. So ist es verständlich, daß gerade jetzt sozialdemokratische Mitglieder und Funktionäre nach einem anderen Weg suchen.

Das ist der Weg des Kampfes um die Verwirklichung der Beschlüsse des 6. DGB-Kongresses. Sie bieten die Grundlage und den Ausgangspunkt für den gemeinsamen Kampf der Arbeiter, für das gemeinsame Handeln von Kommunisten und Sozialdemokraten, christlichen und parteilosen Arbeitern.

Der Kampf für die Herstellung der Aktionseinheit war und ist die Generallinie der Partei seit ihrer Gründung. Wir reichen uneigennützig die Bruderhand den sozialdemokratischen Genossen in der SPD und in den Gewerkschaften zum gemeinsamen Kampf.

Wir erstreben die Zusammenarbeit der kommunistischen und sozialdemokratischen Organisationen, der KPD- und SPD-Gruppen in den Betrieben und der Organisation beider Parteien auf allen Ebenen.

Manche Genossen werden an der Möglichkeit der Zusammenarbeit mit sozialdemokratischen Organisationen zweifeln. Wir müssen für das Neue, das sich zeigt, aufgeschlossen sein. Die Rebellion der Mitglieder und Funktionäre gegen Wehners Koalitionsabmachungen lehrt uns, mit alten Hemmungen zu brechen. Die Scheidelinie in der SPD verläuft nicht zwischen einigen Linken und der Masse der Mitglieder und Funktionäre. Die Scheidelinie verlief bei den Koalitionsverhandlungen zwischen der Masse der Mitglieder und Funktionäre auf der einen Seite und der

**Brandt-Wehner-Gruppe auf der anderen Seite. So kann und muß es auch in anderen politischen Fragen werden.**

Was alles möglich ist, beweist uns auch die Entwicklung in Frankreich. Mollett und andere Führer der französischen Sozialdemokratie lehnten noch vor einiger Zeit wütend jede Zusammenarbeit mit den Kommunisten ab. Ja selbst bei den vorletzten Wahlen schlossen sie sich mit bürgerlichen Parteien zusammen, um die Wahl von Kommunisten zu verhindern. Unter dem Eindruck der ganzen Entwicklung in Frankreich und der beharrlichen Politik der Zusammenarbeit der französischen Kommunisten mit den französischen Sozialdemokraten mußte Mollett seine Haltung revidieren und Wahlabmachungen zwischen der Sozialdemokratischen Partei und der Kommunistischen Partei Frankreichs zustimmen. Davon profitierten sowohl die Kommunisten wie die Sozialdemokraten, davon profitierten die französischen Arbeiter und das französische Volk.

Wehner, Brandt und Erler sagen, die Sozialdemokraten müßten die Bundesrepublik gegen äußere und innere Bedrohung schützen. Sozialdemokratische Genossen sagen dagegen zu Recht, daß die Gefahr von der Reaktion, nicht aber von den Kommunisten droht. Die Gefahr, die der Bundesrepublik droht, kommt von den SS-Fraktiken, wie sie bei der Nacht-und-Nebel-Aktion gegen den „Spiegel“ angewandt wurden. Sie kommt von den Revancheforderungen gegen andere Völker. Die Gefahr, die der Bundesrepublik droht, kommt nicht von links, sondern von den Scharfmachern.

Wir wissen, daß Sozialdemokraten und Kommunisten noch manches trennt. Wir haben unterschiedliche Auffassungen über das, was Sozialismus ist und über den Weg dorthin. Viele sozialdemokratische Genossen verstehen auch noch nicht die Veränderungen, die sich in der Deutschen Demokratischen Republik vollzogen haben, und daß es beim Aufbau des Sozialismus auch Schwierigkeiten gibt, die im Vorwärtsschreiten zu überwinden sind. Den sozialdemokratischen Genossen empfehlen wir, das Angebot der Deutschen Demokratischen Republik anzunehmen und durch die Entsendung von Studiendelegationen die Verhältnisse an Ort und Stelle selbst zu studieren. Sie werden sich davon überzeugen können, daß die Deutsche Demokratische Republik ein Arbeiter-und-Bauern-Staat ist, daß dort alles für das Volk und durch das Volk geschieht.

### **Vereint den Frieden sichern, die Demokratie retten und eine neue Politik durchsetzen**

Jetzt darf uns nichts davon abhalten, gemeinsam gegen die Gefahren aufzutreten, die den Kommunisten wie den Sozialdemokraten, den Parteilosen wie den christlichen Arbeitern unmittelbar drohen. Nichts darf uns abhalten, für die Verwirklichung der gewerkschaftlichen Beschlüsse einzutreten. Im Prozeß des gemeinsamen Handelns werden sich viele Fragen klären, die uns noch trennen. Wir möchten hier noch einmal wiederholen, daß weder die Kommunisten noch die Sozialdemokraten allein es schaffen. Nur vereint können wir den Frieden sichern, die Demokratie retten und eine andere Politik durchsetzen.

In den Betrieben bei der Abwehr von Unternehmerangriffen, bei der Verteidigung und Verbesserung der Arbeitsbedingungen stehen wir Schulter an Schulter. Bei der spontanen Aktion bei Klöckner-Deutz in Köln standen dieser Tage Sozialdemokraten und Kommunisten, parteilose und christliche Arbeiter in einer Front. Diese Gemeinsamkeit ist

### **der Schlüssel zum Erfolg.**

Wir wenden uns an alle unsere Genossen: Jeder Kommunist sollte sich jetzt bewußt werden: Das Kriterium für die Arbeit des Kommunisten ist sein kameradschaftliches Verhältnis zu den sozialdemokratischen Genossen — ist die Unterstützung der klassenbewußten Kräfte innerhalb der SPD. Das Kriterium für die Arbeit jeder Parteiorganisation ist das Bestreben für die Zusammenarbeit mit sozialdemokratischen Organisationen.

Das Hauptfeld für die Zusammenarbeit sind die Gewerkschaften. Gleichzeitig aber ist es notwendig, alle gesunden, fortschrittlichen Kräfte in der SPD zu unterstützen und die Entwicklung innerhalb der SPD zu beeinflussen. Womit sollen wir in der Zusammenarbeit mit den sozialdemokratischen Genossen beginnen? Genossen erzählen uns in diesen Tagen, daß sich mit den sozialdemokratischen Genossen besser sprechen lasse über die Fragen der Notstandsgesetzgebung und die sozialen betrieblichen Forderungen, daß es aber schwer halte, mit ihnen in anderen Fragen klarzukommen. Nun, laßt uns doch mit den sozialdemokratischen Genossen kameradschaftlich über das sprechen, wo sich die Gemeinsamkeit unserer Interessen offensichtlich treffen. Laßt uns beginnen mit dem Gespräch über die Verwirklichung der Beschlüsse der Gewerkschaften zur Durchsetzung der gemeinsamen Forderungen gegen die Notstandsdictatur, für die Durchsetzung der sozialen Forderungen, für

Abrüstung und Frieden. So entwickelt sich die Kampfgemeinschaft, so entsteht gegenseitiges Vertrauen und damit die Grundlage für den gemeinsamen Kampf um die weitergehenden Forderungen der Arbeiterklasse. Wir sind für die Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten und den sozialdemokratischen Organisationen in allen Fragen — Kampf für Frieden, für Demokratie, für die Zurückdrängung der Macht der Monopole, für die Schaffung einer demokratischen Friedensordnung in der Bundesrepublik und auch für den Kampf um den Sozialismus.

### **Festes Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft notwendig für Wende**

Der Angriff der großen Monopole, die Unterordnung der Wirtschaft unter die Militarisierungs- und Notstandspolitik richtet sich nicht nur gegen die Arbeiterklasse, sondern auch gegen die werktätigen Schichten, gegen die Klein- und Mittelbourgeoisie. Vor allem aber ist die Bauernschaft betroffen.

Die großen Monopole beuten die Bauernschaft mit Hilfe der staatlichen Finanz- und Steuerpolitik aus. Sie opfern zu ihren Gunsten die westdeutsche Bauernschaft der EWG. Die EWG hat zur Folge, daß für verschiedene landwirtschaftliche Produkte die Erzeugerpreise gesenkt, die Verbraucherpreise aber erhöht werden. Die Bauern erhalten weniger, die Arbeiter aber müssen mehr bezahlen. So tritt die Gemeinsamkeit der Interessen, die die Arbeiter und Bauern im Kampf gegen die EWG und die Macht der Monopole verbündet, noch deutlicher zu Tage.

Die Monopolherren wollen nach dem Grundsatz „teile und herrsche“ Arbeiter und Bauern gegeneinander hetzen. Das tun sie gerade jetzt, da sowohl die Arbeiter als auch die Bauern einem verstärkten Angriff auf ihren Lebensstandard zugunsten der Rüstung und der Monopolprofite ausgesetzt sind. Den Arbeitern wollen sie einreden, die ständig höher steigenden Preise für die wichtigsten Nahrungsmittel seien Schuld der Bauern, die jetzt nicht verständen, rentabel zu wirtschaften. Den Bauern soll glaubhaft gemacht werden, daß die Lohnforderungen der Arbeiter maßlos seien und dadurch die wirtschaftliche Entwicklung gefährdet würde. Es ist den Interessen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft zuwider, wenn Gewerkschaftsführer, wie Rosenberg, genauso auftreten. Damit wird die Herstellung eines festen Bündnisses erschwert, werden Arbeiterklasse und Bauernschaft irregeführt, wird die Gefahr der faschistischen und chauvinistischen Beeinflussung der Bauern verstärkt. **Es ist den Arbeitern und Gewerkschaftern jetzt dringend geboten, die Selbsthilfeeaktion der Bauern, die Bildung von Aktionsausschüssen zu unterstützen, um so die gemeinsamen Aktionen, Kundgebungen und anderen Willensäußerungen überzugehen.**

Der Angriff der Monopole auf die sozialen Interessen der Arbeiterklasse, auf die Wirtschaftsinteressen der werktätigen Schichten und von Teilen der Bourgeoisie erweitert die Basis für die Herstellung des Bündnisses aller antimonopolistischen Kräfte. Die Bedingungen hierfür werden umso günstiger, da sich in den letzten Wochen und Monaten in den verschiedensten Volksschichten die Forderung nach Änderung der Bonner Wirtschafts- und Sozialpolitik entwickelte.

Ich habe bei der Charakterisierung der neuen Lage in der Bundesrepublik bereits gezeigt, daß breite Schichten der Intelligenz zur Verteidigung der demokratischen Rechte und Freiheiten in Bewegung geraten sind. Ich habe darüber gesprochen, wie selbst Kräfte der Bourgeoisie auf eine Änderung der Politik der Bundesrepublik drängen und sich gegen die Fortsetzung der „Politik der Stärke“ wenden.

Wenn alle diese Kräfte ihre friedlichen, demokratischen und sozialen Interessen durchsetzen wollen, so müssen sie zusammenstehen. Der Widerstand der Volkskräfte entwickelt sich in vielfältigen Formen, auf der Grundlage der Gewerkschaften und innerhalb der sozialdemokratischen Organisationen, im Bauernverband und in Kampfgemeinschaften des Landvolkes, Kreisen der Geistesschaffenden, in Organisationen und Gruppen der Jugend und Frauen. **Der Kampf der verschiedensten Volkskräfte wird in dem Maße zum Erfolg führen, wenn sie sich in einer großen nationalen Koalition vereinen. Der Kern dieser sich entwickelnden nationalen Koalition ist die in Aktionsseinheit handelnde Arbeiterklasse im Bündnis mit der Bauernschaft.**

### **V.**

#### **Zu Fragen der Partei**

Die Lage in Westdeutschland und der Beginn eines neuen Kampfabchnittes stellt unsere Partei vor eine noch größere Verantwortung. Im Programm-Entwurf der SED, der eine Analyse der Lage gibt und darauf aufbauend die Entwicklungsrichtung für ganz Deutschland kennzeichnet, wird über die Rolle der KPD, der marxistisch-leninistischen Partei in der Bundesrepublik gesagt:

„Die konsequenteste antiimperialistische und nationale Kraft in Westdeutschland ist die von den Imperialisten und Militaristen verfolgte und in die Illegalität gedrängte Kommunistische Partei.“

Um dieser unserer Rolle in Westdeutschland gerecht zu werden, ist es notwendig, daß sich die Partei stärker zu einer Partei mit Masseneinfluß entwickelt und ihre Reihen ideologisch, politisch und organisatorisch festigt. Von großer Bedeutung ist hierbei die Durcharbeitung des Programms der SED, sowie unserer beiden Dokumente und die gründliche Vorbereitung unseres Parteitages in- und außerhalb der Partei.

Die Ziel- und Aufgabenstellung, die konkreten Bedingungen, unter denen die Partei lebt und kämpft, bestimmen auch die Organisationsstruktur, die Normen des Parteilebens und die Methoden der Parteiarbeit. Bei der Überarbeitung haben wir uns von den Leninischen Organisationsprinzipien und Normen des Parteilebens leiten lassen. Wir waren bemüht, sie auf unsere konkreten Bedingungen anzuwenden. So haben wir das Grundgesetz der Partei geschaffen. Es stärkt die Einheit und Geschlossenheit der Partei. Es gewährleistet die innerparteiliche Demokratie auch unter den Bedingungen der Illegalität. Es befähigt die Partei zu einer erfolgreicheren Massenarbeit und zu einer stärkeren Eigeninitiative. Unsere Aufgabe besteht jetzt darin, den vorliegenden Entwurf in der Partei zu diskutieren, das Parteileben entsprechend zu gestalten und die Erziehungsarbeit der Partei zu verbessern.

Im letzten Jahr wurden durch die Klärung einiger Grundfragen, insbesondere durch das Studium des Programms der KPdSU und die Diskussion über das Partei-aufgebot viele Parteiorganisationen ideologisch und politisch festigt. So manchem Mitglied und Funktionär wurde bewußt, daß die Partei auch unter den Bedingungen der Illegalität bestrebt sein muß, eine Partei mit Masseneinfluß zu sein. Masseneinfluß kann nur eine Partei gewinnen, wenn sie ideologisch klar und zahlenmäßig stark ist.

Insbesondere auf der 20. und 21. ZK-Tagung haben wir erläutert, daß die ideologisch-politische Festigung der Partei den entschiedenen Kampf gegen zwei Abweichungen erfordert: den Revisionismus und Rechtsopportunistismus auf der einen und den Dogmatismus und das Sektierertum auf der anderen Seite. Der Rechtsopportunistismus widerspiegelt den Einfluß der bürgerlichen Ideologie auf die Partei. Er äußert sich in der Hauptsache im Eindringen feindlicher Auffassungen zur Deutschen Demokratischen Republik und zur SED sowie in der Verneinung der Rolle und der illegalen Organisation unserer Partei. Das Sektierertum zeigt sich in der Unterschätzung der legalen Massenarbeit, in der Gleichstellung sozialdemokratischer Mitglieder und Funktionäre mit den rechten Führern, in feindlichen Auffassungen gegenüber dem Bündnis mit den Bauern und in dem Verzicht auf die Gewinnung neuer Mitglieder.

### **Für Einheit und Geschlossenheit der kommunistischen Weltbewegung**

Ich möchte nun einige Bemerkungen zu einer Frage machen, die sehr viele Genossen bewegt. Auf unserer 20. ZK-Tagung haben wir die Partei über die Haltung der derzeitigen Führung der Partei der Arbeit Albanien informiert. Wir haben unsere Stellung zur schädlichen Politik und zu den Abweichungen dieser Führung dargelegt. Im Zusammenhang mit der Kuba-Krise, als die Menschheit in der Gefahr eines atomaren Vernichtungskrieges schwebte, haben die albanischen Führer ihre Angriffe gegen die Bruderparteien verschärft, die für die Belagerung der Kuba-Krise auf dem Wege der Vernunft auftraten. Sie spitzten ihre Verleumdungen und ihre antimarxistischen Ausfälle gegen die kluge und umsichtige Friedenspolitik der Sowjetunion und insbesondere gegen den Genossen N. S. Chruschtschow zu. Sie stellten sich wiederum offen gegen die Beschlüsse der 81 kommunistischen und Arbeiterparteien, in denen der Kampf für Frieden und friedliche Koexistenz als die Hauptaufgabe der Gegenwart charakterisiert wurde. Sie propagierten an Stelle dieser Generallinie eine abenteuerliche Politik. Wem konnte das nutzen? Doch offensichtlich nur den aggressiven Kräften der USA und auch den Scharfmachern in Bonn, die die Kuba-Krise zu einem Weltbrand ausweiten wollten. Damit entlarven sich die albanischen Führer immer mehr als Leute, die an Stelle der marxistisch-leninistischen eine abenteuerliche Politik führen.

Die albanischen Führer betonen, sie seien für die Einheit der kommunistischen Weltbewegung. In Wirklichkeit aber tun sie das Gegenteil. Sie wollen die Beschlüsse der kommunistischen und Arbeiterparteien, insbesondere der Linie des Kampfes für friedliche Koexistenz, der Verurteilung des Personenkults, der Wiederherstellung der Leninischen Normen der Partei- und Staatsführung zu Fall bringen. Mit dieser ihrer Tätigkeit untergraben sie die Einheit und Geschlossenheit der kommunistischen Weltbewegung, deren Vortrupp die KPdSU ist. Wir haben selbst erlebt, daß das Amt für Verfassungsschutz eine Rede von Endver Hodscha als „Wissen und Tat“ getarnt, an Tausende von Adressen versandte.

Wir können dazu nicht schweigen, denn es geht um die Einheit und Geschlossenheit der kommunistischen Weltbewegung. Wir können nicht zulassen, daß unsere



**Fetade die Verleumdungen und die Haltung der albanischen Führer ausnützen, um Verwirrung in unsere eigenen Reihen hineinzutragen.**

Auf der 20. ZK-Tagung haben wir uns an unsere chinesischen Genossen in der Hoffnung gewandt, sie mögen ihren Einfluß darauf verwenden, daß Albanien in die Gemeinschaft der kommunistischen Weltbewegung zurückfindet. Wir müssen mit Bedauern feststellen, daß unseres Wissens die chinesischen Genossen in dieser Richtung keine Versuche unternommen haben. Statt dessen aber verteidigen sie die fehlerhafte Position der albanischen Führer. So sind sie beispielsweise auf den Parteitagen in Bulgarien, Ungarn, in der CSSR und Italien gegen die Kritik der Bruderparteien an der Haltung der albanischen Führer aufgetreten. Sie sprachen den Bruderparteien das Recht dieser Kritik ab, weil das ihrer Meinung nach eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten einer Partei sei. Genossen, wie aber kann man von einer Einmischung sprechen, wenn es um die Einhaltung gemeinsamer Beschlüsse, wenn es um die Verteidigung der Position des Marxismus-Leninismus geht.

Zu alledem können wir nicht schweigen. Wir müssen der Partei sagen, worum es geht. Wir stehen fest zu den beschlossenen Dokumenten der beiden Moskauer Beratungen der kommunistischen und Arbeiterparteien und müssen auf der Grundlage dieser Beschlüsse unsere eigene Partei noch fester zusammenschließen.

### **Die Erfolge im Parteiaufgebot und die neuen Aufgaben zur Stärkung der KPD**

Genossen! Wir möchten heute dem Zentralkomitee vorschlagen, das Parteiaufgebot abzuschließen. Wir wollen von dieser Stelle aus allen Mitgliedern und Funktionären danken, die aktiven Anteil an den erreichten Erfolgen hatten. Sie haben damit einen bedeutenden Beitrag zur Stärkung unserer Partei geleistet. Mögen ihre zum Teil hervorragenden Einzelleistungen zum Beispiel für alle Kommunisten werden.

Im Parteiaufgebot hatten wir uns die Aufgabe gestellt, neue und junge Mitglieder zu werben, die sich in Aktionen bereits bewährt und in der Massenarbeit hervorgerufen haben. Durch eine gezielte Werbung von 3 000 jungen Mitgliedern sollten die Organisationsbasis und die Massenverbindungen der Partei gestärkt werden. Gleichzeitig sollten bisher nicht erfaßte Mitglieder in das Organisationsleben einbezogen, neue Betriebsgruppen gebildet, neue Betriebszeitungen herausgegeben und die Kassierung durchorganisiert werden. Im Bemühen um die Verwirklichung dieser Aufgaben haben wir einen beachtlichen Schritt zur Festigung der Partei getan. Im Parteiaufgebot sind wir bei der Werbung neuer Mitglieder und bei der Herstellung von weiteren Massenverbindungen einen guten Schritt vorwärtsgekommen. Es wurden bisher 2 134 neue Mitglieder gewonnen. Über 2000 Genossen, die bisher die Verbindung zur Partei verloren hatten, wurden wieder erfaßt. Das Ziel, 100 neue Betriebszeitungen herauszugeben und 100 Betriebsgruppen neu zu gründen, wurde übererfüllt. Die Kassierung der Mitglieder hat den Höchststand seit 1956 erreicht.

Indem wir das Parteiaufgebot mit der Aufklärung über die Rolle und Verantwortung der KPD in der Bundesrepublik verbunden haben, führten wir zugleich einen entscheidenden Stoß gegen den Opportunismus in Organisationsfragen. Dieser verneint die Notwendigkeit einer festgefügt illegalen Organisation und die Erfassung aller Mitglieder in Gruppenorganisationen. Vielerorts haben wir die falsche Auffassung, die Partei müsse „klein, aber fein“ sein, überwunden. Solche Meinungen haben uns sehr geschadet und schaden uns noch immer, denn sie halten die Partei und die einzelnen Kommunisten in Isolierung von den Massen und verhindern den notwendigen Kräftezufluß.

Wir können sagen, daß mit dem Parteiaufgebot eine organisatorische und politische Stabilisierung und eine Belebung des Parteilebens eingeleitet wurde.

Wir haben das gesteckte Ziel in bezug auf die Werbung neuer Mitglieder nicht ganz erreicht, weil es uns nicht gelungen ist, einige erhebliche Mängel zu überwinden. Bei weitem nicht alle Kreis- und Grundorganisationen wurden in die aktive Erfüllung des Parteiaufgebotes einbezogen. Deshalb haben wir auch noch nicht erreicht, daß die ganze Partei die Werbung neuer Mitglieder als einen ständigen Bestandteil ihrer Tätigkeit ansieht. Die Werbung von neuen Mitgliedern würde noch nicht gezielt genug durchgeführt. Eine Vielzahl von Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionären gibt es, die sich nicht oder völlig unzureichend an der Gewinnung neuer Kräfte beteiligen. Hier haben wir noch große Überzeugung zu leisten, damit sich alle Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre zu einer ständigen Werbung verpflichtet fühlen. Das muß erreicht werden, wenn wir die entscheidende Basis der Partei in den Betrieben stärken wollen.

Nachdem das Parteiaufgebot abgeschlossen ist, muß die Werbung junger Arbeiter und solcher, die sich in der täglichen Vertretung der Arbeiterinteressen bewährt haben, zu einem ständigen Bestandteil der Parteitätigkeit werden. Ebenso ist der

**Gewinnung der besten Vertreter anderer werktätiger Volksschichten und aktiver Kämpfer aus den demokratischen und Friedensaktionen größte Aufmerksamkeit zu widmen.**

Die Mobilisierung und Organisation der Kämpfe der Arbeiterklasse hängt weitgehend davon ab, in welchem Maße die Kommunisten im Betrieb organisiert, wie stark und kampffähig unsere Betriebsgruppen sind. Wie anders als durch die Organisation des Lebens der Betriebsgruppen wollen wir unsere Aufgabe im Betrieb und in der Gewerkschaft erfüllen. Die Diskussion über die Programmatische Erklärung und das neue Statut soll zum Hebel für die Überwindung dieser Schwächen werden. Im Statut wird besonderer Nachdruck auf die Feststellung gelegt, daß die Betriebsgruppe die wichtigste Grundorganisation der Partei ist und alle Kommunisten eines Betriebes in der Betriebsgruppe erfaßt sein müssen. Zur Erweiterung des Masseneinflusses und zur Festigung der Kampfkraft der Partei müssen wir stärker nach strategischen Gesichtspunkten arbeiten. Für die Haltung der Arbeiterschaft und Gewerkschaften in den Industriestädten ist entscheidend, welche Stellung die Belegschaften einiger Großbetriebe einnehmen.

### **Worauf kommt es jetzt in der Parteilarbeit an?**

Es kommt jetzt auf die Schaffung einer solchen Atmosphäre an, die von der Diskussion über die vorliegenden Dokumenten-Entwürfe und von konkreten Schlußfolgerungen für die örtliche oder betriebliche Partei- und Massenarbeit beherrscht ist. Die ideologisch-politische Aussprache muß zu einem entscheidenden Hebel für die Organisation von Zusammenkünften, von regelmäßigen und systematischen Mitgliederversammlungen werden. Die Partei kann nur erfolgreich kämpfen, wenn sie über ein großes Netz von Grundorganisationen verfügt, die sich bei jedem wichtigen Ereignis durch Eigeninitiative auszeichnen.

Nachdem wir im Parteiaufgebot neue junge Kräfte gewonnen haben, kommt jetzt alles darauf an, die Mitglieder und Funktionäre noch stärker auf die Erweiterung des Masseneinflusses zu richten. Das betrifft vor allem die Orientierung der Genossen auf die Arbeit in den Gewerkschaften, in den Betriebsvertretungen sowie die Aufnahme neuer Kontakte zu sozialdemokratischen Mitgliedern und Funktionären.

Die geeignete Form zur Aktivierung aller Mitglieder und Funktionäre sind die konkreten Parteiaufträge. Jeder Genosse muß wissen, worin sein persönlicher Auftrag in den nächsten Wochen besteht. Um das zu gewährleisten ist eine systematische kollektive Tätigkeit der Grundorganisation erforderlich.

Genossen!

Das sind einige Fragen und die Aufgaben, die wir in der Arbeit mit den vorliegenden Dokumenten und bei der Vorbereitung unseres Parteitagess stellen. Ich zweifle nicht daran, daß die Diskussion auf unserer heutigen Tagung, daß die Erfahrungen, die Ihr aus Eurer Tätigkeit mitbringt, eine Bereicherung und Verbesserung der vorgeschlagenen Dokumenten-Entwürfe ergeben wird. Ich bin ebenfalls davon überzeugt, daß wir, ausgehend von dieser bedeutsamen Tagung und durch den Einsatz all unserer Kräfte in der Partei und Massenarbeit, einen neuen Aufschwung einleiten. So wird der Parteitag zu einem Höhepunkt im Leben und Kampf unserer Partei, der westdeutschen Arbeiterklasse und der ganzen Bevölkerung.

## **Zum Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands**

Von MAX REIMANN

### **I.**

Am 15. Januar beginnt in Berlin der VI. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Die Parteitage der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands sind zu erstrangigen Ereignissen geworden, die für das Leben und den Kampf des ganzen deutschen Volkes von richtungsgebender Bedeutung sind. Der bevorstehende Parteitag, seine Beratungen und Ergebnisse werden nicht nur von den Arbeitern, Bauern und Geistes-schaffenden der Deutschen Demokratischen Republik, sondern auch von den

fortschrittlichen Kräften in der Bundesrepublik mit großer Anteilnahme verfolgt werden.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands legte dem ganzen deutschen Volk ihr Programm des umfassenden Aufbaus des Sozialismus im ersten deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staat und des Kampfes für Frieden und friedliche Koexistenz in Deutschland zur Aussprache vor. Die Volksaussprache, die in der Deutschen Demokratischen Republik über dieses bedeutsame Dokument ge-

führt wurde und weiter geführt wird, ist mit hervorragenden Leistungen der Arbeiter, der Genossenschaftsbauern der Techniker und Wissenschaftler, ist mit einem allseitigen Aufschwung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens verbunden. Aber nicht nur in der Deutschen Demokratischen Republik, sondern auch in Westdeutschland hat das Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands starke Beachtung gefunden, denn es zieht die Bilanz der bisherigen Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik und in der Bundesrepublik. Es setzt die Marksteine auf dem Wege des umfassenden Aufbaus des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik. Es weist dem ganzen deutschen Volk Weg und Ziel in eine friedvolle und glückliche Zukunft.

Der Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands wird das Programm zu einer Zeit beraten und beschließen, da für die westdeutsche Arbeiterklasse, für alle friedliebenden, demokratischen Kräfte, für unsere Partei die dringliche Beantwortung der Frage auf der Tagesordnung steht: Wo stehen wir? Wie soll es weitergehen? Der Parteitag, vor allem aber das Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands können und werden der westdeutschen Arbeiterklasse helfen, die auf dem IG-Metall-Kongreß geforderte Diskussion über die „großen Aufgaben und Ziele einer grundsätzlichen Arbeiterpolitik unter den gegenwärtigen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen“ zu führen. Das Programm des umfassenden sozialistischen Aufbaus zeigt Sozialdemokraten und Kommunisten, der ganzen westdeutschen Arbeiterklasse, wie die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands die Ziele des mehr als 100jährigen Kampfes der deutschen Arbeiterbewegung verwirklicht. Es führt ihnen vor Augen, daß der Übergang der Wehner--Brandt-Gruppe in der Führung der SPD auf die Positionen der deutschen Imperialisten die völlige Preisgabe jeder selbständigen

sozialdemokratischen Politik bedeutet. Der Parteitag und das Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands sollten auch Beachtung bei den realistisch denkenden Kräften des Bürgertums und der Intelligenz finden, wenn sie jetzt eine öffentliche politische Generaldebatte über alle innen- und außenpolitischen Lebensprobleme unseres Volkes verlangen.

Der Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands wird von besonderer Bedeutung sein für die Orientierung unserer Partei im gegenwärtigen und künftigen Kampf zur Erhaltung des Friedens, zur Verteidigung der Demokratie und für die Erhaltung des Lebensstandards der westdeutschen Arbeiterklasse und werktätigen Bevölkerung. Die Arbeiterklasse, die friedliebenden Kräfte in der Bundesrepublik und insbesondere unsere Partei haben im Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands einen sicheren Kompaß. Sie werden durch der Verlauf und die Ergebnisse der Beratungen des VI. Parteitags noch stärker zu neuen Gedanken über die Entwicklungsprozesse in Westdeutschland, über die Erfordernisse des eigenen Kampfes um Frieden, Demokratie und soziale Sicherheit, über die Perspektive des deutschen Volkes und der deutschen Nation angeregt. Programm und Verlauf der Beratungen des Parteitages wird die Erkenntnis weiter verbreiten und vertiefen, daß der umfassende und vollständige Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik den Interessen des Friedens und der deutschen Nation dient. Der Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands wird zu einer Manifestation der Verbundenheit der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung mit den Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik und zugleich auch der Bevölkerung in der Bundesrepublik werden und zeigen, daß sie sich in ihrem Kampf für Frieden und Demokratie auf die Unterstützung der friedliebenden Völker stützen kann.

## II.

Im Programm-Entwurf der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands heißt es:

„Ein neues Zeitalter in der Geschichte des deutschen Volkes hat begonnen: das Zeitalter des Sozialismus. Es ist das Zeitalter des Friedens und der sozialen Sicherheit, der Menschenwürde und Brüderlichkeit, Freiheit und Gerechtigkeit, der Menschlichkeit und Lebensfreude.“

In der Deutschen Demokratischen Republik wurde die Macht der Monopolherren und Junker gebrochen. Die Macht

der Arbeiterklasse im Bündnis mit den Bauern und den anderen werktätigen Schichten wurde errichtet. Die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen gehört der Vergangenheit an. Die sozialistischen Produktionsverhältnisse haben gesiegt. Das sind die grundlegenden und entscheidenden sozialistischen Errungenschaften, die unter Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands mit allen in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland vereinigten Volkskräfte geschaffen wurden. Darauf sind auch wir, gemeinsam mit den Werk-

tätigen des Arbeiter-und-Bauern-Staats stolz. Sie sind beispielgebend für die Zukunft ganz Deutschlands.

Jetzt, da das Fundament des Sozialismus für die ganze deutsche Arbeiterklasse und das ganze deutsche Volk errichtet worden ist, beginnt in der Deutschen Demokratischen Republik eine neue Stufe der gesellschaftlichen Entwicklung: der umfassende Aufbau und die Vervollendung des Sozialismus. Die Verwirklichung dieses Zieles erfordert eine Höherentwicklung der Produktivkräfte, vor allem die Steigerung der Arbeitsproduktivität durch die Anwendung der neuesten Errungenschaften von Wissenschaft und Technik, um so das Leben der Werktätigen schöner zu gestalten und ihre wachsenden Bedürfnisse zu befriedigen. Das Prinzip „Jeder nach seinen Fähigkeiten — jeder nach seiner Leistung“ wird voll verwirklicht. Die sozialistischen Beziehungen zwischen den Werktätigen werden weiter entwickelt und vertieft. Bildung und Kultur werden zum vollen Besitz aller Werktätigen.

Die bisherigen Erfolge des sozialistischen Aufbaus im ersten deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staat wiegen umso mehr, als sie unter äußerst komplizierten Bedingungen und im Kampf gegen große Schwierigkeiten errungen wurden. Die Schwierigkeiten in der Deutschen Demokratischen Republik ergaben sich aus den Folgen der Spaltung Deutschlands und des kapitalistischen Erbes. Der Wirtschaftsaufbau in der Deutschen Demokratischen Republik war von Anbeginn an durch den unterschiedlichen Entwicklungsstand in beiden Teilen Deutschlands belastet. Vor Kriegsbeginn lagen beispielsweise im heutigen Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik nur 2,7 Prozent der Steinkohlen- und 5,4 Prozent der Eisenerzförderung, 1,6 Prozent der Roheisen- und 7,7 Prozent der Stahlproduktion. Die sozialistischen Umgestaltungen und der Wirtschaftsaufbau gingen über eine längere Zeit unter den Bedingungen einer offenen Grenze gegenüber dem imperialistischen Westdeutschland und so unter der ständigen Einwirkung der aggressiven Provokationen der deutschen Imperialisten und Militaristen vor sich. Jetzt sind alle Bedingungen geschaffen, um die aus der bisherigen Entwicklung entstandenen und die sich aus dem weiteren Wachstum des sozialistischen Aufbaus noch ergebenden Schwierigkeiten im Vorwärtsschreiten zu überwinden.

Wenn schon in den vergangenen Jahren die sozialistischen Errungenschaften und die Friedenspolitik der Deutschen Demokratischen Republik auf das gesamte gesellschaftliche Leben in Westdeutschland zugunsten der friedlichen, demokratischen und sozialen Interessen

des werktätigen Volkes einwirkte, so wird das durch der neuen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Aufschwung beim allseitigen Aufbau des Sozialismus noch augenscheinlicher werden.

Der direkte und indirekte Einfluß des sozialistischen Weltsystems, im besonderen aber der Deutschen Demokratischen Republik auf die Entwicklung Westdeutschlands, auf die Lage des arbeitenden Volkes und zugunsten der weiteren Entfaltung des Kampfes der friedliebenden, demokratischen Volkskräfte zeigt sich in vielfältiger Form und in verschiedenen Richtungen. Den Volkskräften in der Bundesrepublik ist es gelungen, die Aufrüstungspläne der aggressiven Gruppe des westdeutschen Monopolkapitals immer wieder zu verzögern. Es war ihnen möglich, die Errichtung einer offenen faschistischen Diktatur zu verhindern. Die Arbeiter und Gewerkschaften konnten in zahlreichen Kämpfen einen höheren Lebensstandard für die arbeitenden Menschen erwirken. Sie konnten die Angriffe der Monopolherren auf die Löhne, die Sozialversicherung und die gewerkschaftlichen Rechte erfolgreich abwehren. Wie schon Oberländer, so mußte jetzt auch Kriegsminister Strauß seinen Ministerposten verlassen. Blutrichter, wie Fränkel und Jagusch, mußten der Staatsanwaltschaft oder Richterstuhl ausgeben. All das war in erster Linie möglich dank der Existenz der Deutschen Demokratischen Republik, dank ihrer im Interesse des ganzen deutschen Volkes geführten Politik des Friedens, der Demokratie und des sozialen Fortschritts.

Der Parteitag und das Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, die fortschreitende Verwirklichung der Aufgaben des umfassenden Aufbaus des Sozialismus machen die Deutsche Demokratische Republik noch mehr zum unüberwindlichen und festen Bollwerk des Friedens, der Demokratie und des gesellschaftlichen Fortschritts auf deutschem Boden. Diese Erkenntnis in der westdeutschen Arbeiterklasse und in den übrigen Schichten zu fördern und durchzusetzen ist die Aufgabe in der Aufklärungsarbeit unserer Partei. Wir müssen ein hohes Maß an Klarheit über die Bedeutung der Errungenschaften und der Friedenspolitik des Arbeiter-und-Bauern-Staates für die westdeutsche Arbeiterklasse erreichen. Das Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und die Beratungsergebnisse des VI Parteitags sind uns dabei starke ideologisch-politische Waffen, die wir wirksam und offensiv gebrauchen müssen.

Das Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, wie die Doku-

mente unserer Partei, gehören in die Hand eines jeden Genossen. Sie sollten weitergereicht werden an Arbeiter, Gewerkschafter, an unsere sozialdemokratischen Klassenbrüder und fortschrittliche, demokratische Bürger. Sie sollten zur Grundlage für eine Vielzahl von Aussprachen werden. Das ist der Weg, den friedliebenden, demokratischen Kräften in der Bundesrepublik bewußt zu machen, daß alles, was in der Deutschen Demokratischen Republik geschieht, dem Wohle des ganzen deutschen Volkes dient. So werden sie auch besser erkennen, warum sie im eigenen Interesse der Hetze und den Verleum-

dungen gegen die friedliche, sozialistische Aufbauarbeit in der Deutschen Demokratischen Republik entgegenzutreten müssen. Sie werden verstehen lernen, daß sie durch ihren Kampf gegen die aggressive Politik des deutschen Imperialismus, für friedliche Koexistenz und Verständigung in den Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten einen Beitrag zu leisten haben, um den Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik die notwendigen friedlichen Bedingungen für die Vollendung ihrer sozialistischen Pionierarbeit zu schaffen.

### III.

Der Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands wird zu einem weithin sichtbaren Zeugnis für die große Friedensmission der Deutschen Demokratischen Republik. Er wird noch überzeugender der westdeutschen Bevölkerung vor Augen führen, daß vom Sozialismus, von der Ordnung, in der die Volkskräfte herrschen, Friede, wahre Menschlichkeit und Humanismus ausgehen. Der umfassende Aufbau des Sozialismus ist untrennbar mit dem Bestreben verbunden, den Frieden auf deutschem Boden zu retten und die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten — der kapitalistischen Bundesrepublik und der sozialistischen Deutschen Demokratischen Republik — auf die Prinzipien der friedlichen Koexistenz zu gründen. Wie der umfassende Aufbau des Sozialismus und die Höherentwicklung der Produktivkräfte der weiteren Veränderung des Kräfteverhältnisses zugunsten der demokratischen und friedliebenden Kräfte dient, so dient auch die konsequente Friedenspolitik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands der Stärkung der Kräfte in der Bundesrepublik, die für Frieden, Entspannung und Verständigung wirken.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands geht in ihrer konsequenten Friedenspolitik davon aus, daß heute in Deutschland zwei Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung bestehen. Unter Beachtung dieser gegebenen und durch nichts wegzuleugnenden Tatsache ist die Durchsetzung der friedlichen Koexistenz zum Hauptinhalt des Friedenskampfes in Deutschland geworden. Das wurde mit dem Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands noch deutlicher gemacht. Das wird auch auf dem bevorstehenden Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands unterstrichen werden. Was friedliche Koexistenz in den Beziehungen der beiden deutschen Staaten heißt, hat der 1. Sekretär des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei

Deutschlands, Genosse Walter Ulbricht, dargelegt, als er am 2. Dezember 1962 in Cottbus die Lehren aus den Ereignissen im karibischen Raum zog.

Die Lehren aus den Ereignissen im karibischen Raum — so führte Genosse Walter Ulbricht aus — müssen darin bestehen, die strittigen Fragen in den Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten auf dem Wege von Verhandlungen zu klären und auf feste Vereinbarungen zu gründen. Man müsse dessen eingedenk sein, daß friedliche Koexistenz und Verständigung auch die Bereitschaft zu Kompromissen voraussetze. Das ist keine Frage, die die Gesellschafts- oder innerstaatliche Ordnung betrifft, sondern nur die Normalisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten.

Die Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung will nicht die Fortsetzung des bankrotten und lebensbedrohenden Kriegskurses durch die fünfte Adenauer-Regierung. Sie will eine Politik der Entspannung und der Verständigung. Jede echte westdeutsche Friedens- und Verständigungspolitik muß von der Tatsache ausgehen, daß die von den herrschenden Kreisen in Bonn verfolgte „Politik der Stärke“ und die Absicht, die Deutsche Demokratische Republik gewaltsam zu erobern, bankrott gemacht haben. Das wurde spätestens am 13. August 1961 offenkundig und fand in den ständigen Krisen der Bonner Regierung seinen sichtbarsten Ausdruck.

Die Durchsetzung einer Politik der friedlichen Koexistenz und der Verständigung erfordert, den Realitäten in der Welt und in Deutschland Rechnung zu tragen. Eine realistische Friedenspolitik der Bundesrepublik gebietet, die These von der Nichtexistenz der Deutschen Demokratischen Republik aufzugeben und stattdessen normale Beziehungen zu ihr herzustellen. Sie verlangt die Preisgabe der abenteuerlichen atomaren Vorwärtstrategie bis zum „letzten Risiko“ und

stattdessen die Bereitschaft zu Vereinbarungen mit der Deutschen Demokratischen Republik!

Die friedliebenden Kräfte in der Bundesrepublik sollten sich ebenso wie die Deutsche Demokratische Republik einsetzen für Vereinbarungen über den Verzicht auf Atomrüstung, über den Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen den Staaten des Warschauer Vertrages und den Staaten der NATO, über normale wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen. Sie sollten noch stärker eintreten für eine Initiative der Bundesrepublik zum Abschluß eines deutschen Friedensvertrages und die friedliche Lösung der Westberlinfrage. Mit diesen ersten Schritten auf dem Wege der Durchsetzung der friedlichen Koexistenz zwischen den beiden deutschen Staaten würde ein wesentlicher Beitrag zur Sicher-

ung des Friedens für das ganze deutsche Volk und für Europa geleistet. Darauf ist die ganze Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und die im Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands enthaltenen Vorschläge für eine Politik der Vernunft auf deutschem Boden gerichtet.

Die friedliebenden Kräfte in der Bundesrepublik werden umso erfolgreicher gegen die Fortsetzung der aggressiven Politik durch die fünfte Adenauer-Regierung, gegen die beschleunigte atomare Aufrüstung und den beabsichtigten Ausbau der Bundeswehr auf 750 000 Mann kämpfen, je besser sie es verstehen, die Verständigungs- und Entspannungsvorschläge der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, die großen Friedensideen ihres neuen Parteiprogramms für den eigenen Kampf zu nutzen.

#### IV.

Mit dem umfassenden Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik ist die weitere Entfaltung der sozialistischen Demokratie verbunden. Noch breitere Bevölkerungskreise werden in der Deutschen Demokratischen Republik in die leitende Staatstätigkeit einbezogen. Alle prinzipiellen Fragen des sozialistischen Aufbaus und der nationalen Politik, entscheidende Gesetzesentwürfe und Beschlüsse der Volkskammer und Regierung werden dem ganzen Volk zur Aussprache übergeben. Das sozialistische Recht dient der Freiheit des Volkes, seiner friedlichen Arbeit und der Gerechtigkeit für jedermann. Der Parteitag und das zu beschließende Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands erleichtern der westdeutschen Bevölkerung die Erkenntnis, wo die wahre Freiheit und echte Demokratie sind, daß diese nur errungen werden können im Kampf gegen die aggressiven Kräfte des deutschen Imperialismus und Militarismus.

Der Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands wird seine Vorschläge zur Erweiterung der sozialistischen Demokratie zu einer Zeit verkünden, da in Westdeutschland der Kampf für Freiheit und Demokratie in ein neues Stadium tritt. Um aus den äußeren und inneren Schwierigkeiten herauszukommen, um den aggressiven Kurs nach außen und innen entgegen dem Volkswillen fortsetzen zu können, will die fünfte Adenauer-Regierung durch das Notstandsgesetz, durch Nacht- und Nebelaktionen gegen alle andersdenkenden Menschen, durch den Verbotsprozeß gegen die VVN, durch den Angriff auf die gewerkschaftlichen Rechte die letzten im Grundgesetz verankerten demokrati-

schen Freiheiten beseitigen. Während in der Deutschen Demokratischen Republik eine neue Etappe in der weiteren Entfaltung der sozialistischen Demokratie begonnen hat, beginnt in der Bundesrepublik für alle demokratischen Volkskräfte ein neuer Kampfabschnitt: der Kampf für die Verteidigung der demokratischen Rechte des Grundgesetzes, für die Rettung der Demokratie.

Der Vergleich der demokratischen Errungenschaften, die unter den Bedingungen der Arbeiter-und-Bauern-Macht in der Deutschen Demokratischen Republik erreicht wurden, mit den militaristischen und faschistischen Entwicklungstendenzen in der Bundesrepublik wird der Arbeiterklasse und den übrigen demokratischen Kräften die Erkenntnis erleichtern, daß wahre Freiheit und Demokratie unvereinbar sind mit der Macht einer kleinen Gruppe imperialistischer Gewaltpolitiker. Ein solcher Vergleich wird ihnen zur Einsicht verhelfen, daß sie im Interesse von Freiheit und Recht den Einfluß der Scharfmacher auf das politische Leben der Bundesrepublik ausschalten müssen.

Das Programm und der Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands wird den westdeutschen Arbeitern und Gewerkschaftern zeigen, was echtes Mitbestimmungsrecht bedeutet. In der Deutschen Demokratischen Republik haben die Arbeiter nicht nur das Mitbestimmungsrecht, sie sind die entscheidende und bestimmende Kraft im politischen und wirtschaftlichen, im gesellschaftlichen und staatlichen Leben. Je mehr unsere Partei diese Tatsache den Arbeitern der Bundesrepublik bewußt macht, umso mehr wird die Bereitschaft zum entschlossenen Kampf für mehr

Mitbestimmung der Gewerkschaften und der Betriebsräte, für die Ausdehnung des Mitbestimmungsrechts auf allen Gebieten des staatlichen, wirtschaftlichen und politischen Lebens wachsen. So führen wir sie und die westdeutschen Gewerkschaften an eine aktivere Einflusnahme auf die gesamte Entwicklung der Bundesrepublik heran.

Wenn der Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands die große Bilanz sozialistischer Aufbauenerfolge ziehen und die Perspektive des umfassenden Aufbaus des Sozialismus geben kann, so ist das der Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse durch die Bildung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands schon im Jahre 1946 zu verdanken. Der Parteitag wird zu einem neuen Beweis dafür, was eine geeinte Arbeiter-

klasse zu leisten vermag. Zugleich wird er der westdeutschen Arbeiterklasse den Sozialdemokraten und auch unseren Genossen die Lehre vermitteln, daß der Kampf der Arbeiterklasse nur erfolgreich ist, wenn sie ihre unüberwindliche Kraft in der gemeinsamen Aktion zur Geltung bringt. Uns Kommunisten in der Bundesrepublik wird der Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zu noch größeren Anstrengungen anregen, unsere Bemühungen um die Aktionseinheit zu verstärken, für die Zusammenarbeit von Kommunisten und Sozialdemokraten, von kommunistischen und sozialdemokratischen Organisationen zur Sicherung des Friedens, für die Rettung der Demokratie, für die Verwirklichung der gewerkschaftlichen Beschlüsse

## V.

Wie die Arbeiterklasse und alle friedliebenden, demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik die Ideen des Programms und die Impulse, die vom Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands ausgehen werden, für den eigenen Kampf zur Sicherung des Friedens, zur Rettung der Demokratie und zur Erhaltung des Lebensstandards wirksam nutzen werden, hängt in erster Linie von der Arbeit unserer Partei ab. Im Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands heißt es:

„Die konsequenteste ant imperialistische und nationale Kraft in Westdeutschland ist die von den Imperialisten und Militaristen verfolgte und in die Illegalität gedrängte Kommunistische Partei.“

Das ist eine hohe Anerkennung, aber zugleich auch eine große Verpflichtung. Als die marxistisch-leninistische Partei der Arbeiterklasse in der Bundesrepublik ist unsere Partei mit der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands brüderlich verbunden durch die Gemeinsamkeit des Kampfes gegen den deutschen Imperialismus und Militarismus, für Frieden, Demokratie und Sozialismus, durch die Gemeinsamkeit der Lehre des Marxismus-Leninismus. Die Auf-

gabe unserer Partei besteht darin, das Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, die Beratungsergebnisse des VI. Parteitages sowie die Dokumente unserer Partei zum Gegenstand einer großen Aussprache in den breitesten Kreisen der westdeutschen Bevölkerung zu machen. Die Anwendung der großen Erfahrungen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands auf die Bedingungen unseres Kampfes werden uns weiterführen auch auf dem Wege der ideologisch-politischen und organisatorischen Stärkung der Partei, der Festigung und Erweiterung unseres Masseneinflusses, der Erziehung aller Kommunisten zur unerschütterlichen Liebe und Verbundenheit mit der Deutschen Demokratischen Republik und ihrer führenden Partei, der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Jeder Kommunist wird aus dem Studium des Programms der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und den Ergebnissen des VI. Parteitages die Überzeugung schöpfen können, daß man heute nur erfolgreich kämpfen kann, wenn man vorbehaltlos die Politik und die Errungenschaften der Deutschen Demokratischen Republik verteidigt und sie zur Führung eines offensiven Kampfes für Frieden, Demokratie und soziale Sicherheit nutzt.

## Worüber man sprechen sollte

Bemerkungen zu einem Artikel von Waldemar von Knoeringen

von ERICH GLÜCKAUF

## I.

In der Zeitschrift „Neue Gesellschaft“, Nr. 5 (September/Okttober 1962) veröffentlichte Waldemar von Knoeringen einen Beitrag mit dem Titel „Worüber gesprochen werden sollte“. In diesem Artikel bringt der bekannte sozialdemokratische Autor den Wunsch zum

Ausdruck, „mit dem politischen Gegner ins Gespräch zu kommen“. Gerade weil wir Kommunisten das Monopolkapital und den Militarismus als den gemeinsamen Gegner der Arbeiterklasse betrachten halten wir besonders ein offenes freies Gespräch zwischen uns und

den Sozialdemokraten für notwendig. Dadurch, daß die Adenauer-Regierung die KPD verbieten ließ, ist der Zwang zum unbedingten Gespräch zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten nicht aufgehoben, sondern höchstens noch verstärkt worden. In den einleitenden Sätzen seines Artikels wird dies auch indirekt von Waldemar von Knoeringen bestätigt, indem er die Feststellung trifft: „Wer heute wachen Sinnes unser demokratisches Leben betrachtet, muß mit Sorge erfüllt sein. Zahlreiche Erscheinungen deuten darauf hin, daß wir uns nicht zur Demokratie hin, sondern von ihr fortentwickeln.“

Wir sind damit einverstanden diese Tatsache zum Ausgangspunkt des Gesprächs zu nehmen. Jeder wird aber begreifen, daß es nicht ausreicht, bei der Feststellung eines Tatbestandes stehen-zubleiben, sondern daß es erforderlich ist, zu den Ursachen für diese Entwicklung vorzustoßen. Man kann doch z. B. nicht bezweifeln, daß es einen unmittelbaren Zusammenhang gibt zwischen dem Verbot der KPD, der Schmähung und Verfolgung antimilitaristischer Sozialdemokraten und bürgerlicher Pazifisten, der Aktion gegen die „Spiegel“-Redakteure und den auf dem Höhepunkt der Krise im Karibischen Meer ausgesprochenen Drohungen von Strauß gegen sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete. Es geht also nicht nur, wie Waldemar von Knoeringen schreibt, um die „Erscheinungen“, sondern in erster Linie um die tieferen Ursachen und Zusammenhänge für die systematische Aushöhlung und den Abbau der Demokratie: die Entwicklung der Bundesrepublik zu einer militäristisch-klerikalen Diktatur des Finanzkapitals.

## II.

Als wir im Jahre 1945 vor den rauchenden Trümmern standen, die uns der Hitler-Krieg überließ, gab es im Gebiet der heutigen Bundesrepublik kaum einen ehrlichen Menschen, der nicht gewünscht hätte, daß unser Volk mit der Vergangenheit endgültig Schluß macht und einen friedlichen, demokratischen Weg beschreitet. Wenn wir heute, 18 Jahre später, den brutalen Angriff der Scharfmacher in der „Spiegel“-Aktion erleben und die Gefahren der Notstandsdiktatur erkennen, dann hat das vor allem seine Ursachen in der Wiederherstellung der Macht der Monopole und des Militarismus. Den reaktionären monopolistischen Kräften gelang es, dank der Unterstützung der imperialistischen Westmächte, die demokratische Bewegung des Volkes für die Entmachtung der Kriegsverbrecher einzudämmen, die Zerschlagung der Monopole und die Durchführung einer echten demokratischen Bodenreform zu verhindern. Eine der Hauptursachen da-

für, daß ihnen das gelingen konnte, war die Aufrechterhaltung der Spaltung der Arbeiterklasse. Die Durchführung des Potsdamer Abkommens und die tatsächliche demokratische Erneuerung Deutschlands wurden verhindert und die Macht der Monopole wieder hergestellt. Das ist auch die eigentliche Ursache dafür, warum die Demokratie in der Bundesrepublik heute abgebaut wird und die herrschenden Kreise mit den Notstandsgesetzen erneut eine offene Diktatur anstreben. Als es im Jahre 1949 um die Verabschiedung des Grundgesetzes ging, stimmten die Kommunisten dagegen. Max Reimann erklärte damals im Parlamentarischen Rat:

„Obwohl wir Kommunisten aus grundsätzlichen Erwägungen heraus dem Gesetz unsere Stimme versagen, werden die Gesetzgeber im Verlauf ihrer volksfeindlichen Politik ihr eigenes Gesetz brechen. Wir Kommunisten aber werden die im Grundgesetz verankerten wenigen demokratischen Rechte gegen die Verfasser des Grundgesetzes selbst verteidigen.“

Wir Kommunisten waren damals nicht etwa gegen die im Grundgesetz formulierten Grundrechte des Volkes. Wir stimmten gegen das Grundgesetz, weil mit seiner Annahme die staatliche Spaltung Deutschlands vollzogen wurde. Weil die Monopole und der Großgrundbesitz erhalten blieben, konnte auch die alte Macht- und Eroberungspolitik nach außen und die antidemokratische Politik nach innen wieder auferstehen. Das muß heute erkannt werden, wenn es gelingen soll, aus dem Teufelskreis herauszukommen.

## III.

Waldemar von Knoeringen kann man zustimmen, wenn er schreibt, daß dort, wo die Demokratie sich nicht auf den Kampf des Volkes um seine Rechte gründe, sie niemals stabil sei. Genau betrachtet beinhaltet diese Feststellung — wenn vielleicht auch ungewollt — ein Urteil über die prinzipiell falsche Konzeption der rechten SPD-Führung in der ganzen Nachkriegsperiode. Da die Grundlagen der Demokratie nur geschaffen werden können im einheitlichen Kampf der Arbeiterklasse und der Volksmassen, die Demokratie sich nur entfalten kann durch die ständige Erweiterung der demokratischen Rechte der Volksmassen im gesamten politischen und wirtschaftlichen Leben, bestand und besteht die historische Schuld der rechten SPD-Führung darin, diesen demokratischen Volkskampf stets abgelehnt, abgebremst und oft verhindert zu haben.

Es stimmt auch nicht, wenn behauptet wird, daß die Arbeiterklasse und die große Mehrheit der westdeutschen Be-



völkering nach 1945 nicht bereit waren, für demokratische Verhältnisse zu kämpfen. Angefangen von der gemeinsamen Tätigkeit der Kommunisten und Sozialdemokraten in einer Reihe von Länderregierungen, dem überwältigenden Sieg bei der Volksabstimmung in Hessen zur Enteignung der großen Monopole, der großen Aktionen gegen die Remilitarisierung und gegen die Einführung der Wehrpflicht, gegen die atomare Aufrüstung, gegen das Betriebsverfassungsgesetz bis zu den Beschlüssen des 6. DGB-Kongresses gegen die Notstandsgesetzgebung — immer zeigte sich eine große Bereitschaft der Arbeiterklasse und anderer Volksschichten im Kampf für demokratische Rechte und Freiheiten. Wenn man der Wahrheit die Ehre geben will, dann muß man sagen, daß der Abbau der demokratischen Rechte in der Bundesrepublik ihre Hauptursache hat in der Revanchepolitik, im Atomrüstungskurs, in der Adenauer-Doktrin von der „Sowjetunion als Totfeind“ und in der kurz-sichtigen, allein vom Klassenhaß der großen Monopole diktierten Eroberungspolitik gegenüber der DDR.

Dieser Kurs, zu dem es nach der Meinung von Wehner, Brandt und Erler keine Alternative gibt, schwemmte in der Bundesrepublik alles, aber auch alles an antidemokratischem Abschaum nach oben, an die Kommandostellen- und Futterkrippen. Globke, einer der schlimmsten geistigen Urheber der unmenschlichen Rassenverbrechen der Nazizeit, sitzt am Schalthebel der Bonner Ministerialbürokratie und Geheimorganisationsen. Er läßt Telefone überwachen, Schwarze Listen anlegen, schleuste und schleust nach wie vor hohe SS-, SD- und SA-Leute in die Bonner Ministerien und in den gesamten staatlichen Apparat ein. Waldemar von Knoeringen weiß selbst, wie die Spitzel und Bewachungsorgane des Gehlen-Apparates und des Amtes für Verfassungsschutz sich unter Begünstigung durch Wehner und Brandt im Parteiapparat der SPD eingenistet haben, um klassenbewußte, vom Geist der Demokratie und des Friedens besessene Sozialdemokraten zu bespitzeln und unter Druck zu setzen.

Es ist auch Waldemar von Knoeringen nicht unbekannt, daß im Zuge der Revanche- und Atomrüstungspolitik die Teufelsgenerale Hitlers die Befehlsgewalt über die Bundeswehr erlangt haben und wie ehemals ihre Angriffspläne gegen den Osten und die Pläne der militärischen Vorherrschaft gegenüber dem Westen ausarbeiteten. Diese Kräfte betrachten die nach 1949 entstandene Ordnung nur als eine Übergangslösung und als ein Sprungbrett von der zerschlagenen Hitler-Diktatur zu einer neuen Form

der direkten Diktatur mit Hilfe von Notstandsgesetzen. Ein leitender Mitarbeiter im Bonner Kriegsministerium, der Regierungsrat Dr. Georg Flohr, schrieb bereits im Märzheft (1959) des Deutschen Verwaltungsblattes — zur gleichen Zeit, als Wehner das Bekenntnis der rechten SPD-Führer zur NATO ablegte —:

„Es muß Vorsorge getroffen werden, daß der sofortige Vollzug notwendiger Maßnahmen nicht durch Rechtsmittel gehemmt werde. Dabei bleibt der Regierung keine andere Wahl, als sich im entscheidenden Augenblick über die Verfassung hinwegzusetzen. Allein der Bundeskanzler kann dazu berufen sein, in der Krise in die Rolle des Diktators hineinzuwachsen. Die Diktatur ist nun einmal die besondere Form der Staatsführung, die aus dem Staatsnotstand entspringt. Staatsnotstand und Diktatur gehören zusammen.“

Hier zeigt also ein Bonner Regierungsrat das wahre Gesicht der ganzen Notstandsgesetzgebung. Wie lächerlich und trügerisch ist doch da das ganze Gerede derjenigen sozialdemokratischen Führer, die für die Notstandsgesetze eintreten. „Im Interesse der Aufrechterhaltung der Rechtsstaatlichkeit oder wegen der Bekämpfung der Hochwassergefahren.“

Für uns Kommunisten stehen nicht Fragen der Vergangenheit im Meinungsaustausch mit unseren sozialdemokratischen Klassengenossen im Vordergrund. Wir meinen, daß es an der Zeit ist, Lehren aus den Erfahrungen zu ziehen und zu erkennen, wie schädlich es sich für die Demokratie auswirkte, daß die guten Ansätze des Kampfes gegen Remilitarisierung und Atomrüstung und für das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und der Gewerkschaften nicht machtvoll fortgesetzt wurden. Die Hauptlehre aus diesen bitteren Erfahrungen besteht darin: Wenn man nicht will — wie das auch Waldemar von Knoeringen zum Ausdruck bringt — daß wir uns nicht von der Demokratie fortentwickeln, daß die demokratischen Rechte und Freiheiten durch eine Notstandsdictatur restlos erwürgt werden, dann müssen um jeden Preis die Notstandsgesetze, in erster Linie durch den einheitlichen Kampf der Arbeiterklasse und ihrer Gewerkschaften, verhindert werden.

Die Stellung zu den Notstandsgesetzen ist jetzt zum Prüfstein für einen jeden Demokraten geworden. Am Verhalten zu diesen Diktaturgesetzen wird sich zeigen, ob die hohen Werte von Demokratie und Freiheit nur Lippenbekenntnis und Täuschung oder ein echtes Anliegen sind.

Der Beschluß des 6. DGB-Kongresses gegen die Notstandsgesetze, die Aktionen der Arbeiter, Geistesschaffenden, Studenten und der Jugend gegen die Nacht- und Nebel-Aktionen in der „Spiegel“-

Affäre und viele andere Proteste gegen den Abbau der demokratischen Rechte beweisen, daß die These von Waldemar von Knoeringen von der mangelnden Bereitschaft der Volksmassen zur Demokratie auf keinen Fall akzeptiert werden kann. Wohl aber stehen die Mitglieder des Parteivorstandes der SPD und der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion vor einer Entscheidung von ungeheurer Tragweite: Wenn sie, nachdem Herbert Wehner in einem Geheimpapier mit Lücke und von Guttenberg bereits vereinbart hat, die Kanzlerschaft Adenauers weiter zu akzeptieren und selbst auf eine Wahlrechtsreform einzugehen auch noch der 5. Adenauer-Regierung die Notstandsgesetze zu bewilligen, dann geben sie den schlimmsten Feinden der Demokratie die legale Vollmacht, die Rechtsstaatlichkeit und Demokratie restlos zu erwürgen.

Es wäre gut, wenn sich in der gegenwärtig für die Demokratie so ernsten Situation mehr einsichtige Männer und Frauen auch in den leitenden Gremien der SPD zusammenfinden würden um entsprechend den Beschlüssen der Gewerkschaften und ihrem eigenen politischen Gewissen jegliche Notstandsgesetzgebung zu verhindern. Das Argument, „man könne ja ein milderes Notstandsgesetz schaffen“, ist unhaltbar angesichts der Tatsache, daß ein Notstandsgesetz in jeder Form ein Instrument in den Händen der mächtigen Monopole und Militaristen gegen die Gewerkschaften und gegen die demokratischen Rechte und Freiheiten des Volkes ist.

#### IV.

Wir halten eine weitere Feststellung Waldemar von Knoeringens für äußerst bemerkenswert. Er schreibt:

„Die brave Einhaltung der formell demokratischen Spielregeln bei der Wahl vermittelt dem Volk noch kein Beispiel für lebendige Demokratie.“

Das bestätigen die Tatsachen in der Bundesrepublik. Der Trick der reaktionären militaristischen Machthaber besteht darin, die wirklichen Machtverhältnisse im Bonner Staat, die Tatsache, daß das Finanzkapital mit seiner Adenauer-Regierung die Macht ausübt, mit dem Hinweis zu verschleiern, daß die Wähler alle vier Jahre das Recht haben, zur Wahlurne zu schreiten. Nach dem Willen der militaristisch-klerikalen Machthaber erschöpft sich der Einfluß des Volkes bei der sich alle vier Jahre wiederholenden Stimmenabgabe. Während dieser vier Jahre aber soll das Volk ausgeschlossen sein von der aktiven Teilnahme an Gesetzgebung und Verwaltung und keinen Einfluß haben auf Wirtschaft, Militär und Justiz. Bestenfalls gestattet man noch eine gewisse Teilnahme der Bevöl-

kerung in Detailfragen der Kommunalpolitik. Man kann ein Regime mit solchen Regierungsmethoden keinesfalls als eine „demokratische Ordnung“ bezeichnen! Auch Waldemar von Knoeringen muß zugeben, daß die Wähler selbst nach vier Jahren bei den Wahlen nicht einmal frei entscheiden können da die herrschenden Kreise dank der Tatsache, daß sie neben dem Gewaltapparat des Staates auch noch über den Propaganda-Apparat verfügen, in der Lage waren, „die Wirklichkeit durch skrupellose Vereinfachungen mit Suggestiv-Effekt (zu) verfälschen“.

Wenn man die Dinge genau untersucht, muß man die Feststellung treffen, daß wir in der Bundesrepublik gar nicht so weit entfernt sind von den Methoden, mit denen die großen Monopole und Imperialisten in den Jahren 1932/33 die Hitler-Diktatur vorbereiteten. Das nicht zu erkennen, bedeutet ins Verderben zu rennen. Wir Kommunisten wollen niemandem Angst machen, aber wir sind auf Grund unserer eigenen und den Erfahrungen des ganzen Volkes verpflichtet, die ganze Größe der Gefahren aufzuzeigen, die sich aus der Vernichtung der demokratischen Rechte und Volksfreiheiten ergeben. Oft genug hat man uns in den vergangenen Jahren den Vorwurf gemacht, wir hätten zugunsten eigenennütziger Interessen die Gefahren übertrieben, die mit der Remilitarisierung, der NATO-Politik und dem hysterischen Antikommunismus sich für die innere Entwicklung ergeben. In den letzten Jahren war es im Zusammenhang mit der zeitweiligen Hochkonjunktur und gewissen „demokratischen Spielregeln“ für viele Menschen nicht leicht, die gefährliche Entwicklung vorauszusehen. Aber jetzt erkennen immer mehr Menschen der verschiedensten Bevölkerungsschichten den Zusammenhang zwischen der Atomrüstungspolitik, dem maßlosen Antikommunismus und der immer rücksichtsloseren Beseitigung der demokratischen und sozialen Rechte. Gerade darin besteht das Besondere, das Neue, wenn auf dem 6. DGB-Kongreß zahlreiche Delegierte diesen Zusammenhang aufzeigten und für Anträge stimmten, die sich gegen die Atomrüstung und die Notstandsgesetze richten und sich für die Abrüstung und Entspannung, Mitbestimmung und die Erhaltung und Erweiterung der sozialen Rechte einsetzen.

Es ist darum notwendig, sich daran zu erinnern wie seit Bestehen der Bundesrepublik bei jeder einzelnen Maßnahme der Remilitarisierung zugleich ein Anschlag auf die demokratischen Rechte erfolgte. Der Remilitarisierungskurs wurde eingeleitet mit dem Verbot der Volksbefragung, dem Verbot der Freien Deutschen Jugend und der Schaffung des reaktionären Betriebsverfassungsgeset-

zes. Der Übergang zur NATO-Politik geschah im Zusammenhang mit der Abwürgung der mächtigen Paulskirchenbewegung und mit Aktionen in der Antiatombewegung, gegen die die Adenauer-Regierung selbst das Bundesverfassungsgericht ausnutzte, um ein Verbot der Volksbefragung gegen die atomare Aufrüstung zu erzwingen. Auf diesem Wege wurde auch das parlamentarische Leben erstickt. Der Bundestag wurde zu einer Ja-sage-Maschine für einen starrköpfigen Machtpolitiker, dessen Politik sich als gescheitert erwies und nur noch mit immer schärferen Mitteln der Diktatur weiterbetrieben werden konnte. Nach den Erfahrungen der Weimarer Demokratie, der schändlichen Bilanz der Hitler-Faschismus und nach den 18 Jahren Erfahrungen der jüngsten Nachkriegsgeschichte muß heute erkannt werden: Rüstungs- und Revanchepolitik nach außen, Demokratie, Freiheit und sozialer Fortschritt im Innern, schließen sich gegenseitig aus. Wo die Rüstungspolitik und der Antikommunismus an Boden gewinnen, verliert ihn die Demokratie.

#### V.

Wenn Waldemar von Knoeringen jetzt ausspricht, daß „zwischen der Demokratie als Forderung und der heutigen Wirklichkeit in der Bundesrepublik eine erhebliche Abweichung besteht“, so hat er damit recht. Er sagt aber damit den Mitgliedern seiner Partei nur etwas, was sie bereits seit längerer Zeit selbst immer wieder erkennen mußten. Denn jetzt kommt es auf die Schlußfolgerungen an. Die „Politik des neuen Stils“, die praktizierte „Politik der Gemeinsamkeit“ hat dazu geführt, daß die Kluft zwischen der „Demokratie als Forderung“ und „der heutigen Wirklichkeit“ immer mehr vertieft wurde. Diese „Politik des neuen Stils“, mit der die SPD ihre Regierungsfähigkeit beweisen wollte, gab doch Adenauer und seinen Scharfmachern die Möglichkeit die „Politik des alten Stils“, den Atomrüstungskurs, die antidemokratische und antisoziale Politik verschärft fortzusetzen. Die „Politik des neuen Stils“ ist die Aufgabe jeder Selbständigkeit der SPD. Wie die jüngste Regierungskrise bewies, gab sie der immer schwächer gewordenen Position Adenauers und seiner gescheiterten Politik erneuten Spielraum zur Verschärfung der Diktatur der schlimmsten, aggressiven und antidemokratischen Kräfte.

Jetzt dürfte es für viele Sozialdemokraten leichter sein zu erkennen, daß der von Wehner, Brandt und Erler in der SPD durchgepeitschte „neue Stil“ im Grunde die für Adenauer und seine Scharfmacherkreise geeignete Taktik ist, die Sozialdemokraten in Schach zu hal-

ten und sich freie Hand zu verschaffen für alle provokatorischen Anschläge auf die Demokratie, den Frieden und die sozialen Rechte der Werktätigen. Diese Taktik enthüllte unfreiwillig der auf dem rechten Flügel der CDU stehende Bundestagsabgeordnete Majonika, als er während der „Spiegel“-Debatte im Bundestag dem SPD-Bundestagsabgeordneten Erler zurief: „Man braucht Euch ja nur zu treten, dann rückt Ihr näher an uns heran.“ Er hatte recht, denn kurze Zeit danach traf Wehner mit Lücke und von Guttenberg das Abkommen, Adenauer und seine Politik im Rahmen einer großen Koalition zu akzeptieren.

#### VI.

Wir wollen hier offen lassen, inwieweit Waldemar von Knoeringen selbst die Rolle der Wehner, Brandt und Erler beim Niedergang und der Zertrümmerung von Gerechtigkeit und Demokratie in der Bundesrepublik erkannt hat. Jedenfalls kann niemand übersehen, daß die tiefe Vertrauenskrise, die die Adenauer-Politik ausgelöst hat, sich auch immer stärker auf die SPD überträgt. Das Bayern-Programm der SPD, zu dessen Initiatoren Waldemar von Knoeringen gehört, ist eine berechtigte Kritik an den vielen sozialen und ökonomischen Ungerechtigkeiten, an der Vernachlässigung von Bildung und Kultur und an sonstigen undemokratischen Verhältnissen, die insgesamt den Klassencharakter des Bonner Staates und den verschärften Klassenkampf unterstreichen. Diese Feststellungen im Bayern-Programm der SPD, aber noch deutlicher und umfassender die auf dem 6. DGB-Kongreß gegebene Einschätzung der verhängnisvollen Rolle des Monopolkapitals, der Gefährlichkeit der atomaren Aufrüstung und des Charakters der Notstandsgesetze stehen im schroffen Gegensatz zu der im Godesberger Programm der SPD beschlossenen Politik der „Gemeinsamkeit“ mit den aggressiven Kreisen des Finanzkapitals.

Wenn Waldemar von Knoeringen im Vorwort zum Bayern-Programm der SPD erklärt, daß die zukunftsentscheidende Kernfrage lautet: „Wie muß die demokratische Ordnung beschaffen sein?“ so ist diese Fragestellung wirklich von größter Aktualität. Aber wie soll diese Frage beantwortet werden? Waldemar von Knoeringen gibt diese Antwort nicht.

Er macht jedoch einen Vorschlag, der sicherlich das volle Einverständnis aller Sozialdemokraten, Kommunisten und aller Gewerkschafter finden kann. Der Vorschlag lautet: Man sollte neue Wege zur demokratischen Willensbildung suchen, man sollte das Gespräch mit den Menschen neu beginnen. Konkret schlägt Waldemar von Knoeringen vor: das Gespräch zwischen zwei Menschen, das Ge-

sprach im kleinsten Kreis, in der Gruppe und das offene Podium-Gespräch.

Wir sind der Auffassung, daß eine Aussprache über die Grundfragen unseres Volkes beitragen kann zur Entwicklung einer breiten, einheitlichen und von der Arbeiterklasse geführten Bewegung gegen die innere Reaktion, für die Verhinderung der Notstandsgesetze und die Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Grundrechte, zur Sicherung einer friedlichen Entwicklung in der Bundesrepublik. Wer sonst als Kommunisten und Sozialdemokraten müssen zuerst und vor allem miteinander sprechen, wie man eine neue vernünftige Politik der friedlichen Koexistenz einleiten und durchsetzen muß. Sie sind dazu berufen, in den Abteilungen der Betriebe, in Betriebsratszimmern, im Vertrauensmännerkörper, in den Gewerkschaften, in den Gemeinderäten, in den Jugendverbänden und den verschiedensten demokratischen Vereinigungen das Gespräch so zu führen, daß es mit einem freundschaftlichen Handschlag und Absprachen über gemeinsames Handeln einmündet.

Wir sind dafür, daß diese Gespräche zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten kameradschaftlich geführt werden, ohne gegenseitige Anschuldigungen, sondern mit dem Blick auf das gemeinsame Interesse, das darin besteht, die Angriffe der militaristischen und sozialen Reaktion gemeinsam abzuwehren und die Adenauer-Politik durch eine neue Politik der Vernunft zu ersetzen. So läßt sich gemeinsam der Weg freimachen für eine friedliche und demokratische Entwicklung, für eine Politik der Abrüstung und Entspannung und die Anbahnung solcher Beziehungen zur Deutschen Demokratischen Republik, die den friedlichen nationalen Interessen der Bevölkerung in beiden deutschen Staaten entsprechen.

Wir sind der Auffassung, daß zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten bestehende Meinungsverschiedenheiten in prinzipiellen Fragen, deren Klärung einer längeren Zeitspanne bedarf, kein Hindernis sein dürfen, gemeinsam an die Lösung der Aufgaben zu gehen, die jetzt so dringend auf der Tagesordnung stehen. Schließlich muß man sich in einer für uns alle so gefährlichen Lage von der Vernunft leiten lassen. Wir denken daran, wie segensreich es gewesen wäre, wenn sich Sozialdemokraten und Kommunisten in den Jahren 1932/1933 nur in einer einzigen Frage zusammengefunden hätten, in der Frage des gemeinsamen Kampfes für die Verteidigung der Demokratie, gegen die drohende faschistische Diktatur. Die Lehren der damaligen Zeit sind zu einer ersten Mahnung für die Gegenwart geworden.

Kommunisten und Sozialdemokraten müssen auch darum miteinander sprechen, weil sie gemeinsam in den Gewerkschaften die stärkste und richtungsgebende Kraft sind. In der Anerkennung und bei der Durchführung der Beschlüsse des 6. DGB-Kongresses ist das einheitliche Zusammengehen von Kommunisten und Sozialdemokraten schnell zu verwirklichen. Warum sollten sie sich nicht gemeinsam beraten über die besten Wege, über die Mittel und Methoden, was man täglich gemeinsam tun kann, um sich gegen alle antidemokratischen und antisozialen Anschläge zur Wehr zu setzen, was man gemeinsam tun kann, um die Notstandsgesetze zu Fall zu bringen, um im Betrieb und Wirtschaft, im gesamten politischen Leben das Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften zu erkämpfen.

Wir Kommunisten sind bereit, alles für eine solche Gemeinsamkeit zu tun, eine Atmosphäre zu schaffen, in der kameradschaftliche Aussprachen und Vereinbarungen zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten in Betrieben, Gewerkschaften und Wohngebieten und zwischen leitenden Funktionären unserer Parteien ermöglicht werden. So aussichtslos sich das Bemühen von Wehner, Brandt, Eiler und anderen Führern der SPD erwies, die Gewerkschaften und die Mehrheit der sozialdemokratischen Mitglieder an den Kurs der Adenauer-Politik zu binden, so sicher sind wir, daß eine Verständigung zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten herbeigeführt werden kann. Es geht um das Gesamtinteresse der Arbeiterklasse und des Volkes. Nur gemeinsam lassen sich die reaktionären Scharfmacher zurückdrängen, alle Anschläge auf die demokratischen und sozialen Rechte der Werktätigen vereiteln und das Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften in Betrieb, Wirtschaft und Politik durchsetzen.

Wir Kommunisten sind dafür, daß in der Bundesrepublik solide Grundlagen für eine demokratische Ordnung geschaffen werden. Wer anders aber kann diese Grundlagen schaffen als eine geeinte Arbeiterklasse gemeinsam mit den übrigen friedlichen und demokratischen Bevölkerungsschichten!

Da die in der Verfassung enthaltenen Prinzipien in der Bundesrepublik durch die NATO-Politik und die wahnwitzige Rüstung, durch den beherrschenden Einfluß der großen Monopole und der Militaristen in Staat und Wirtschaft vernichtet werden, müssen sich alle Volkskräfte unter der Führung der Arbeiterklasse zum außerparlamentarischen und parlamentarischen Kampf vereinen und die demokratischen Rechte des Volkes verteidigen. Das ist auch der Weg, um zu einer neuen und stabilen demokratischen Ordnung zu gelangen. So kann auch die

Adenauer-Ära endgültig beendet und können die militaristischen Scharfmacher zurückgedrängt und entmachtet werden. So kann auch eine Vernunftspolitik durchgesetzt werden: die Einstellung der Rüstungspolitik, Verzicht auf Atomwaffen und Anbahnung sachlicher Beziehungen zur DDR. Die antisozialen Maßnahmen der Monopole und ihr Rüstungskurs können durchkreuzt und die von den Gewerkschaften aufgestellten friedlichen, demokratischen und sozialen Forderungen verwirklicht werden.

Es ist eine alte Methode der Reaktionsäre und Militaristen wie auch der antikomunistischen Scharfmacher in der Spitze der SPD, die Kommunisten als

antidemokratisch zu verleumdern. Das ist die Methode: Haltet den Dieb! Wir antworten darauf: Jeder Kommunist und jede Grundeinheit unserer Partei sucht täglich das Gespräch mit jedem Sozialdemokraten und den Genossen der SPD in den Betriebsgruppen und Distrikten, um zu beraten und festzulegen, was man überall auf der Grundlage der Beschlüsse des 6. DGB-Kongresses gemeinsam tun kann zur Verteidigung der elementarsten demokratischen und sozialen Rechte, zur Verhinderung der Notstandsgesetze, zur Erhöhung des demokratischen Einflusses des arbeitenden Volkes im gesellschaftlichen Leben, in Wirtschaft, Politik und Kultur.

## Der DGB-Kongreß und die Verantwortung der Gewerkschaften für soziale Sicherheit, Demokratie und Frieden

von JOSEF LEDWOHN

Der Kongreß des DGB vom 22. bis 27. Oktober 1967 in Hannover war ein bedeutsames Ereignis für den Kampf der Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik. Das Wichtigste des Kongresses war, daß in einer offenen Auseinandersetzung der Arbeiterfunktionäre, die für eine aktive selbständige Gewerkschaftspolitik eintreten, sich im wesentlichen auch beschlußmäßig gegen solche Führer wie Richter Leber und Gutermuth durchsetzten. Der ideologische Einfluß dieser Führer auf die Gewerkschaftsmitglieder und darüber hinaus auf die ganze Arbeiterschaft darf aber nicht unterschätzt werden. Auf dem Kongreß hatte diese Gruppe ebenfalls unter den Delegierten einen, wenn auch schwankenden, beachtlichen Einfluß, wie das sogar in der Abstimmung gegen die Notstandsgesetze zum Ausdruck kam.

So ist der Ablauf des DGB-Kongresses ein Spiegelbild von der Lage innerhalb der Arbeiterbewegung und der ganzen Arbeiterklasse Westdeutschlands. Die Beschlüsse des DGB-Kongresses lassen die Schlußfolgerung zu, daß trotz wachsender antikommunistischer Hetze, des Chauvinismus, des Revanchismus und der Theorien von der Klassenharmonie es dem Monopolkapital und seiner Regierung sowie seiner Helfer nicht gelungen ist, die Mehrheit der Arbeiter auf seine Seite zu ziehen. Im Gegenteil. In der Arbeiterbewegung sind starke, gesunde Kräfte am Werk, um eine eigene, klassenmäßig orientierte Politik zu entwickeln und dafür aktiv einzutreten. Wenn auch die Gesamtheit dieser Kräfte, Sozialdemokraten, Kommunisten, Chri-

sten und Parteilose nicht in allen Fragen einig sind, und obwohl viele Unklarheiten und Schwankungen vorhanden sind, gilt es dies: Kräfte in den Gewerkschaften zu stärken, ihnen zu helfen, in der Gewerkschaftsbewegung sich ganz durchzusetzen und zu einem immer stärkeren politischen Faktor im Kampf für den Frieden, die Demokratie und die soziale Sicherheit zu werden. Es gehört sicher zu den wichtigsten Erkenntnissen, die der DGB-Kongreß vermittelt, daß in der Arbeiterbewegung der Bundesrepublik sich die Kräfte entwickeln, die den Ultras, den reaktionären Kreisen der Monopolbourgeoisie Paroli bieten können und daß sichtbar geworden ist, unter welchen Losungen diese Kräfte bereit sind, diesen Kampf zu führen.

In einer Situation, in der die Adenauer-Regierung sich aktiv in die Aggression gegen Kuba einschaltete und so den Ausbruch eines atomaren Krieges direkt förderte, beschloß der DGB-Kongreß einstimmig seinen Appell an die Staatsmänner, den Frieden durch Verhandlungen zu sichern. Der Kongreß wandte sich gegen die Atomrüstung in der Bundesrepublik, forderte die Erhaltung der demokratischen Rechte und lehnte alle Notstandsgesetze ab und bestand nachdrücklich auf dem Recht einer selbständigen, unabhängigen Gewerkschaftsbewegung. Der Kongreß legte viele soziale Forderungen fest, die im Kampf gegen die Monopole und ihren Staat durchgesetzt werden müssen.

Es ist bekannt, daß die SPD auf ihrem Parteitag in Godesberg allen sozialistischen Prinzipien abgeschworen hat, die

bestehende staatsmonopolistische Ordnung in der Bundesrepublik anerkannte und ihre politische Hauptarbeit darin sieht, die ganze Arbeiterklasse mit ihren Gewerkschaften ebenfalls auf diese Linie zu bringen. Das Ziel dieser Politik war und ist es, die Arbeiter nicht nur an das Monopolkapital zu fesseln, sondern auch der Regierungspolitik Adenauers, der NATO-Politik gefügig zu machen. In diesem Sinne sollte nach der Absicht der Brandt, Wehner, Richter, Leber und Gutermuth, der Kongreß, ein Kongreß der „Reform“ werden, d. h., in Wirklichkeit ein Kongreß der Kapitulation der Arbeiterklasse vor dem Monopolkapital und der Einordnung in die Kriegspolitik der Nazi- und NATO-Generale. Diese „Politik der Gemeinsamkeit“ mit der aggressiven Gruppe in der CDU hat auf dem Kongreß eine Niederlage erlitten. Die ganz reaktionäre Presse ist über den Ausgang des DGB-Kongresses enttäuscht und beunruhigt.

Die Presse des Monopolkapitals spricht irreführend z. B. von „reformfreudigen“ und „konservativen“ Kräften im DGB. Dabei sei Leber ein „Reformer“ und Brenner ein „Konservativer“. — Das ist natürlich bärer Unsinn. Das Wesen der „Reformen“ Lebers ist die Verwandlung der Gewerkschaften in „Ordnungsfaktoren“ der monopolkapitalistischen Gesellschaft. Also kann hier nicht von „Reformen“, sondern nur von Verfälschung der gewerkschaftlichen Aufgaben die Rede sein. Mit dieser Politik werden nicht Reformen für die Arbeiterklasse erkämpft, sondern werden sie an das Monopolkapital gekettet.

Und warum soll Brenner ein „Konservativer“ sein? Weil er der Wahrheit und Wirklichkeit entsprechend den Delegierten darlegte, daß in der Bundesrepublik große kapitalistische Monopole herrschen und die Gewerkschaften die Aufgabe haben, die sozialen und politischen Interessen der Arbeiter im Kampf gegen die Monopole durchzusetzen. Brenner wandte sich also gegen die Verfälschung der gewerkschaftlichen Ziele und stellte den Arbeitern demokratische Aufgaben. Die Reaktionsäre in der Bundesrepublik sind die Monopolherren, die Militäristen, sie wollen das Rad der Geschichte zurückdrehen. Auf dem Gebiet

der Sozialpolitik wollen sie mit dem „Sozialpaket“ um Jahrzehnte zurück und mit dem Notstandsgesetz an die Kriegsgesetze des ersten und zweiten Weltkrieges anknüpfen — um in verschärfter Form das ganze Leben der Vorbereitung eines neuen Krieges unterzuordnen.

Der Gewerkschaftsführer Brenner hat in allen diesen Fragen keineswegs einen konsequenten Standpunkt vertreten. Aber er ist ein Gewerkschaftsführer, der die Bindung der Gewerkschaften an die Mächte der Vergangenheit, von Krieg, Reaktion und Unterdrückung ablehnt. Stockkonservativ und reaktionär ist, wer mit den Ponner Dunkelmännern die Politik der „Gemeinsamkeit“ betreibt, wer sich anbietet als Faktor zur Aufrechterhaltung der Herrschaft der Militäristen und Monopole über das Volk.

Auf dem DGB-Kongreß sind gute Beschlüsse gefaßt worden. Aber die Mehrheit des gewählten Geschäftsführenden Vorstandes, besonders sein Vorsitzender Rosenberg, ist gegen die Beschlüsse. Das ist eine absurde widerspruchsvolle und für die Gewerkschaften gefährliche Lage. Bekanntlich gilt in der Arbeiterbewegung, daß mit Mehrheit gefaßte Beschlüsse für alle bindend sind, der Vorstand den Auftrag hat, die gefaßten Beschlüsse zu achten und zu seiner Arbeitsgrundlage zu machen. Nach Lage der Dinge müssen aber die Gewerkschafter mißtrauisch und wachsam sein. Leber, der 1. Vorsitzende der IG Bau-Steine-Erden hat bereits öffentlich gegen die DGB-Beschlüsse gehandelt, indem er erneut dazu aufrief, daß die Gewerkschafter sich für die Notstandsgesetze einsetzen müssen.

Es besteht also die Gefahr, daß die richtigen Beschlüsse des DGB-Kongresses von einigen Gewerkschaftsführern sabotiert werden. Es ist deshalb für jeden Gewerkschafter von großem Wert, daran zu denken, daß die Beschlüsse des DGB-Kongresses nicht nur für den Bundesvorstand des DGB gültige Richtlinien sind, sondern auch Grundlage des Handelns der einzelnen Industriegewerkschaften und ihrer Untergliederungen bis zu den Zahlstellen, Ortsgruppen und Betriebsvertrauensmännernkörpern.

## Die Beschlüsse — Grundlage einer konsequenten Gewerkschaftspolitik

Mit den Beschlüssen des DGB-Kongresses ist — nachdem die IG Metall und andere Gewerkschaften für sich bereits richtige Aufgaben gestellt haben — für die ganze Arbeiterschaft in der Bundesrepublik eine Grundlage und der Ansatzpunkt zu einer konsequenten Gewerkschaftspolitik geschaffen, auf der das einheitliche Handeln im Kampf für die

eigenen sozialen Forderungen, für die friedlichen und demokratischen Interessen des Volkes möglich ist. Mit dem DGB-Kongreß hat die Arbeiterklasse in Westdeutschland ihren Anspruch auf die Einflußnahme im gesamten wirtschaftlichen und politischen Leben unüberhörbar angemeldet. Diese Gewerkschaftspolitik gilt es unmittelbar in Gewerk-

schaftsversammlungen, mit Beschlüssen für betriebliche und örtliche Aktionen, anzuwenden. Das betrifft die Organisierung der sozialen Kämpfe und der Aktionen für die Sicherung der demokratischen Rechte. Der Kongreß in Hannover billigte ein Material, in dem es heißt:

„Der DGB wird zur Wahrung der Interessen aller Arbeitnehmer seine besondere Aufmerksamkeit der Konzentration des Kapitals und der wachsenden Macht der marktbeherrschenden Unternehmen widmen.

Der Bundesvorstand wird beauftragt, die Öffentlichkeit durch ständige Aufklärung auf diese gefährliche Entwicklung aufmerksam zu machen. Das ist umso dringender, weil eine ähnliche Entwicklung zur Beseitigung der Weimarer Demokratie und zur Machtergreifung Hitlers geführt hat.

Die wachsende Konzentration wirtschaftlicher Macht gefährdet im Innern die Demokratie und nach außen den Frieden. Ihr unheilvoller Einfluß auf die Sozial-, Innen- und Außenpolitik macht sich immer stärker bemerkbar. Um diesen Bestrebungen entgegenzuwirken, ist der Einsatz aller gewerkschaftlichen Kampfmittel erforderlich. Der DGB-Bundesvorstand und Bundesausschuß werden beauftragt, Maßnahmen einzuleiten um das Aktionsprogramm des DGB restlos durchzusetzen, eine wirkliche Mitbestimmung in der Wirtschaft und eine Überführung der Grundstoff- und Schlüsselindustrie in Gemeineigentum zu erkämpfen.“)

Damit ist eindeutig das Monopolkapital in der Bundesrepublik als sozialer und politischer Gegner der Arbeiterklasse und ihrer Gewerkschaften angeklagt. Entgegen den Theorien von „Sozialpartnerschaft und der „Gemeinsamkeit“ ist hier prinzipiell der Standort der Gewerkschaften als Kampforganisationen der Arbeiterklasse umrissen. Die Gewinnung aller Arbeiter und Gewerkschafter, im Geiste der richtigen Be-

schlüsse des 6. DGB-Kongresses, wie auch im Antrag von Solingen zu kämpfen, wird die falschen und schädlichen Theorien über die Gewerkschaften als „Ordnungsfaktoren“ zurückdrängen und zerschlagen. So hat der DGB-Kongreß Feststellungen getroffen, die für die Entwicklung der Klassenkämpfe, des Klassenbewußtseins und der Klärung der Zukunft der Bundesrepublik von großer Bedeutung sein können.

Typisch für die Haltung eines großen Teils der Gewerkschafter ist die Zusage eines Arbeiters aus dem Ruhrgebiet an die „Gewerkschaftlichen Monatshefte“:

„Die Meinung Köppings (Gewerkschaftliche Monatshefte Nr. 9/62) wir lebten in einer Klassengesellschaft, kann nur unterstrichen werden... Privilegierte sitzen am Schalthebel der Macht bzw. haben ihre Leute dahin delegiert... In den Großbetrieben herrscht das absolute Unterdrückungsprinzip... Trotz aller schönen Reden herrscht in den Betrieben eine Anarchie, die allen demokratischen Ordnungsprinzipien ins Gesicht schlägt. Der Mensch zählt praktisch in der jetzigen Gesellschaftsordnung nichts.“)

Auf dem 7. Gewerkschaftstag der IG Metall kritisierte Fritz Strothmann die Auffassung, die Gewerkschaften seien Ordnungsfaktoren:

„Wer glaubt das nötig zu haben (Gewerkschaften als Ordnungsfaktoren d. V.) ist blind gegenüber der historischen Entwicklung und verzerrt die Fronten künftiger Auseinandersetzungen der Gewerkschaften mit den Arbeitgeberverbänden. So gilt es, auf der Hut zu sein vor falschen Propheten. Einige von ihnen sprechen auch von Nächstenliebe im Betrieb, denken aber an Höchstleistungen der Belegschaften und 12 Prozent Dividende... Der Kapitalismus mag in seinen Methoden manche Wandlungen durchgemacht und noch durchmachen, seine Motive bleiben immer wieder dieselben, weil seine Zwecke unverändert sind.“

### **Alle gewerkschaftliche Kraft gegen die Notstandsgesetze, für die Erhaltung der demokratischen Rechte**

Die Arbeiter in der Bundesrepublik erleben gerade in diesen Monaten, daß ihr Kampf für die sozialen Interessen eng verknüpft ist mit dem politischen

1) siehe Antrag Nr. 216 auf dem 6. DGB-Kongreß eingebracht vom Ortsausschuß Solingen

2) Marmulla Recklinghausen, „Gewerkschaftliche Monatshefte“ Nr. 11/1962, Seite 694

Kampf aller demokratischen Kräfte. Das Notstandsgesetz, die „Spiegel“-Affäre und die Regierungskrise haben auch den Gewerkschaftern gezeigt, daß sie im Interesse ihrer Freiheit und der Freiheit aller demokratischen Bürger dafür sorgen müssen, damit die Rechte für das Volk, wie sie im Grundgesetz enthalten sind, erhalten bleiben. Für diesen Kampf bietet der Beschluß des DGB-Kongresses gegen die Notstands-

gesetze eine Grundlage für das gemeinsame Handeln. Dort heißt es:

„Als demokratische Organisationen der Arbeitnehmer sind die Gewerkschaften Garanten der demokratischen Staats- und Gesellschaftsordnung. Sie bekennen sich zum demokratischen und sozialen Rechtsstaat, wie ihn unser Grundgesetz in den Artikeln 20, Abs. 1 und 23, Abs. 1, vorsieht.“

Wir Kommunisten sind mit den sozialdemokratischen, christlichen und parteilosen Kollegen der Auffassung, daß das ein richtiger gewerkschaftlicher Standpunkt ist. Diese Festlegung des DGB-Kongresses ist weit entfernt von der falschen Position Lebers und Gutermuths, die sich zur Herrschaft der Monopole, ihrer Regierung und Politik bekennen. Der Beschluß des 6. DGB-Kongresses macht es den Gewerkschaften zur Aufgabe, der Kampf für einen sozialen und demokratischen Rechtsstaat zu führen wie er im Grundgesetz gefordert ist.

Im Heft 11/1962 der „Gewerkschaftlichen Monatshefte“ schrieb Helmut Lindemann „Über den Verfall der demokratischen Republik“. Lindemann vergleicht die Herren Adenauer und Strauß mit den römischen Konsulen und fragt, wer klopft den Konsulen auf die Finger? Das trifft in der Tat auch für die Bundesrepublik zu. Aber es genügt nicht, wie Kollege Lindemann fordert „über den Verfall der demokratischen Republik zu reden“, obwohl das auch nützlich ist. Jetzt muß gehandelt werden! Und wer — wenn nicht die Gewerkschaften, sind berufen, den „Konsulen“ auf die Finger zu klopfen?

Die Lage in der Bundesrepublik ist für den Volkskampf zur Verteidigung und Durchsetzung der demokratischen Rechte, wie sie das Grundgesetz vorsieht, günstig. Die Arbeiter sind durch die Angriffe der Monopole auf ihre soziale Lage und die

Bedrohung der Unabhängigkeit ihres Gewerkschaften durch die Notstandsgesetze alarmiert. Der DGB-Kongreß hat die Gewerkschaften und alle „verantwortungsbewußten Kräfte“ zur Verteidigung der Demokratie aufgerufen. Die Bauern sind wegen der Auswirkungen der EWG-Politik in scharfen Gegensatz zu der Adenauer-Politik geraten und fordern eine Änderung der Agrarpolitik. Die Vertreter der Intelligenz und die Kulturschaffenden, und mit ihnen die Mehrheit der Bevölkerung sind durch die Nacht-und-Nebel-Aktion gegen den „Spiegel“ aufgeschreckt. Sie alle treten mit ihren Erklärungen und Aktionen gegen den Scharfmacherkurs auf. Viele von ihnen erkennen, daß man jetzt die demokratischen Rechte verteidigen muß, wenn man nicht in die Zeiten des Gestapoterrors zurücksinken will.

Die Arbeiterklasse aber muß als stärkste und aktivste Kraft auftreten und den Gewerkschaften fällt dabei die Aufgabe der Führung zu. Eine nüchterne Untersuchung aller Kräfte des Volkes, die sich zur Demokratie bekennen, beweist, daß jeder Fatalismus den Notstandsgesetzen gegenüber fehl am Platze ist. Es kommt darauf an, die verschiedenen sozialen, weltanschaulichen und politischen Kräfte zusammenzuführen und zu aktivieren, dann ist ein erfolgreicher Kampf zur Verhinderung der Notstandsgesetze real. 1962/63 ist nicht 1932/33!

Die Clique in Bonn, die Monopolherren und Militaristen, haben für ihre Herrschaft keine starken Wurzeln im Volk. Die Decke auf der ihre Herrschaft ruht, ist dünn. Die Aktionen der Arbeiter, Studenten und Professoren haben den Rücktritt des Scharfmachers Strauß' aus der Regierung erreicht. Die Verstärkung dieser Aktionen wird auch eine Änderung der Politik durchsetzen können. Ein Anfang für eine Politik der Vernunft muß gemacht werden. Das ist es, worum es jetzt geht.

### Gegen die Scharfmacher, für eine Politik der Vernunft

Wie notwendig eine solche Politik der Vernunft ist haben die Ereignisse in den letzten Wochen in erschreckender Weise gezeigt. Als die USA-Imperialisten dabei waren, im Karibischen Meer den atomaren Weltkrieg zu provozieren, hat die Adenauer-Regierung sofort aktiv mitgemacht. Die Massen waren tief erschrocken. Der DGB-Kongreß nahm in richtiger Einschätzung der Lage einen Appell an die Staatsmänner an, „... kein Mittel unversucht zu lassen, um die bestehenden Differenzen auf friedlichem Wege zu lösen.“ Damit hat der DGB-Kongreß einen der Bundesregierung entgegengesetzten richtigen Standpunkt eingenommen. Für alle Gewerkschaftsmit-

glieder ist es von großer Bedeutung, die Resultate der vernünftigen Politik der Sowjetunion zu sehen, die in folgendem bestehen:

1. Die Maßnahmen der Regierung der Sowjetunion haben den Frieden gerettet. Wer hat in jenen Tagen nicht den Seufzer der Erleichterung gehört, „Gott sei dank, Chruschtschow war vernünftig“.

2. Die Unabhängigkeit Kubas wurde erhalten. Die USA-Regierung wurde dazu gezwungen vor der ganzen Welt zu erklären, daß sie auf die militärische Invasion in Kuba verzichtet. Das ist zweifellos ein Erfolg für das Selbstbestimmungsrecht aller Völker.



3. Die USA-Regierung wurde zugunsten, die militärische Blockade im Karibischen Meer aufzugeben.

4. Durch diesen Gang der Ereignisse ist erneut bewiesen daß die Politik der friedlichen Koexistenz real ist.

5. Es wurde eine günstigere Situation geschaffen in der durch Verhandlungen und gegenseitige Zugeständnisse auch andere strittige Fragen leichter gelöst werden können

Das sind Erfahrungen der jüngsten Zeit, die alle Gewerkschafter beflügeln sollten, ihre Beschlüsse zur Entspannung in der Welt und zur Abrüstung mit aller Kraft anzuwenden. Vor allem in der Bundesrepublik selbst gilt es, eine Politik des Friedens, der Entspannung und der friedlichen Koexistenz durchzusetzen. Die Gewerkschaften sind die stärkste organisierte Friedenskraft in Westdeutschland. Gegen ihren Willen können die Rüstungsindustriellen und ewigen Revanchisten und Kriegstreiber ihre Pläne nicht durchsetzen. Darum liegt auch die Hauptverantwortung für eine Friedenspolitik bei den Gewerkschaften. Der Antikommunismus ist zweifellos bei einer Reihe wichtiger aktueller Fragen in seiner Wirksamkeit eingeschränkt worden. Der Protest gegen den Bruch aller rechtsstaatlichen Garantien in der „Spiegel“-Aktion sollte durch Sprecher der Bundesregierung mit antikommunistischen Phrasen eingedämmt werden. Aber diese Versuche der Bundesregierung wurden weggeschwemmt. Die Protestaktionen der Bauern mit Trecker-Demonstrationen unter schwarzen Fahnen gegen die EWG-Politik sollten ebenfalls mit dem Schreckgespenst antikommunistischer Lösungen verhindert werden. Aber die Bauern demonstrieren trotz mancher antikommunistischer Vorurteile. Auf dem DGB-Kongreß versuchte Gutermuth mit antikommunistischem Geschrei, die Befürwortung der Notstandsgesetze zu erreichen, aber die Mehrheit des Kongresses ging über ihn hinweg. Diese Tatsachen zeigen: wo die Bürger der Bundesrepublik ihre eigene Lage erkennen und ihre eigenen sozialen und politischen Interessen fest vertreten, sind die antikommunistischen Argumente am wenigsten wirksam.

Das darf aber nicht über den Ernst der Lage hinwegtäuschen. Auf dem DGB-Kongreß selbst waren die Stimmen, die vor der Gefahr des Antikommunismus warnten, schwach. Der Bundesvorstand konnte einen direkt antikommunistischen Passus in die Satzung bringen und erhielt dafür die Zustimmung der Mehrheit. Sehr groß ist die Verwirrung, die unter kampfgewillten sozialdemokratischen Gewerkschaftsfunktionären über die

Rolle der DDR, des FDGB und der SED herrscht. Es gilt der Tatsache ins Auge zu sehen, daß der DGB-Kongreß ohne Widerstand eine Entschließung gegen die DDR durchbrachte, in der ähnliche Auffassungen vertreten werden, wie sie die schlimmsten Scharfmacher in Bonn haben. Das erschwert natürlich das gemeinsame Handeln in den Gewerkschaften. Dieser Antikommunismus ist auch die Waffe in der Hand der mit dem Monopolkapital liierten Führer wie Leber und Gutermuth, um die Durchführung der richtigen Beschlüsse des DGB-Kongresses zu sabotieren.

Die Kommunisten stehen darum vor einer verantwortungsvollen Aufgabe, beharrlich und klug gegen den Antikommunismus aufzutreten und mit den Arbeitern, die der antikommunistischen Verwirrung zeitweise zum Opfer gefallen sind, kameradschaftlich zu diskutieren.

In der Praxis des Kampfes werden die Arbeiter lernen, was es bedeutet, wenn Erhard und die Unternehmerbosse das „Maßhalten“ damit begründen, daß der Lohnkampf „den Kommunisten nutze“, sie werden auch leichter durchschauen, was es bedeutet, wenn die Forderung „Weg mit Strauß“, die bekanntlich erfolgreich durchgesetzt wurde, von Strauß und seinen Spießgesellen damit beantwortet wurde, dieses Verlangen sei von den Kommunisten gekommen und darum abzulehnen. Oder wenn die Notstandsgesetze mit einer angeblichen Bedrohung durch den Kommunismus begründet werden, in Wirklichkeit aber gegen die Gewerkschaften angewendet werden sollen. Niemand dürfen sich die Kommunisten wegen antikommunistischer Stimmungen, zum Beispiel sozialdemokratischer Gewerkschafter, davon abhalten lassen, mit diesen gemeinsam zu handeln für die sozialen Forderungen und die demokratischen Ziele, die alle Arbeiter miteinander verbinden. Auch in den Gewerkschaften gilt es zunächst ein Minimum an Vernunft in dem Verhalten zur DDR durchzusetzen. So gilt es, in den Gewerkschaften das gleiche Prinzip durchzusetzen, das der DGB in den Beziehungen der Staaten im Weltmaßstab für richtig und notwendig erklärt hat: Entspannung, Verhandlungen, Abrüstung, Überwindung der Todfeindhaß-Propaganda, Schaffung einer Atmosphäre der Sachlichkeit zwischen der DDR und der Bundesrepublik, des DGB und der Industriegewerkschaften zu den Gewerkschaften in der DDR. Vorurteilslose nüchterne Prüfung der tatsächlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik und in der DDR -- das sind die ersten Schritte, die in den Gewerkschaften ge-

tan werden sollten, um aus dem reaktionären und zugleich törichtem Antikommunismus herauszukommen.

Zu Beginn des Jahres 1963 steht die Arbeiterschaft vor neuen wirtschaftlichen und sozialen Kämpfen. Es geht um die Abwehr der Verschlechterung der Krankenversicherung, die im sogenannten Sozialpaket der Regierung enthalten ist. Es geht um die Durchsetzung neuer notwendiger Lohnforderungen und tariflich bereits festgelegter Arbeitszeitverkürzungen. Es geht auch um die Sicherung der Arbeitsplätze im Bergbau, wo neue Zechenstillegungen erfolgen sollen. Auch in anderen Industriezweigen stehen die Gewerkschaften vor der Tatsache, daß erstmals beachtliche Arbeiterentlassungen und Kurzarbeit durchgeführt worden sind. Das alles zeigt, wie notwendig es ist, daß das Aktionsprogramm des DGB weiter Grundlage des Kampfes der Gewerkschaften sein und gemäß dem Beschluß des Kongresses von Hannover neu formuliert und erweitert werden muß.

Die sozialen Kämpfe werden an Schärfe zunehmen. Die Monopole und Konzernherren und ihre Regierung haben unter der Losung des „Maßhaltens“ den Angriff auf den Lebensstandard der Werktätigen eingeleitet. Ihr Ziel ist es, ihre Profite auf Kosten der breiten Masse noch mehr zu erhöhen. Darum wollen sie jetzt einen Lohnstopp durch-

setzen und durch den Abbau der betrieblichen Effektivlöhne sogar eine Senkung des Lohnes erreichen. Weiter wollen sie die bereits festgelegten Arbeitszeitverkürzungen verhindern. Um diese ihre arbeiterfeindlichen Ziele zu erreichen, üben die Monopolherren auf die Arbeiter einen Druck aus, auch durch Arbeiterentlassungen und drohen mit den Notstandsgesetzen.

Es ist für jeden Gewerkschafter leicht einzusehen, daß angesichts der verschärften Angriffe ihres Klassegegners es dringend notwendig ist, die Einheit, Geschlossenheit und Kampfbereitschaft der Gewerkschaften, die Kraft der Arbeiterklasse, zu stärken.

Eine besondere Taktik der Monopole besteht darin, ihre Lohnstoppabsichten bei den Arbeiterschichten zuerst durchzusetzen, die nach ihrer Ansicht am schwächsten sind. Die kleinen Gewerkschaften geraten auf diese Weise in eine sehr verantwortungsvolle Lage. Es versteht sich, daß auf Grund dieser Situation die großen und kleinen Gewerkschaften solidarisch zusammenstehen müssen, um gemeinsam die Angriffe der Monopole abzuwehren und die Forderungen auch der kleineren Gewerkschaften durchzusetzen. Das ist es, was Kollege Brenner im Auge hatte, als er auf dem DGB-Kongreß die richtige Forderung erhob, die Arbeit der Industriegewerkschaften müsse stärker koordiniert werden.

### **Für den Sieg der gewerkschaftlichen Einheit bei den Betriebsrätewahlen**

In den ersten Monaten 1963 werden die Betriebsrätewahlen in der Bundesrepublik durchgeführt. Gegenüber allen Verwirrungs- und Spaltungsversuchen der Monopole, die nach dem Prinzip handeln: teile und herrsche, gilt es bei den Wahlen, den Zusammenschluß aller Arbeiter und Angestellten im Rahmen der Beschlüsse des DGB-Kongresses herzustellen und zu festigen. Darum ist es erforderlich, mit Hilfe betrieblicher Forderungsprogramme gewerkschaftliche Einheitslisten aufzustellen. Die Gewerkschaftsfunktionäre stehen vor der Aufgabe, mit Hilfe der betrieblichen Forderungsprogramme die Aktionseinheit der Arbeiter bei den Betriebsrätewahlen herzustellen und zu festigen und die Arbeiter so für die bevorstehenden Kämpfe zu wappnen.

Es handelt sich vor allem darum, eine gemeinsame Gewerkschaftsarbeit der Sozialdemokraten und Kommunisten zu erreichen. Das ist am besten zu erreichen, wenn alle Fragen des Vorgehens bei der Neuwahl der Betriebsräte zwischen den Gewerkschaftsfunktionären im Betrieb offen erörtert werden. Alle Gewerk-

schafter, die von den richtigen Beschlüssen des DGB-Kongresses durchdrungen sind, werden sich von der Erkenntnis leiten lassen, daß die Arbeiter und Angestellten starke Betriebsräte brauchen, die entschlossen die Interessen der Belegschaften vertreten. Die Betriebsräte müssen Zentren des Kampfes gegen die Ausbeutung in den Betrieben und für die Durchsetzung der gewerkschaftlichen Aufgaben sein. (Ausführliche Stellungnahme zu den Betriebsrätewahlen, siehe „Freies Volk“ Nr. 18 (240), Dezember-Ausgabe 1962.)

In den nächsten Wochen und Monaten werden auch Delegiertenwahlen für die Industriegewerkschaften, Landeskongressen und einige Gewerkschaftskongresse durchgeführt. Diese Wahlen und Tagungen können die Vorbereitung und Durchführung des Außerordentlichen Gewerkschaftskongresses sehr positiv beeinflussen, wenn sie die richtigen Beschlüsse des DGB-Kongresses bekräftigen und selbst Stellung nehmen zu den Aufgaben die in einem Grundsatzprogramm des DGB enthalten sein müssen.

## Stellung der Gewerkschaften als Klassenorganisation im Grundsatzprogramm klar umreißen

Vor allem kommt es darauf an, die Stellung der Gewerkschaften als Klassenorganisation im Grundsatzprogramm klar zu umreißen und festzulegen. „Aufgabe und Existenzberechtigung der Gewerkschaften ergeben sich heute genau so wie zur Zeit ihres Entstehens aus der gesellschaftlichen Lage aller deren die von abhängiger Arbeit leben müssen. Das aber ist heutzutage die übergroße Mehrheit der Bevölkerung.“ Diese Feststellung auf der 4. Angestelltenkonferenz der IG Metall vom 5. bis 7. April 1962 in Karlsruhe ist ein richtiger Standpunkt, der in der Diskussion zum Grundsatzprogramm als Richtschnur dienen kann.

In den Gewerkschaftsorganisationen, in den Zeitschriften und Zeitungen der Arbeiter sollten solche Fragen diskutiert und weiter geklärt werden wie: die Herrschaft der Monopole in der Bundesrepublik und der Kampf der Arbeiter für ihre sozialen und demokratischen Rechte; die Aufgaben der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften für den Frieden und die friedliche Koexistenz; die Verantwortung der Gewerkschaften in der Bundesrepublik für eine neue Politik, die den Interessen des Volkes dient.

Je mehr Beschlüsse und Resolutionen angenommen werden, je umfassender die Diskussion über die Grundsatzfragen in den Gewerkschaften ist, umso eher wird es möglich sein, auf dem Außerordentlichen Gewerkschaftskongreß ein gutes Grundsatzprogramm zu schaffen, das auf den Beschlüssen des 6. DGB-Kongresses beruht.

Mit Recht wird in den Gewerkschaften die Forderung nach mehr Mitbestimmung erhoben. Die Arbeiter wollen sich nicht damit abfinden, daß in der Wirtschaft die Monopole unbeschränkt herrschen.

Das Mitbestimmungsrecht beginnt mit dem demokratischen Recht der Gewerkschaften, Betriebsräte und Vertrauensleute auf freie Betätigung im Betrieb. Darum erfordert der Kampf für das Mitbestimmungsrecht den Kampf gegen das Betriebsverfassungsgesetz und die faktische wie gesetzliche Sicherung der Mitbestimmung der Gewerkschaften und ihrer Funktionäre in allen Fragen des Betriebes und der Wirtschaft, der Löhne, der Arbeitszeit, den Personalfragen, den Produktionsplänen, den Investitionen, den sozialen Einrichtungen, des Unfallschutzes, der Wohnverhältnisse usw. Gerade im Kampf für die Durchsetzung solcher Rechte wird das Mitbestim-

mungsrecht verwirklicht. Das sind erste Schritte, um die Wirtschaftspolitik der Regierung zu ändern und einen immer größeren demokratischen Einfluß der Arbeiterschaft in Staat und Wirtschaft zu sichern.

Angesichts der ungeheuren Rechts- und Verfassungsbrüche der Bundesregierung ist auch für den Kampf zur Verhinderung der Notstandsgesetze eine neue Lage entstanden. Die Delegierten des DGB-Kongresses in Hannover hatten recht, als sie sich von Richter und Leber nicht beirren ließen und mit ihrer Mehrheit die Diktaturgesetze ablehnten. Jetzt hängt es von der Aktivität der Gewerkschaften ab, ob die Notstandsgesetze zu Fall kommen. Der einzige Weg dazu, das sind Aktionen, ist das aktive Auftreten der Gewerkschafter und Mitglieder der SPD und der KPD. Wenn die Gewerkschafter, die Sozialdemokraten und Kommunisten, die demokratischen Bürger und die Intelligenz einen starken Druck auf die Regierung und auf die SPD-Führung ausüben, dann werden die Notstandsgesetze fallen.

Die Diskussion über die Notstandsgesetze in der SPD bahnt den Weg, eine grundsätzliche Debatte unter den Sozialdemokraten zu eröffnen, wie es mit den demokratischen Rechten in der Bundesrepublik steht, wer in der Bundesrepublik herrscht und welche Rolle die Arbeiterklasse kraft ihrer historischen Mission spielen muß. Die rechten Führer der SPD versuchten auf dem DGB-Kongreß in die Gewerkschaften hineinzuwirken und sie von einer Arbeiterpolitik abzubringen. Das Gegenteil ist notwendig. Die sozialdemokratischen Gewerkschafter müssen mit ihren richtigen Erkenntnissen in ihrer eigenen Partei wirken, dann wird die Arbeiterklasse fähiger, ihre Aufgaben zu lösen.

Je aktiver die Gewerkschaften für die sozialen und demokratischen Forderungen der Arbeiter eintreten, umso größer wird ihre Anziehungskraft auch auf die bis jetzt nicht Organisierten sein. Aktive Gewerkschaften werden zahlenmäßig schnell wachsen und auch dadurch mehr Kraft bekommen, erfolgreicher die Arbeiterkämpfe zu führen. Die KPD hält es für dringend nötig, die Gewerkschaften in der Bundesrepublik zu stärken. Die Kommunisten haben die Aufgabe, in selbstloser Weise für die richtigen Beschlüsse des DGB-Kongresses einzutreten und auf dieser Grundlage das einheitliche Handeln aller Gewerkschaftsmitglieder herbeizuführen und zu sichern.

# Für Klarheit in der Bündnispolitik

Von ANTON MÜLLER

Die Weiterführung der Politik des Wettrüstens, des kalten Krieges und der Revanche durch die Adenauer-Regierung gefährdet aufs äußerste Frieden, Sicherheit und die Existenzgrundlage der Bevölkerung in Stadt und Land. Die Regierungskrise in Bonn, die wachsenden Aktionen der Arbeiterklasse, das aktive Auftreten der Bauern, der Intelligenz, der Jugend und anderer Bevölkerungsschichten zeigt das Ausmaß der Unzufriedenheit mit dieser Politik, zeigt die Verschärfung des Grundwiderspruches in Westdeutschland. Wir Kommunisten haben jetzt mehr denn je die Pflicht, alles zu tun, damit sich die Kräfte des Friedens und der Demokratie schneller zusammenschließen und weiter zur Entfaltung kommen.

Der Marxismus-Leninismus lehrt uns, daß die Arbeiterklasse die entscheidende Kraft bei der Einigung aller Volkskräfte ist. Er lehrt uns, daß neben der Arbeiterklasse auch andere Kräfte an der Erhaltung des Friedens, der Demokratie und des sozialen Fortschritts interessiert sind. Es liegt deshalb im ureigensten Interesse der Arbeiterklasse und des ganzen Volkes, wenn die Arbeiterklasse die Führerin des Kampfes aller Volkschichten, die unter den gegenwärtigen Bedingungen der Herrschaft der Monopole zu leiden haben, wird. Darum kann die Arbeiterklasse sich gegenüber den kämpfenden Bauern nicht gleichgültig verhalten. Denn der Erfolg der gemeinsamen Sache der Arbeiter wie auch der Bauern hängt mit davon ab, an welcher Seite die Bauernschaft stehen wird.

Der Hauptverbündete für die westdeutsche Arbeiterklasse im Kampf gegen die Monopole und ihre Adenauer-Regierung ist die Bauernschaft. Lenin sagte bereits im Jahre 1905:

„Das Proletariat muß die demokratische Umwälzung zu Ende führen, indem es die Masse der Bauernschaft an sich heranzieht, um den Widerstand des Absolutismus mit Gewalt zu brechen und die schwankende Haltung der Bourgeoisie zu paralisieren.“<sup>1)</sup>

Die Protestaktionen der Bauern in den letzten Wochen und Monaten machen es notwendiger denn je, stärker als bisher die Bündnisprobleme zu stellen und die politische und organisatorische Arbeit

der Partei in der Richtung der Herstellung des Bündnisses zu verstärken. In dieser Situation ist die größtmögliche Klarheit in den Reihen unserer Partei über die Probleme des Bündnisses der Arbeiter mit den Bauern notwendig. Lenin lehrt uns:

„Je stärker der spontane Aufschwung der Massen ist, je breiter die Bewegung wird, desto stärker, unvergleichlich stärker werden die Anforderungen an das Maß der Bewußtheit sowohl in der theoretischen als auch in der politischen und organisatorischen Arbeit der Sozialdemokratie.“<sup>2)</sup>

Lenins Hinweis hat für die Arbeit unserer Partei höchst aktuelle Bedeutung. Denn die Bewegung gegen die volksfeindliche Politik der Adenauer-Regierung wächst an. Sie wird stärker und breiter. Um des Erfolges willen gilt es, diese anwachsende Bewegung zu einen. Die Protestaktionen der Bauern in der Krummhörn, der Wesermarsch, die Aktionen in Göttingen, Bad Godesberg, Osnabrück, Lüneburg und anderen Orten zeigen uns, daß die Herstellung und Sicherung des Bündnisses mit der gesamten Bauernschaft zur unmittelbar praktischen und organisatorischen Notwendigkeit geworden ist. Diese Aktionen der Bauern dienen der Sicherung ihrer wirtschaftlichen Existenz und tragen einen klaren antimonopolistischen Charakter. Sie wenden sich immer offener gegen die EWG-Agrarpolitik der Adenauer-Regierung.

Immer mehr machen die Bauern die Adenauer-Regierung für ihre katastrophale Lage verantwortlich, weil sie es war, die den EWG-Vertrag unterzeichnete. Die Forderung „Weg mit Schwarz“ erhält immer mehr Zustimmung bei den Bauern. Weiter fordern sie: „Wir wollen keine Knechte des Großkapitals sein“, „Die EWG-Agrarpolitik ist unser Tod“, „Wir wollen in der EWG nicht verreckten“. Nicht genügend sehen noch viele Bauern bei den Aktionen, daß die wesentliche Ursache für ihre schlechte Lage die von Bonn betriebene bankrotte „Politik der Stärke“ und die Abwälzung der Rüstungslasten auf die Schultern der Werktätigen in Stadt und Land ist. Zu wenig wird auch das Bestreben der Scharfmacher erkannt, mit Hilfe der Notstandsgesetze und einer Notstands-diktatur nicht nur die Arbeiterklasse zu treffen, sondern gleichermaßen auch die Bauernbewegung.

In der Arbeiterklasse ist zur Zeit kein großes Verständnis für die Kämpfe der

<sup>1)</sup> Lenin, Ausgewählte Werke Band I, „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“, S. 497.

<sup>2)</sup> Ausgewählte Werke Band I, „Was tun?“, S. 218.

Bauern vorhanden. Sie verhielt sich bisher weitgehend passiv zu den Aktionen der Bauern, ja, ein Teil der Arbeiter steht sogar unter dem Einfluß rechter SPD- und Gewerkschaftsführer gegen den gerechten Kampf der Bauern. Richtig hat sich dagegen das DGB-Ortskartell Oberkirchen (Saar) in seinem Beschluß ausgesprochen. In diesem heißt es: „Wir fordern unsere Gewerkschaft auf, den gerechten Kampf unserer Bauern zu unterstützen, ihnen Solidarität auszusprechen.“

Die Arbeiterklasse richtet ihren Kampf immer entschiedener gegen Monopolherrschaft, Militarisierung und Atomrüstung, die ihr Leben gefährden, gegen verschärfte Ausbeutung, Intensivierung der Arbeit, den Abbau der sozialen Errungenschaften, das Einfrieren der Löhne und gegen Steuererhöhungen. Sie will nicht, daß die Inflation um sich greift und durch wachsende politische Unterdrückung mit Hilfe von Notstandsgesetzen der Kampf der Arbeiterklasse erschwert wird.

Allein ist sie jedoch nicht imstande, die Gefahren der Herrschaft der Monopole und den Abbau der Demokratie zu verhindern und die Bändigung des Militarismus zu erreichen. Deshalb muß jetzt in der Partei und in der Arbeiterklasse Klarheit darüber geschaffen werden, daß in diesem Kampf die Bauernschaft der natürlichen Verbündete der Arbeiterklasse ist. Gegenwärtig sind noch über 3,3 Millionen Arbeitskräfte, einschließlich Landarbeiter, in der Landwirtschaft beschäftigt. Über weiche Energien die westdeutsche Bauernschaft verfügt, haben ihre Protestdemonstrationen bewiesen.

Wenn wir Kommunisten für das enge Bündnis zwischen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft eintreten, so lassen wir uns dabei nicht von frommen Wünschen leiten. Wir stützen uns auf die Erkenntnis, daß nicht nur die Interessen der Arbeiterklasse mit den Interessen des herrschenden Monopolkapitals und der Adenauer-Regierung zusammenstoßen, sondern auch, wie uns die letzten Aktionen zeigen, die der Bauern.

Das Streben der Bauern, selbständige Landwirte auf eigenem Grund und Boden zu bleiben, wird von den herrschenden Kräften erbarmungslos zunichte gemacht. Allein seit 1949 wurden bisher rund 440 000 Bauern zur Aufgabe ihrer Betriebe gezwungen. In den kommenden Jahren haben die Monopole und die Adenauer-Regierung keine andere Perspektive zu bieten. Rund eine Million Bauern sollen von ihrem Grund und Boden verjagt werden.

Die Monopole und ihr Adenauer-Staat beuten wie nie zuvor nicht nur die Ar-

beiter, sondern auch die Bauern aus. Die Monopole diktieren den Bauern immer höhere Preise für die Betriebsmittel, während die Erzeugerpreise ausschließlich zugunsten der Handelsmonopole niedrig gehalten werden. Dieser nicht wertgleiche Austausch führt dazu, daß jährlich Milliardenwerte, die von den Bauern geschaffen werden, in die Taschen der Monopole fließen. Die Bauern werden gezwungen, für die notwendige Anschaffung von Industrieerzeugnissen einen immer größeren Teil ihrer Produktion aufzuwenden. Dafür ein Beispiel: Die durchschnittlichen Weizenzeugerpreise betrugen von 1950 bis 1962 rund 44 DM je Doppelzentner. Während die Bauern für eine Drillmaschine (2 m) 1950 799 DM bezahlten, waren es 1960 bereits 1445 DM. 1950 mußten sie 1800 kg Weizen, 1960 jedoch bereits 3300 kg aufwenden, um von der Landmaschinenindustrie das gleiche Produkt zu kaufen. Ein Schlepperpflug kostete 1950 637 DM, Ende 1960 jedoch bereits 1152 DM. Nehmen wir zum Vergleich einen gleichbleibenden Rinderzeugerpreis von 1 DM je Pfund Lebendgewicht an, dann mußten die Bauern 1950 637 Pfund Rindfleisch, 1960 aber bereits 1152 Pfund für das gleiche Produkt der Landmaschinenindustrie zahlen. In Wirklichkeit sind die Nachteile der Bauern noch größer als aufgezeigt, da sie vor einigen Monaten nur noch ca. 0,90 DM je Pfund Lebendgewicht Rind vom Handel bekamen, während die Erzeugerpreise von 1950 über 1 DM lagen. Aus alledem ergibt sich, daß der Abbau der riesigen Großhandelsgewinne für die Arbeiter und die Bauern ein dringendes Erfordernis ist.

Diese Ausplünderung ist gleichzeitig die Ursache für die zunehmende Verschuldung der Bauern. Wenn 1948 die Verschuldung der Landwirtschaft 2,8 Milliarden DM betrug, so ist sie jetzt auf über 15 Milliarden DM angewachsen. Sie wäre noch größer, wenn die Bauern in dieser Zeit nicht für etwa 28 Milliarden DM Verkäufe von Wald und Boden getätigt hätten. Um ihre Verschuldung zu tilgen, müßten die Bauern fast 4 Jahre umsonst arbeiten.

Für die Finanzhyänen war die Verschuldung der Bauern ein ertragreiches Geschäft. Sie holten seit dem Wirtschaftsjahr 1950/51 über 7 Milliarden DM an Zinszahlungen aus den Bauern heraus.

Die großen Handelsmonopole sind bestrebt, ihre Handelsspannen durch Senkung der Erzeugerpreise und zugleich durch ständige Erhöhungen der Verbraucherpreise für die Werktätigen in der Stadt zu erhöhen. Die Berichte vom Sommer 1962 besagen, daß z. B. bei Ge-

müse Handelsspannen bis zu 700 Prozent an der Tagesordnung waren.

In der Reihe der Ausbeuter steht nicht zuletzt der Bonner Staat. Durch die EWG-Abschöpfungskassen werden die Preise der billiger eingeführten Lebensmittel bewußt auf hohem Niveau gehalten, ohne daß die Bauern und die Verbraucher auch nur einen Pfennig von den Abschöpfungsbeträgen erhalten; die vielen Millionen fließen restlos in die Rüstungskasse. Die Adenauer-Regierung ist bemüht, die direkten und indirekten Steuern und Abgaben der Bauern und der Arbeiter zu erhöhen, um die Rüstungskasse der Militaristen zu füllen. Gleichzeitig werden die wenigen Mittel, die der Staat für die Landwirtschaft ausgibt, wie z. B. die Eierprämie, die Geflügelsubvention, die Düngemittelsubvention u. a., zugunsten der Vergrößerung des Rüstungsetats gestrichen.

Die Lage der Bauern wird durch die Schaffung des EWG-Agrarmarktes noch gewaltig verschlechtert. Weitere Erzeugerpreissenkungen und zunehmende Absatzschwierigkeiten kommen auf die Bauern zu. Davon haben die Arbeiter keinerlei Vorteile. Sie müssen mehr

zahlen, für die ständig steigenden Agrarpreise, ohne daß die Bauern davon einen Nutzen haben. Die Gewinne stecken sich die Handelsmonopole ein. Arbeiter und Bauern haben den Schaden. Es entspricht ihren gemeinsamen Interessen, gegen diese Raubpolitik der Monopole und ihrer EWG-Bürokratie gemeinsam zu kämpfen. Aus der Lage der Bauern ergibt sich: Noch nie seit 1945 war die Möglichkeit für die Verwirklichung des Bündnisses der Arbeiter und Bauern so günstig wie gegenwärtig.

Starke Kräfte sind aber am Wirken, damit dieser notwendige gemeinsame Kampf verhindert wird. Den Arbeitern wird von der rechten DGB-Führung der Bauer als der Urheber für die steigenden Lebenshaltungskosten hingestellt. So erklärte Rosenberg auf dem 6. DGB-Kongreß, daß die Bundesregierung im Interesse der Bauern „die Verbraucher mit unvertretbaren Lebenshaltungskosten immer wieder belastet“. Derartige „Argumente“ von Rosenberg sind falsch und für die Arbeiterklasse schädlich. Es ist schädlich für die Arbeiter, wenn sie sich gegen die Bauern aufbringen lassen und sich vom gemeinsamen Kampf gegen ihren gemeinsamen Feind, die herrschenden Monopole, ablenken lassen.

### Wer ist denn für die Preissteigerungen verantwortlich?

Der Arbeiter bezieht kaum unmittelbar seine Nahrungsmittel von den Bauern. 80 Prozent der von den Bauern erzeugten Produkte sind nicht konsumreif und müssen deshalb von der Industrie be- und verarbeitet werden. Aber auch die restlichen 20 Prozent kommen überwiegend über den Groß-, Zwischen- und Kleinhandel an den Endkäufer. Der Bauer ist somit ein Rohstofflieferant für solche gewaltigen Lebensmittelkonzerne wie Unilever (Jahresumsatz ca. 20 Milliarden DM), Dr. Oetkers und Nestlé (N. Jahresumsatz 5,5 Milliarden DM). Bei Nestlé sind etwa 40 Prozent der erzeugten Waren Milchprodukte. Der Milchbedarf für den Nestlé-Konzern setzt einen Viehbestand voraus, für den eine Weide- und Wiesenfläche von der Größe der Schweiz benötigt wird. Das entspricht mehr als zwei Drittel der gesamten Weide- und Wiesenfläche der Bundesrepublik. Diese Mammutkonzerne, die zum Teil vom ausländischen Kapital beherrscht werden, sind in ihrem Streben nach ständiger Vergrößerung ihres Profits mit aller Macht daran interessiert, noch billigere Rohstoffe von den Bauern zu erhalten und den Verbrauchern, besonders den Arbeitern und Angestellten in der Stadt, noch höhere Verbraucherpreise zu diktieren. Auf diese Weise haben die Lebensmittelkonzerne Nestlé, Dr. Oetker u. a. soviel Reichtü-

mer zusammengerafft, daß sie zu den größten der Welt zählen. Allein der Unilever-Konzern konnte im Jahre 1961 21 Prozent Dividende ausschütten.

Mit Hilfe der EWG wollen diese europäischen Trusts die Bauern noch mehr als bisher in die Rolle billiger Rohstofflieferanten zwingen. Deshalb sollen als erster Schritt für die westdeutschen Bauern die Erzeugerpreise wie folgt gesenkt werden: Für Getreide um 14 Prozent, für Zuckerrüben um 13 Prozent, Schlachtkühe und Milch um 10 Prozent, Schweine um 8 Prozent, Eier um 7 Prozent u. a. m. Gleichzeitig aber steigen die Verbraucherpreise für die Arbeiter und Angestellten unaufhörlich. Angesichts dieser Tatsachen darf kein Arbeiter auf die verlogene Propaganda der Monopole und einiger Gewerkschaftsführer hereinfallen, die behaupten, daß die Bauern an den steigenden Lebenshaltungskosten schuld seien.

Ebenso dürfen sich die Bauern nicht von einigen Bauernverbandsführern irremachen lassen, die erklären, daß für die erhöhten Betriebsmittelpreise die steigenden Löhne der Arbeiter schuld seien. Die herrschenden Monopole und diese Verbandsführer wollen damit von den wahren Urhebern der Verschlechterung der Lage der Bauern ablenken.

Die Wirklichkeit zeigt ein anderes Bild. Im Maschinenbau, in dem die Landmaschinenindustrie der größte Zweig ist, ist der Lohnanteil in den Jahren 1950 bis 1960 von 20 Prozent auf 16,7 Prozent, im Fahrzeugbau von 16,1 Prozent auf 13,4 Prozent, in der Chemieindustrie von 9,7 Prozent auf 9,6 Prozent des Umsatzes gesunken. Wenn die steigenden Löhne, wie die Feinde des Bündnisses behaupten, schuld an den erhöhten Betriebsmittelpreisen wären, dann müßte doch der Lohnanteil am Umsatz der Monopole größer geworden sein. Das Gegenteil ist der Fall. Somit ist nicht bei den Arbeitern und ihren berechtigten Lohnforderungen die Ursache für die Steigerung der Betriebsmittelpreise zu suchen. Sie sind die Folge der Raubpolitik der Monopole, die heute vom Maßhalten schreien und sich gleichzeitig steigende Profite in die eigenen Taschen stecken. So sind z. B. die Durchschnittsdividenden der westdeutschen Aktiengesellschaften in den letzten vier Jahren von 8,28 Prozent auf 13,41 Prozent gestiegen.

Die BASF (Badische Anilin- und Soda-Fabrik, IG Farben) bei denen die Bauern einen großen Teil ihres Kunstdüngers beziehen, begannen nach der Entflechtung in der DM-Eröffnungsbilanz mit einem Aktienkapital von 340 Millionen DM. Darauf verteilten sie 7 Prozent Dividende, womit 23,8 Millionen DM an die Aktionäre ausgeschüttet wurden. Bis 1961 erhöhten sie ihr Aktienkapital auf 800 Millionen DM und verteilten darauf 18 Prozent Dividende, womit 144 Millionen DM an die Aktionäre überwiesen wurden. Dieses war nur möglich, weil die Ausbeutung der Anilin-Arbeiter von Jahr zu Jahr gestiegen ist, aber auch, weil die Bauern die von den Monopolen diktierten überhöhten Kunstdüngerpreise bezahlen mußten. Die Quelle des Reichtums dieser Herrschaften ist also in der Ausbeutung der Arbeiter wie der Bauern zu suchen. Deshalb liegt es nicht im Interesse der Bauern, wenn sie von einigen Verbandsführern gegen die Arbeiter aufgehetzt werden.

Trotz der großen Möglichkeiten für die Herstellung des Bündnisses der Arbeiter und Bauern gibt es zur Zeit noch viele Hemmnisse, die hindern, daß die Arbeiterschaft an die Seite der Bauern tritt und umgekehrt. Mit der weiteren Entfaltung der Kämpfe der Bauernschaft gegen die Adenauer-Regierung und die herrschenden Monopole zur Durchsetzung ihrer Forderungen werden die Arbeiter und die Bauern erkennen, daß sie nur gemeinsam über die Kraft verfügen, ihre Erzfeinde mit Erfolg bekämpfen zu können. Entsprechend ihrer Lage werden

die Bauern Verbündete und eine führende Kraft suchen. Die Arbeiterklasse muß verhindern, daß die Bauernschaft unter den Einfluß der rechtsradikalen Kreise gerät, wie es schon 1933 geschah. Diese Kräfte unternehmen zur Zeit große Anstrengungen, sich an die Spitze der Aktionen der Bauern zu stellen. So riefen diese Kreise in Alzey (Rheinland-Pfalz) 600 Bauern zusammen und erklärten ihnen in demagogischer Weise: „Wenn wir am Drucker ... sitzen, wird alles anders.“

Wohin sich die Bauernschaft letzten Endes wenden wird, hängt jetzt davon ab, welche Seite in der nächsten Periode den entscheidenden Einfluß auf sie ausübt. Gelingt dieses der Arbeiterklasse nicht, dann wäre dies ein gefährliches Erschwernis des eigenen Kampfes. Die Arbeiterklasse verfügt über starke Kräfte und Möglichkeiten, um eine Änderung der Politik in Westdeutschland durchzusetzen. Das gelingt ihr nur, wenn sie mit aller Entschiedenheit die Positionen der herrschenden Monopole und der Scharfmacher in der Adenauer-Regierung angreift. Mit diesem Kampf wird aber auch gleichzeitig die Position der Feinde der Bauern geschwächt. Dadurch leistet die Arbeiterklasse der Bauernschaft für ihren Kampf die größte Hilfe, und bei der weiteren Entwicklung des Kampfes werden die Bauern diesen Kampf der Arbeiterklasse für die Durchsetzung ihrer eigenen Forderungen zu schätzen wissen. Indem sich die Arbeiterklasse der Interessen aller von den Monopolen unterdrückten Schichten wie der Bauernschaft und des Mittelstandes annimmt, gewinnt sie das Vertrauen für den gemeinsamen Kampf und Zusammenhalt für die Durchsetzung einer neuen Politik. Darüber hinaus gilt es, die Arbeiter in den Betrieben und den Gewerkschaften davon zu überzeugen, daß sie sich mit dem Kampf der Bauern solidarisieren, die gerechten ökonomischen und politischen Forderungen unterstützen und den Bauern mit ihren Kampferfahrungen bei der Organisation von Aktionen zur Seite stehen und an der Bildung gemeinsamer Aktionsausschüsse der Arbeiter und Bauern teilnehmen. Die Bildung solcher Aktionsausschüsse ist eine praktische Aufgabe bei der Herstellung eines engen Bündnisses der Arbeiter und Bauern.

Der Schlüssel für die Gewinnung der gesamten Bauernschaft ist die schnellste Durchsetzung einheitlicher Aktionen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft für die gemeinsamen Interessen. Wir müssen bei unseren Maßnahmen immer berücksichtigen, daß die Zeit für einheitliche Aktionen der Arbeiterklasse nicht nur von ihrer Lage, sondern auch von

der Situation bei ihren Verbündeten bestimmt wird. Andererseits muß die Arbeit unter der Bauernschaft in der Richtung verstärkt werden, daß die Bauernschaft besser ihre Lage erkennt und lernt, sich für ihren Kampf zu organisieren. Allen Genossen Bauern und Sympathisierenden auf dem Dorfe ist so zu helfen, daß sie stärker als bisher in den bauerlichen Organisationen arbeiten, auch dann, wenn diese unter dem Einfluß reaktionärer Führer stehen.

Es gibt Genossen, die sich noch kürzlich mit solchen Argumenten gegen die Bündnispolitik unserer Partei wandten wie: „Wir werden doch keinerlei Verständnis in der Arbeiterklasse für die Bauern bekommen. Wir werden doch nie über die Kräfte verfügen, um das Bündnis realisieren zu können, und die Bauern werden nicht gegen die Adenauer-CDU gehen.“ Diese Genossen sollten sich von den kraftvollen Aktionen der Bauern belehren lassen. Wer ähnlich wie diese Genossen denkt, der ist nicht imstande, einen entscheidenden Beitrag zur Veränderung der Politik in Westdeutschland zu leisten. Daß Arbeiter sehr wohl Verständnis für die Bauern haben, das zeigt der Beschluß des DGB-Ortskartells von Oberkirchen. Genauso gefährlich wie die obigen Auffassungen sind die Meinungen einiger Genossen, die erklären, die Bauern könnten in der EWG durchkommen, wenn sie sich der EWG anpassen würden. Aber genau das ist nicht möglich, wie die Ereignisse zeigen. Darum gehen doch die Bauern in verstärktem Maße zu Protestdemonstrationen über, um ihre Existenz zu erhalten. Diese und ähnliche Auffassungen müssen

in unserer Partei schnellstens überwunden werden, weil sie uns und die Arbeiterklasse bei der Herstellung des Bündnisses der Arbeiter und Bauern hindern. Ob die Arbeiterklasse Verständnis für den Kampf der Bauern hat, das liegt in erster Linie an dem Verhalten der kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeiter in dieser Frage. Es mangelt nicht an den Kräften, die an der Schaffung des Bündnisses aktiv teilnehmen können. Kein Genosse wird doch wohl behaupten, daß die Arbeiterklasse in Westdeutschland zahlenmäßig klein ist. Im Gegenteil, wir haben eine zahlenmäßig starke Arbeiterklasse, und ein großer Teil — ca. 4 Millionen — kommt unmittelbar aus den Dörfern. Sie sind zum Teil selbst noch Besitzer von Land und mit den Bauern noch sehr eng verbunden. Was not tut, ist, daß sich alle unsere Genossen über die starken Kräfte, die in der Bauernschaft schlummern, klar werden, ihre Erkenntnisse des sozialdemokratischen Arbeitern vermitteln und mit diesen gemeinsam die Masse der Arbeiter für den Kampf mit den Bauern gewinnen.

Damit das Bündnis der Arbeiter und Bauern in der nächsten Zeit zustande kommt, müssen die Leitungen und alle Mitglieder unserer Partei große Anstrengungen in der Arbeiterklasse unternehmen, um die Arbeiter von der Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes mit der Bauernschaft zu überzeugen. Die Partei muß alles tun, um viele Verbindungen zum Dorfe herzustellen und die Bauern zu aktiven Vertretern ihrer Interessen im Bauernverband und in den Genossenschaften zu befähigen.

## Besonders die Kreisleitungen müssen stark sein

### Diskussionsbeitrag zum Artikel über die „Leitungsarbeit“\*)

In der letzten Nummer von „Wissen und Tat“ konnte man einen Artikel über Leitungsarbeit lesen. Es ist nur zu begrüßen, wenn hier der Versuch unternommen wurde, Erfahrungen zu verallgemeinern und sie dann der ganzen Partei zugänglich zu machen.

Kürzlich fand eine Aussprache mit einer Kreisleitung aus Nordrhein-Westfalen statt. Es handelt sich hier um einen Kreis, der eine relativ gute Arbeit leistet, über gute Massenbeziehungen verfügt und dementsprechend gute Erfolge im Parteiaufgebot hatte. Auch im Zusammenhang mit der provokatorischen Blockade der USA-Imperialisten gegen das

sozialistische Kuba und den undeutlichen Maßnahmen der Bonner Regierung gegen das Nachrichten-Magazin „Der Spiegel“ handelte diese Kreisleitung schnell.

Um noch schneller den Masseneinfluß der Partei zu erweitern, ist es jedoch notwendig, einige hemmende Faktoren, besonders in der Arbeitsweise der Kreisleitungen, zu überwinden.

**Mit wachsender Autorität der Leitung wächst die Autorität der Partei!**

Lenin schrieb im „Brief an einen Petersburger Genossen über unsere organisatorischen Aufgaben“ hinsichtlich der Komitees (vergleichsweise unserer Kreisleitungen):

\*) Siehe „Wissen und Tat“ Nr. 11/12 1962



„Besteht ein . . . Komitee, so gewinnt die Forderung, daß die Komiteemitglieder viele Arbeiter persönlich kennen, besondere Bedeutung.“<sup>1)</sup>

Im Zusammenhang mit unserer Generallinie zur Schaffung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse, muß man diese Forderung Lenins auf unser Verhältnis besonders zu Mitgliedern und Funktionären der SPD anwenden. In der angesprochenen Kreisleitung gab es kein Leitungsmitglied, das eine persönliche Verbindung zu einem sozialdemokratischen Funktionär oder Mitglied hatte. Dabei stellte sich noch heraus, daß ein anderer Genosse, der Beziehungen zu sozialdemokratischen Genossen pflegt, Ratschläge der Kreisleitung nicht ernst nahm mit dem Hinweis: „Ihr habt ja keine Verbindung zu Sozialdemokraten. Ihr wißt ja nicht, was in der SPD los ist. Helfen könnt Ihr mir sowieso nicht.“

In der Tat! Es geht hier nicht nur um die Durchführung der altbekannten Forderung: „Jeder Kommunist hat einen Sozialdemokraten zum Freund“. Wie wir an diesem Beispiel sehen, geht es auch gleichzeitig um die Autorität der Kreis- und Bezirksleitungen bei der Anleitung der Parteiorganisationen und Mitglieder. Man kann als Leitung nicht auf die Dauer von den Mitgliedern in den Gruppen verlangen: „Ihr müßt Aktionseinheit machen, ihr müßt Verbindungen zu Sozialdemokraten haben“, wenn nicht gleichzeitig die übergeordneten Organe selbst mit gutem Beispiel vorangehen. So nützen beachtliche Teile qualifizierter Kader nicht ihre Fähigkeiten zu Gesprächen mit Sozialdemokraten. Diese Genossen werden nicht legal wirksam und leisten selbst keinen persönlichen Beitrag zur Schaffung gemeinsamer Aktionen von Sozialdemokraten und Kommunisten.

Zur Leitungsarbeit gehört nicht nur, die illegalen Gruppen anzuleiten, sondern auch selbst mit gutem Beispiel voranzugehen. Das trifft auf alle Seiten unserer Massenarbeit zu. Viele Leitungen unterschätzen noch die Vorzüge legaler Formen zur Anleitung der Partei. Erleichtert wird die Anleitung, wenn unsere Leitungsmitglieder

- selbst in Gewerkschaften und Massenorganisationsfunktionen ausüben;
- selbst über persönliche Beziehungen zu sozialdemokratischen und Gewerkschaftsfunktionären verfügen und
- selbst in der Öffentlichkeit legal auftreten

Die Partei fordert von allen Mitgliedern, daß sie Verbindung zu Sozialdemokraten haben und aktive Massenarbeit leisten. Es ist nicht einzusehen, daß Leitungsmitglieder, die legal im Leben stehen, sich selbst von dieser Aufgabe ausklammern. Gerade sie müssen beispielgebend in der Massenarbeit vorgehen und sich mutig und offensiv mit dem Anti-Kommunismus auseinandersetzen. Dadurch erzieht die Leitung unsere Mitglieder ihrem Beispiel zu folgen. Ihre Autorität wächst, ihre Erfahrungen werden reicher und die Anleitung durch eigene Erkenntnisse konkreter. Je breiter die Massenarbeit, um so mehr wächst die Autorität der Partei bei den Massen.

Hinsichtlich der Zusammensetzung der Leitungen sagt Lenin:

„Man soll sich bemühen, ins Komitee Arbeiterrevolutionäre aufzunehmen, die die meisten Verbindungen und den besten ‚Ruf‘ in der Arbeitermasse haben.“<sup>2)</sup>

Wenn die Leitungsmitglieder richtig führen wollen, dann müssen sie selbst über den Rahmen der Parteifunktionen noch Funktionen in den Massenorganisationen haben. Leiten heißt, nicht nur illegale Aussprachen mit den Mitgliedern der Partei zu führen, d. h. mehr noch, die Massen zu führen. Gut leiten kann nur der, der selbst tagtäglich Erfahrungen in der Massenarbeit sammelt und sie kollektiv ausgewertet im Interesse des Kampfes um die Gewinnung der Massen.

Besonders die Kreisleitungen sollten Überlegungen anstellen, wie sie den leninischen Forderungen gerecht werden. Dazu gibt es zwei Möglichkeiten:

- entweder die Leitungsmitglieder, die keine Funktionen in Massenorganisationen ausüben, bemühen sich um solche Funktionen.
- oder es müssen solche Genossen in die Leitungen genommen werden, die tagtäglich beispielgebend in der offensiven Massenarbeit sind.

Die Arbeit der Kreisleitungen wird erleichtert durch bewegliche Formen bei der Zusammenfassung der Genossen in Grundeinheiten. Klar und deutlich kam bei der Aussprache mit Genossen aus der Kreisorganisation zum Ausdruck, daß der Schematismus in Organisationsfragen ein großer Hemmschuh ist für das schnelle Reagieren bei politischen Ereignissen. Wieviel Wege und Umwege mußte die Kreisleitung gehen, ehe die ersten Initiativen der Gruppen zustande kamen. Man lief, wie man so sagt, von Pontius zu Pilatus, um den einzelnen Genossen in den Betrieben, Gewerkschaften, Mas-

<sup>1)</sup> Werke Band 6 Dietz Verlag, Berlin, Seite 229

<sup>2)</sup> ebenda, S. 229, Fußnote

senorganisationen und anderen Einrichtungen, entsprechende Parteaufträge zu erteilen.

Es ist notwendig, sich in diesem Zusammenhang an Lenin zu erinnern:

„Unbedingt erforderlich ist die Anpassung der Organisationsformen des illegalen Aufbaus an die örtlichen Bedingungen. Vielfältige Formen zur Tarnung der illegalen Zellen und ein möglichst elastisches Vorgehen bei der Anpassung der Arbeitsformen an die örtlichen Bedingungen und Lebensverhältnisse sind das Unterpfand für die Lebensfähigkeit einer illegalen Organisation.“)

Das ist eine Absage an den Schematismus in Organisationsfragen. Gerade die jüngsten Erfahrungen im Parteaufgebot fordern mit Macht die vollste Anwendung der leninschen Organisationsprinzipien unter Berücksichtigung der Bedingungen unseres Kampfes. Unsere Grundorganisationen müssen so nahe wie nur irgend möglich an den Kampfplatz der Arbeiterklasse herangebracht werden.

In dem obengenannten Kreis sind 80 Prozent der Mitglieder in Betrieben tätig, aber nur 20 Prozent sind in Betriebsgruppen erfasst. Da die Betriebe und Gewerkschaften unsere Schwerpunkte für die Herstellung der Aktions-einheit sind, muß sich das auch organisationspolitisch widerspiegeln bei der Art der Zusammenfassung der Genossen in Grundeinheiten. Selbstverständlich muß man dabei die industrielle Struktur des Kreises berücksichtigen. Gibt es nur vereinzelt Großbetriebe und der Kleinbetrieb ist vorherrschend, dann muß man

Genossen über den Kleinbetrieb hinaus, entsprechend dem Industriezweig zusammenfassen, mit dem Ziel, durch Werbung neuer Mitglieder in den einzelnen Betrieben zu selbständigen Betriebsgruppen zu gelangen. Die bisherigen Erfahrungen erfordern sogar diese Art der Zusammenfassung, damit wir so schnell wie möglich über kollektive Beratungen unseren Genossen in den Betrieben konkrete Aufgaben stellen. So wird die Anleitung operativer, die Mitglieder werden schneller und besser mit der Politik der Partei vertraut und ihre Erziehung zur Massenarbeit erleichtert. Ähnlich trifft es auch zu für die Genossen, die in der Massenarbeit, in Gewerkschaften und anderen Organisationen tätig sind.

Unter Beachtung der leninschen Organisationsprinzipien sollten die Kreise bei der Zusammenfassung der Mitglieder in Gruppen berücksichtigen:

- Die soziale Zusammensetzung der Mitglieder;
- die ökonomische und politische Struktur des Kreises.
- Wo und wie erfolgt die legale Massenarbeit unserer Mitglieder?

Das wird den Leitungsweg von der Kreisleitung zu den Mitgliedern verkürzen. So werden wir auch schneller der leninschen Forderung gerecht, daß ein Apparat in der Lage sein muß, über Nacht an die Masse der Bewohner einer Großstadt heranzukommen.

Es ist zu empfehlen, den in diesem Beitrag erwähnten Brief Lenins zu studieren und dabei die notwendigen Schlussfolgerungen für die Leitungsarbeit zu ziehen.)

## Profite, Löhne und Gehälter in 50 repräsentativen Aktiengesellschaften

Das „Komitee zum Studium der gesellschaftlichen Verhältnisse und ihrer Veränderung in Westdeutschland beim Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland“ veröffentlichte kürzlich ein „Gutachten über die maßlosen Profite in Westdeutschland und erste Vorschläge zur Überwindung sozialer Ungerechtigkeiten“. Nachstehend daraus einige aufschlußreiche Tat-

sachen, die geeignet sind, in gewerkschaftlichen Versammlungen und Besprechungen diskutiert zu werden. Sie zeigen, wie verlogen die Maßhaltelosungen der Erhard und Berg sind und wie berechtigt der Kampf der Arbeiterklasse für höhere Löhne und bessere Sozialleistungen, für die Überwindung des Monopolkapitals ist.

Für die Untersuchung wurden 50 westdeutsche Aktiengesellschaften aus allen Bereichen der Industrie ausgewählt, die insgesamt 22,2 Prozent des Nominalkapitals aller westdeutschen Aktiengesellschaften und 15,5 Prozent des gesamten Industrieumsatzes auf sich vereinigen. Bei einigen Industriezweigen

) W. I. Lenin, Werke, Band 18, Dietz Verlag Berlin 1962 S. 540

) Der „Brief an einen Genossen über unsere organisatorischen Aufgaben“ ist abgedruckt in W. I. Lenin, Werke, Bd. 6, Dietz Verlag Berlin, S. 227/44

liegt der Umsatzanteil der ausgewählten Aktiengesellschaften jedoch wesentlich höher. So beträgt er im Fahrzeugbau 60,7 Prozent, in der Chemieindustrie 33,3 Prozent, in der elektrotechnischen Industrie 30,4 Prozent und in der Gummi- und Asbestverarbeitung 25,3 Prozent.

Die Errechnung der Profite erfolgte auf der Grundlage der von den Gesellschaften veröffentlichten Bilanzen. Sie ergibt, daß von den 50 Aktiengesellschaften vom 21. Juni 1948 bis zum Ende des Geschäftsjahres 1960 insgesamt 48,5 Milliarden DM an Löhnen und Gehältern und 6,9 Milliarden DM an sogenannten Sozialausgaben in den Bilanzen ausgewiesen sind. Als Mindestsumme der Profite in den zwölf Jahren ergeben sich aus den Bilanzen 45,8 Milliarden DM, von denen nach Steuerabzug 28,0 Milliarden DM in den Betrieben blieben oder in Form der Dividende ausgeschüttet wurden.

Die Untersuchung des Komitees ergibt, daß die in den 50 Aktiengesellschaften ausgezahlte Lohn- und Gehaltssumme, die auch die enorm gestiegenen Ausgaben für die Direktoren, Vorstandsmitglieder, sonstigen leitenden Angestellten und teilweise sogar der Aufsichtsratsmitglieder enthält, bis zum Jahre 1960 gegen 1950 um 296 Prozent zugenommen hat. Die Profite jedoch haben sich in der gleichen Zeit um 533 Prozent erhöht. Allein in den Jahren 1958 bis 1960 stieg die Lohn- und Gehaltssumme um 29 Prozent, die Profite aber erhöhten sich um 82 Prozent. Bei all diesen Zahlen bleibt zu berücksichtigen, daß die Lohn- und Gehaltssumme sich 1960 auf eine bedeutend größere Zahl von Arbeitern und Angestellten verteilt als 1950, während die Zahl der Großaktionäre nicht größer, sondern eher kleiner geworden ist.

Im Jahre 1950 waren die Bruttoprofiten der 50 Aktiengesellschaften um 22,6 Prozent niedriger als die von ihnen gezahlte Brutto-Lohn- und Gehaltssumme, im

Jahre 1960 jedoch übertrafen die Bruttoprofiten die Summe der Bruttolöhne und -gehälter um 23 Prozent.

Das Komitee stellt auf Grund der Statistik der Bundesrepublik zusammenfassend fest:

Die individuellen durchschnittlichen monatlichen Nettoeinkommen der westdeutschen Arbeiter betragen 1960 rund 428 DM. Die entsprechenden Einkommen der Handwerker, Einzelhändler, kleinen und mittleren Bauern waren, vor allem wegen der überaus schlechten Lage der Letztgenannten, mit 398 DM noch etwas niedriger.

Bei den kleinen und mittleren Unternehmen betrug der durchschnittliche monatliche Nettoprofit rund 4000 DM. Die Angehörigen des Großunternehmertums dagegen bezogen einen durchschnittlichen monatlichen Nettoprofit von rund 1 Million DM. Jeder einzelne von ihnen hatte damit ein durchschnittliches Nettoeinkommen, das den monatlichen Durchschnittslöhnen und -gehältern von weit mehr als 2300 Arbeitern und Angestellten entsprach.

Die westdeutschen Aktiengesellschaften erzielten im Jahre 1960

#### **40,7 Milliarden DM Bruttoprofit.**

In den Jahren von 1950 bis 1960 erreichten ihre Bruttoprofiten die Höhe von mehr als

#### **200 Milliarden DM.**

Diese schreienden sozialen Gegensätze will das westdeutsche Großkapital weiter vertiefen. Es ist zum offenen Angriff auf die westdeutschen Arbeiter übergegangen, erklärt sie als „maßlos“, ihre gerechten Forderungen als „asozial“ und diffamiert die Gewerkschaften als „Feinde des Volkes“.

Das Ziel des Generalangriffs besteht darin, die Rekordprofite zu sichern und die Arbeiter zu zwingen, noch größere Opfer für die Atomkriegsrüstung zu bringen.

### **Aus der internationalen Arbeiterbewegung:**

## **Der VIII. Parteitag der Kommunistischen Partei Bulgariens**

Der VIII. Parteitag der Kommunistischen Partei Bulgariens konnte mit Stolz feststellen, daß in Bulgarien der Sozialismus endgültig gesiegt hat und das bulgarische Volk unter Führung seiner kommunistischen Partei große Erfolge in der Entwicklung seiner Industrie und Landwirtschaft errungen hat.

Vor dem Sieg der sozialistischen Revolution war Bulgarien ein politisch, wirtschaftlich und kulturell rückständiges Land. Es hatte nur eine schwache Industrie und eine primitive Landwirtschaft. Heute ist Bulgarien ein fortgeschrittenes sozialistisches Land mit einer sich rasch entwickelnden Industrie und einer modernen

mechanisierten Großlandwirtschaft und einem hohen Niveau der materiellen und geistigen Kultur des Volkes im Jahre 1960 betrug die Industrieproduktion das Zwölfwache des Jahres 1939 und war die landwirtschaftliche Produktion gegenüber 1939 um 70 Prozent höher. Kamen 1939 16 Studenten auf 10 000 Personen, so 1962 89 Studenten.

1939 standen Bulgarien, Griechenland und die Türkei ökonomisch und kulturell etwa auf demselben niedrigen Niveau. Der Sieg des Sozialismus ermöglichte Bulgarien eine stürmische Entwicklung, in dem es viele Länder überholte. Griechenland und die Türkei, deren Regierungen sich auf die „Hilfe“ der USA stützten, blieben rückständig und sind heute das Armenhaus der NATO. In der Vergleichszeit stieg die Industrieproduktion der Türkei nur um das Dreifache und Griechenlands um das 2½fache. In der Türkei sind heute noch 70 Prozent der Bevölkerung Analphabeten.

Der Parteitag beschloß die auf die Festigung des Friedens und die friedliche Koexistenz gerichtete Politik weiterzuführen. Er beschloß die Richtlinien zur Entwicklung der Volksrepublik Bulgarien in den Jahren bis 1980 als praktisches Programm der Partei für die Vollendung des Aufbaus des Sozialismus und den allmählichen Übergang zum Kommunismus. Diese Richtlinien sehen einen weiteren großartigen Aufschwung des Landes vor: Die Steigerung der Industrieproduktion gegenüber 1960 um das Siebenfache, der landwirtschaftlichen Produktion um etwa das 2½fache, der Einkünfte der Bevölkerung um fast das Fünffache und eine weitere Entwicklung der Kulturrevolution. Daß auch diese großen Ziele erreicht werden, dafür ist der Arbeitsenthusiasmus des bulgarischen Volkes die größte Garantie. Die Beschlüsse der Partei und das Ringen um ihre Verwirklichung betrachtet das ganze Volk als seine Sache. Die Partei ist fest im Volk verwurzelt. Und die stürmische Aufwärtsentwicklung Bulgariens unter der Führung der Kommunistischen Partei Bulgariens zeigen ihm, daß es auf dem richtigen Wege ist.

**Der Parteitag war eine große Demonstration des proletarischen Internationalismus.** Die Vertreter von über 60 kommunistischen und Arbeiterparteien und von demokratischen Parteien Afrikas begrüßten den Parteitag, darunter auch eine Delegation unserer Partei. Als Delegationsleiter sprach Genosse Max Schäfer im Namen der KPD. Seine Ausführungen waren ein starkes Bekenntnis zur Einheit des sozialistischen Weltlagers. Sie zu festigen „auf der Grundlage der beiden Moskauer Beratungen von 1957 und 1960 gefaßten Beschlüsse...“, muß uns heilige Verpflichtung sein“, erklärte Genosse Schäfer.

**Die Kommunistische Partei Bulgariens steht fest an der Seite der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, des Vortrupps der kommunistischen Weltbewegung und kämpft für die Einheit und Geschlossenheit der internationalen kommunistischen Bewegung.**

Im bulgarischen Volk ist die Freundschaft zur Sowjetunion besonders fest verankert, wurde Bulgarien doch zweimal durch seine russischen Brüder befreit, 1877/78 vom Türkei-Joch, 1944 durch die Sowjetarmee vom Joch des Faschismus. Der Parteitag der Kommunistischen Partei Bulgariens legt davon Zeugnis ab, wie das sozialistische Lager erstarkt, wie es im friedlichen ökonomischen Wettbewerb sich dem Imperialismus überlegen erweist, wie es mehr und mehr die weltgeschichtliche Entwicklung bestimmt.

## Der VIII. Parteitag der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei

Bürgerliche Journalisten schrieben in ihren Zeitungen, als sie den Rechenschaftsbericht des Genossen Janos Kadar hörten: „Sensationelle, dramatische Wendungen sind nicht zu erwarten.“ Das spiegelt die Enttäuschung der westlichen Bourgeoisie wider. Sie mußten ihre letzten Hoffnungen auf eine Restaurierung der kapitalistischen Verhältnisse, einer Neuaufgabe der Konterrevolution von 1956, zu Grabe tragen.

Der vom 20. bis zum 24. November 1962 stattgefundene VIII. Parteitag der USAP stellte fest:

„Durch die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft wurde ein für allemal die Möglichkeit ausgeschaltet, daß ein Mensch den anderen ausbeutet.“

Die gesellschaftliche und wirtschaftliche Möglichkeit der Wiederherstellung des Kapitalismus ist ausgeschlossen. Wenn die Ungarische Volksrepublik Schulter an Schulter mit der Sowjetunion und den Ländern des sozialistischen Lagers schreitet, dann sind die sozialistischen Errungenschaften unseres Volkes endgültig.“

Die ungarische Volksrepublik hat eine stolze Bilanz: 95,5 Prozent des Ackerlandes werden von Produktionsgenossenschaften und Staatsgütern bearbeitet, 98 Prozent der Industriebetriebe sind sozialistische Betriebe. Damit sind auch gleichzeitig die kapitalistischen Ausbeuterklassen beseitigt worden. Die politische Macht ist fest in den Händen der Arbeiter und Bauern.

Heute hat die Partei eine enge Verbindung zu den Massen. Ihre Ziele und Aufgaben sind mit den Interessen des Volkes identisch. Mehr denn je ist das Mittel der Gewinnung der Massen für den sozialistischen Aufbau die Methode der Überzeugung. Die Folgen des Personenkults um Rakoci wurden überwunden. Für die Stärke der USAP sprechen solche Tatsachen, wie:

- Der Beschluß des Parteitages über den Abschluß der gesetzwidrigen Prozesse in den Jahren des Personenkults gegen Kämpfer der Arbeiterbewegung. Nach diesem Beschluß wurde Rakoci und Gerö aus der Partei ausgeschlossen und Laszlo-Rayk u. a. Genossen rehabilitiert;
- der Beschluß des Parteitages über Abänderungen am Statut. Im neuen Statut werden die Rechte der Mitglieder und Grundorganisationen erweitert und dem Recht der Kritik mehr Schutz gewährt. Der Erziehung der Kader zur Prinzipienfestigkeit und Bescheidenheit wird größere Aufmerksamkeit gewidmet.

Gleichzeitig damit wird ideologisch der Zweifrontenkampf gegen Revisionismus und sektiererischen Dogmatismus geführt. Das alles macht die Partei fähiger als bisher, ihre historischen Aufgaben zu erfüllen.

In ihrer Außenpolitik unterstützen die Ungarische Partei und die Regierung aktiv die friedliebende Politik der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder. Fest stehen sie auf dem Boden der Politik der friedlichen Koexistenz. Auch hier bestätigte sich auf Neue, daß die friedliebenden Kräfte in der Bundesrepublik im Kampf für Demokratie und Frieden und für die friedliche Verständigung zwischen den beiden deutschen Staaten nicht allein stehen.

Über 60 Bruderparteien nahmen an den Arbeiten des VIII. Parteitages der USAP teil. Das war eine Demonstration der Solidarität und Verbundenheit aller kommunistischen Parteien für die gemeinsame Sache, die auch gemeinsame Anstrengungen erfordern. Im Bericht des Genossen Janos Kadar und in den Begrüßungsreden der Delegationen der Bruderparteien wurden der sektiererische Dogmatismus der albanischen Führer und der Revisionismus als Erscheinungen verurteilt, die dem einheitlichen Kampf der kommunistischen Weltbewegung gegen den Imperialismus im Wege stehen. Auch unsere Partei war mit einer Delegation vertreten. Ihr Auftreten fand Anerkennung und Beachtung.

Diese Achtung und Aufmerksamkeit sollte uns Verpflichtung sein, unsere Aktionen gegen den deutschen Imperialismus zu verstärken, damit auch in Westdeutschland Demokratie und Frieden einziehen und vom Boden der Bundesrepublik aus der ungarischen Volksrepublik und der friedliebenden Welt keine Gefahren mehr drohen.

## Über den Kongreß der kommunistischen Partei Italiens

Der X. Kongreß der Kommunistischen Partei Italiens, der vom 2. bis 8. Dezember 1962 in Rom stattfand, war eine mächtige Manifestation der Kraft der Arbeiterklasse Italiens und ihrer Partei. Die KPI ist ein bedeutsamer Faktor im gesamten Leben der italienischen Nation. Ihre Stärke besteht darin, immer in allen politischen Kämpfen im Mittelpunkt zu stehen und aktiv auf den Gang der Ereignisse Einfluß zu nehmen. Das betrifft die sozialen und politischen Kämpfe der Arbeiter wie der Bauern und der Intelligenz. In den Gemeinden, den Regionen und dem ganzen staatlichen Leben bringt die KPI den Einfluß der Arbeiterklasse und aller demokratischen Volksmassen zur Geltung.

Im Zentrum der Beratung des X. Kongresses stand die Frage, auf welche Weise in Italien die Macht der Monopole zurückgedrängt und die ganze italienische Nation auf allen Ebenen der Wirtschaft, des Staates und der Kultur, den demokratischen Entwicklungsweg beschreiten kann. In den Thesen des Kongresses und dem Referat des Genossen Togliatti wurde dabei aufgezeigt, wie dieser Kampf für die Durchsetzung des demokratischen Entwicklungsweges in allen Etappen zusammenhängt mit der Perspektive für die notwendige sozialistische Umwälzung in Italien.

Die politische Entwicklung Italiens nach dem zweiten Weltkrieg wurzelt tief im Befreiungskampf des italienischen Volkes von Faschismus und militaristischen Terror der Hitler-Armee. Dieser Geist des Widerstandes ist als nationale Tradition und aktive politische Kraft Italiens eine starke Quelle für die Einheit der Arbeiterklasse und aller demokratischen Kräfte des Volkes.

Jetzt geht es in Italien darum, nicht bei der Regierung des „linken Zentrums“ stehenzubleiben, sondern durch den einheitlichen Kampf der Kommunisten, Sozialisten und Katholiken im werktätigen Volk eine Wende nach links zu vollziehen. Während die Saragat-Sozialisten in der Fanfani-Regierung völlig vor der Christlich-Demokratischen Partei kapitulieren und den Kurs der Monopole mitmachen, haben führende Nenni-Sozialisten mit ihrer weitgehenden Unterstützung der Regierung Fanfani die Perspektive der sozialistischen Entwicklung und die Aufgaben der Arbeiterklasse als einer selbständigen Kraft in Italien aus den Augen verloren. Die KPI kämpft darum, die Arbeiterklasse als die stärkste und selbständige Kraft den Monopolen, die in der Regierung des „linken Zentrums“ den Kurs bestimmen, entgegenzusetzen. In diesem selbständigen Kampf der Arbeiterklasse im Bündnis mit allen demokratischen Schichten des Volkes sieht die KPI die Alternative zur Regierung des „linken Zentrums“ und die Garantie für eine demokratische Entwicklung und sozialistische Umwälzung in Italien. Darum hat der X. Kongreß der KPI in offener Aussprache über Meinungsverschiedenheiten mit den Nenni-Sozialisten die Herstellung und Festigung der Einheit von Kommunisten und Sozialisten, ihre Zusammenarbeit in neuen Formen als festen Entschluß und Grundlinie der KPI bestätigt.

Auf dem Parteikongreß in Rom spielten auch internationale Fragen und die Beziehungen der kommunistischen Parteien untereinander eine große Rolle. Die KPI steht fest auf der Seite der Sowjetunion im gemeinsamen Kampf der sozialistischen Staaten und aller progressiven Kräfte in der Welt, um die Politik der friedlichen Koexistenz durchzusetzen. Das wurde auch dadurch unterstrichen, daß der enge Zusammenhang aufgezeigt wurde, der zwischen der Politik der friedlichen Koexistenz, der Forderung nach einer demokratischen Außenpolitik Italiens und einem demokratischen Entwicklungswegs Italiens zum Sozialismus besteht. Auf dem Kongreß wurde auch der Kampf gegen den deutschen Imperialismus behandelt.

Auf dem Kongreß waren viele Bruderparteien anwesend. Unsere Partei war ebenfalls durch eine Delegation des Zentralkomitees vertreten. Genosse Frol Koslow hielt als Leiter der Delegation der KPdSU eine bedeutsame Rede über die internationale Lage, den Kampf für den Frieden, den Weg zum Sozialismus und die Beziehungen der kommunistischen Parteien untereinander. Die schädliche und spalterische Tätigkeit albanischer Führer wurde vom Kongreß der KPI einmütig verurteilt; die Vertreter der Bruderparteien aus Frankreich, Spanien, Großbritannien, Polen, der CSSR und vielen anderen Ländern, auch der Sprecher unserer Delegation, Genosse Josef Ledwohn, wandten sich entschieden gegen die dogmatischen, schädlichen Positionen albanischer Führer, und brachten ihre Sorgen und Bedenken über die Politik Chinas zum Ausdruck, die praktisch eine Unterstützung der Haltung der albanischen Führer ist. Diese Aussprache wurde in einem brüderlichen Geist geführt. Sie erhielt dadurch noch eine besondere Note, weil auch Vertreter des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens anwesend waren und das Wort ergriffen.

Der X. Kongreß der Kommunistischen Partei Italiens verlief so auf einem hohen politischen Niveau und wird sicher dazu beitragen, für die KPI und die Arbeiterklasse Italiens neue Erfolge zu bringen. Es ist gewiß, daß die Erfolge und Erfahrungen der KPI auch für den Kampf unserer Partei in der Bundesrepublik von großem Nutzen sind.

## Der XII. Parteitag der KPC

Vom 4. bis 8. Dezember 1962 fand in Prag der XII. Parteitag der KPC statt. Der Parteitag wurde vorbereitet auf der Grundlage des Dokuments „Über die Aussichten der weiteren Entwicklung unserer sozialistischen Gesellschaft“ und eines Rechenschaftsberichtes des Zentralkomitees. In der Periode der Vorbereitung wurden mehr als 46 000 öffentliche Versammlungen mit einer Teilnehmerzahl von weit über 3 Millionen Parteimitgliedern und Parteilosen durchgeführt. Im ganzen Land entwickelte sich eine große Kampagne des sozialistischen Wettbewerbs und der Selbstverpflichtungen zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität, und mehr als 300 000 Anregungen und Vorschläge bereicherten die Vorbereitungen des Parteitages.

Der Parteitag begann mit einer großen Rede des Ersten Sekretärs des Zentralkomitees, Genosse Novotny, der feststellte, daß die CSSR in eine neue Epoche ihrer Geschichte eingetreten ist, deren Hauptinhalt die allseitige Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft ist. Die von dem XI. Parteitag gestellten Hauptaufgaben wurden erfolgreich erfüllt. Zwischen dem XI. und XII. Parteitag stieg die Industrieproduktion um 44 Prozent, die der Produktionsmittel sogar um 50 Prozent. Die Produktion an Bedarfsgütern wuchs um 34 Prozent. Gegenwärtig ist der Stand der Produktion in der Industrie mehr als das Vierfache des Vorkriegsniveaus. Die sozialistischen Produktionsverhältnisse haben auch auf dem Dorf gesiegt.

Diese großen Erfolge wurden eingehend gewürdigt, ohne dabei eine kritische Auseinandersetzung über Mängel und Schwächen der Partei zu vernachlässigen. Es wurden die Ursachen bloßgelegt, warum sich die Landwirtschaft viel langsamer entwickelt als die Industrie. Hieraus mußten sich Spannungen zwischen den Möglichkeiten der Produktion und dem Verbrauch ergeben. Wie hoch der Verbrauch in der CSSR ist, geht jedoch allein daraus hervor, daß der durchschnittliche tägliche Kalorienverbrauch der Bevölkerung um 300 Kalorien höher ist als in Westdeutschland. Die Tschechoslowakei steht an der Weltspitze was den Jahresverbrauch der Bevölkerung an Schuhwaren betrifft.

Unter den 11 Hauptaufgaben, die im Mittelpunkt der Diskussion und der Beschlußfassung standen, rangieren an erster Stelle die Ausnutzung der großen Möglichkeiten, die die CSSR als hochindustrialisiertes Land hat. Bis zum Jahre 1970 soll die Landwirtschaft auf den Stand der Industrie gebracht und die wesentlichen Unterschiede zwischen Stadt und Land beseitigt werden. Die technische Entwicklung wird als die entscheidende Quelle zur Steigerung der Arbeitsproduktivität betrachtet. Die leitende und organisatorische Arbeit soll entsprechend dem hohen Stand der Entwicklung verbessert werden.

Entsprechend dieser ökonomischen Hauptaufgaben wurden auch wichtige ideologische Fragen neu erörtert. Auf dem Parteitag zeigte sich das Ringen um die Einheit von Theorie und Praxis bei der allseitigen Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft. Von außerordentlicher Bedeutung war auch die sichtbar zutage getretene Einheit zwischen der Lösung der inneren Aufgaben mit den Aufgaben, die sich aus dem proletarischen Internationalismus, der Festigung und Stärkung des sozialistischen Lagers ergeben. Gerade die Frage des proletarischen Internationalismus rückte in den Mittelpunkt des Parteitages im Zusammenhang mit den Verleumdungen der Führer der albanischen Partei gegen die Sowjetunion und des Auftretens der Delegation der KP Chinas. Einmütig würdigte der Parteitag die große Rolle und den Kampf der Sowjetunion insbesondere die Tätigkeit des Genossen Chruschtschow für die Sicherung des Friedens. Von 69 Delegationen ausländischer Bruderparteien nahmen 64 Delegationen das Wort, so daß der Prager Parteitag zu einer großen Manifestation des proletarischen Internationalismus und der Anerkennung der Rolle der KPdSU als Vortrupp der sozialistischen Weltbewegung wurde.

Die KPD war auf dem Parteitag durch eine Delegation unter Leitung des Genossen Erich Glückauf vertreten. Begrüßungsansprache und Grußbotschaft wurden mit großem Beifall aufgenommen. Die Delegation der KPD nahm auch die Gelegenheit wahr, einen bedeutsamen Prager Betrieb zu besichtigen, zahlreiche Aussprachen mit Werktätigen zu führen und legte in Lidice, dem Ort fürchterlicher Verbrechen des Naziregimes, einen Kranz nieder.

In seiner Begrüßungsrede dankte Genosse Erich Glückauf dem Genossen Novotny für seine klugen und weitsichtigen Worte gegenüber der westdeutschen Bevölkerung und besonders der jungen Generation. Genosse Novotny erklärte, daß die CSSR ihnen gegenüber keinen Haß empfindet und nur den Wunsch hat, daß sich die Bundesrepublik zu einem friedliebenden Staat entwickelt, damit sich zwischen der CSSR und der Bundesrepublik normale Beziehungen und eine gute wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit entwickeln können.

